



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die Persistenz von Autoritarismus und Militarismus in Ägypten

-

Die Rolle der Armee in historischer Perspektive

Verfasser

Benjamin Köglberger

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer:

Mag. Dr. Cengiz Günay

Ich möchte mich bedanken...

... bei meinem Betreuer Mag. Dr. Cengiz Günay für die Unterstützung bei der Erstellung dieser Diplomarbeit. Insbesondere in den letzten Wochen waren seine motivierenden Worte essenziell.

...bei meinen Eltern, die beim Schreiben dieser Zeilen eine lange erträumte und wohlverdiente Reise unternehmen. Danke für eure fortwährende Unterstützung. Ich wünsche euch alles nur erdenklich Gute und freue mich schon auf eure Erzählungen.

... bei Erni. Ich danke dir für deine Geduld und deinen Rückhalt.

... bei all meinen Freunden, die es verstanden haben mich zu motivieren und zu unterstützen. Endlich hab ich wieder mehr Zeit für euch. Ganz besonders möchte ich mich bei Flo bedanken, der mir in vielen Belangen hilfreich zur Seite gestanden ist. Danke für deine Ratschläge und das Lektorat.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Erkenntnisinteresse und Relevanz des Themas	4
1.2	Fragestellung, Methode und Gliederung der Arbeit	8
2	Diskussion theoretischer Erklärungsansätze	12
2.1	Die Armee im postkolonialen Staat	12
2.1.1	Der professionelle und der prätorianische Soldat	14
2.1.2	Prätorianismus und postkolonialer Staat	17
2.2	Modernisierung im postkolonialen Staat	19
2.3	Kritik und Weiterentwicklung des Forschungsansatzes	22
2.3.1	Militärregime und Entwicklungsdiktatur	23
2.3.2	Aktuelle Debatten zu Militarismus und Autoritarismus im Nahen Osten	25
2.3.3	Die politische Dimension: Neopatrimonialismus	27
2.3.4	Die politökonomische Dimension: Die Theorie des Rentenstaates	29
2.4	Hegemonie und die Frage nach innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Ordnung	31
2.4.1	Hegemonie als Erweiterung des Herrschaftsbegriffs auf nationalstaatlicher Ebene	31
2.4.2	Internationale Hegemonie	36
2.4.2.1	Neorealismus und Neogramscianismus	36
2.4.2.2	Wenig Konsens, viel Zwang? Neoliberale Fragmentierung und Autoritarismus	38
3	Ägypten im 19. und frühen 20. Jahrhundert – das Militär als Entwicklungsmotor?	40
3.1	Die Genesis des modernen Ägypten – Reformprogramm unter Mehmed Ali	40
3.2	Aufbau einer modernen Armee	42
3.3	Koloniale Durchdringung und das Erstarren der Nationalbewegung um die Armee	44
3.4	Resümee über die Rolle der Armee im Ägypten des 19. Jahrhunderts	48
3.5	Britische Hegemonie und die koloniale Unterwerfung Ägyptens	50
4	Der Coup der Freien Offiziere und die Neugestaltung Ägyptens	53
4.1	Das Militär als politischer Akteur: Panarabismus, Neutralismus und Blockfreiheit	55
4.1.1	Institutionelle Neugestaltung	57
4.1.2	Die Freien Offiziere und die Wurzeln des Konflikts mit den Muslimbrüdern	59
4.1.3	Blockfreiheit und der Konflikt mit Israel – Außenpolitik unter Nasser	62
5	Ägypten unter Sadat – neue Allianzen und der Wandel der Armee	70
5.1	Korrektivrevolution unter Sadat	71
5.2	Der Oktober-Krieg als Endpunkt bilateraler Kriege	72
5.3	Das Wesen der Infitah-Politik	74
5.3.1	Zäsur in der Außenpolitik nach dem Oktoberkrieg	77
5.3.2	Die USA im Nahen und Mittleren Osten	78

5.3.3	Die Suche nach einer neuen populären Machtbasis	80
5.3.4	Sadat und die Armee	82
6	US-Hegemonie und autoritärer Neoliberalismus in Ägypten	85
6.1	Neoliberale Hegemonie ab den 80ern	85
6.2	Die Veränderungen in der ägyptischen Sicherheitsarchitektur unter Mubarak.....	86
6.3	Militärische Privilegien	88
6.4	Die militärische Allianz mit den USA.....	90
6.5	Die Armee als ökonomischer Akteur	92
6.5.1	Die historische Entwicklung des ägyptischen militärisch-industriellen Komplexes.....	94
6.5.2	Zivilwirtschaftliche Aktivitäten der Armee.....	96
6.5.3	Renteneinkünfte.....	98
6.5.3.1	Öl- und Gasindustrie	99
6.5.3.2	Suez-Kanal	100
6.6	Ägypten in den 2000ern: Brüche in der hegemonialen Konstellation.....	101
7	Der Arabische Frühling in Ägypten als Rückkehr des Militärs als politischer Akteur	106
7.1	Revolution und Rücktritt Mubaraks	106
7.2	Die Armee während der Revolution.....	110
7.3	Die postrevolutionäre Phase	112
7.3.1	Parlaments- und Präsidentschaftswahlen	113
7.3.2	Der Konflikt zwischen dem Militär und den Muslimbrüdern	114
7.4	Kein Ende prätorianischer Verhältnisse? Zur Frage der politischen Kontrolle des Militärs.....	117
7.5	Der Arabische Frühling als Ende einer hegemonialen Konstellation.....	120
8	Conclusio.....	123
9	Literaturverzeichnis.....	128
	Anhang.....	137

1 Einleitung

Die als Arabischer Frühling in die Geschichte eingegangenen politischen Umstürze im Nahen und Mittleren Osten waren das weltpolitische Ereignis der letzten Jahre und haben die Aufmerksamkeit wieder verstärkt auf diese, für die globale Sicherheitslage so bedeutende Region gelegt. Weitestgehend unerwartet von der westlichen Öffentlichkeit, schien sich in nur kurzer Zeit zu vollziehen, was in den letzten Jahrzehnten von den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Perspektiven behandelt wurde: das Ende des Autoritarismus und der Beginn einer demokratischen Transformation im Nahen und Mittleren Osten. Die von Samuel Huntington postulierte „dritte Welle der Demokratisierung“, oder gar das von Francis Fukuyama Anfang der 90er verortete „Ende der Geschichte“, der endgültige Sieg von Demokratie und Liberalismus, so die Meinung vieler, vor allem westlicher Beobachter, fand nun tatsächlich, wenn auch verspätet, statt (vgl. Dabashi 2012: 15).

Die autoritären Regime der Region, repräsentiert durch ihre korrupten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten, mussten letztendlich, so schien es zumindest für einige Zeit, dem Verlangen ihrer Völker nach Freiheit und mehr sozialer Gerechtigkeit nachgeben. Für die Despoten in Tunis, Kairo, Tripolis und den anderen Zentren der Macht waren Phasen der Krise, in denen ihre Herrschaft herausgefordert wurde, angesichts immer wieder aufkeimender Proteste nichts völlig Neues. Doch dank ihrer effektiven Herrschafts- und Repressionsapparate, bestehend aus Militär, Polizei und Sicherheitsdiensten, konnten diese Krisen meist überwunden werden, was den autoritären Systemen der Region den Ruf weitestgehender Stabilität einbrachte.

Many arguments have been put forward to explain the persistence of authoritarianism in the Arab world, one of which is the crucial role played by institutions of state coercion. In particular, a loyal army is often deemed pivotal to the robustness of the coercive apparatuses (Droz-Vincent 2007: 195)

Die Dynamik der Proteste, das aber wurde schnell klar, war Anfang 2011 ein andere als in den Fällen zuvor. „*Such protests were not unusual in Egypt, but this one was different inasmuch as it was a direct response to the events in Tunisia.*“ (Dabashi 2012: 18) Ägypten, Tunesien, Syrien, der Jemen, Libyen und Bahrain, in kleinerem Ausmaß auch fast alle

anderen Ländern¹ der MENA²-Region, erlebten eine in dieser Breite nie da gewesene Mobilisierung von zuvor weitestgehend politisch inaktiven gesellschaftlichen Akteuren. Bei den Protesten spielte vor allem die Jugend, die sich im Falle Ägyptens in Gruppierungen wie die *Bewegung des 6. April* oder die Initiative um den ermordeten Khaled Said³ sammelte, eine große Rolle bei den Protesten. Auch die Frauen, traditionell völlig unterrepräsentiert in der ohnehin wenig zugänglichen politischen Entscheidungsfindung, schienen ihrer Marginalisierung endgültig ein Ende machen zu wollen und beteiligten sich in einem Ausmaß an den Protesten, wie es in der jüngeren Geschichte unbekannt war. Als westlicher Beobachter meinte man Zeuge eines tiefgreifenden sozialen Wandels geworden zu sein. Die Bilder, etwa vom Kairoer *Tahrir*-Platz, wo Männer und Frauen aus fast allen Schichten und Konfessionen gemeinsam ausharrten und über Wochen weitestgehend friedlich⁴ für einen grundlegenden Wandel demonstrierten, nährten die Hoffnung, dass die Bruchlinien innerhalb der Gesellschaft ob eines gemeinsamen Ziels, den Sturz des autoritären Systems und die Wiedererlangung ihrer Würde nach Jahrzehnten der Unterdrückung, überwunden werden können. Die anfängliche Euphorie, die durch den relativ rasch herbeigeführten Rücktritt der Präsidenten Ben Ali in Tunesien und Mubarak in Ägypten verursacht wurde und die Hoffnungen auf eine schnelle und möglichst gewaltfreie Transition zu einem freieren und gerechteren politischen wie wirtschaftlichen System, ist heute angesichts der post-revolutionären Ereignisse bereits wieder deutlich getrübt. Der Arabische Frühling hat in den meisten Ländern vorerst nicht die erhofften Ergebnisse gebracht wenngleich seine längerfristigen Auswirkungen noch nicht abzuschätzen sind und es zweifellos zu einem Erstarren zivilgesellschaftlicher Gruppen gekommen ist. In Syrien spitzt sich die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen den oppositionellen Kräften und den Regierungstruppen um Präsident Assad weiter zu. Der dortige Bürgerkrieg ist mittlerweile einer der blutigsten Konflikte im 21. Jahrhundert und ein Ende ist nach wie vor, auch auf Grund der Zerrissenheit der internationalen Gemeinschaft, die anstatt mit einer Stimme zu sprechen, die Akteure

¹ Einen Überblick über die länderspezifischen Ereignisse im Zuge des Arabischen Frühlings findet man unter anderem bei: <http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/55451/laenderanalysen> [Zugriff: 18.12.2013]. Eine kritischere Analyse über die Ereignisse in den einzelnen Ländern findet sich unter anderem auch bei: Dabashi, Hamid 2012: *The Arab Spring. The End of Postcolonialism*.

² Der Begriff MENA-Region wird als Synonym für den nordafrikanisch-arabischen Raum verwendet. Die genaue Definition variiert, aber es werden grundsätzlich alle Länder des südlichen Mittelmeerraums, einschließlich jener der Arabischen Halbinsel dazugezählt.

³ Im Allgemeinen verwende ich die deutsche Schreibweise arabischer Namen, die mitunter deutlich von der ursprünglichen Form abweichen kann.

⁴ Die Proteste waren weitestgehend friedlich. Besonders in Anbetracht des brutalen Vorgehens der Sicherheitskräfte. Dennoch war auch Gewalt von Seiten der Demonstranten ein Thema. Im Zuge der Proteste wurde eine Reihe von öffentlichen Gebäuden und Polizeistationen gestürmt und angezündet. Eine Einschätzung des Diskurses über die „friedliche“ Revolution der „Jugend“ und ihren euro-zentristischen Implikationen findet man bei Dabashi (2012): 65f.

wechselseitig, auch mit Rüstungslieferungen unterstützt, nicht abzusehen. Tunesien, das Land von dem die Welle der Proteste im Dezember 2010 nach der Selbstverbrennung des jungen Gemüsehändlers Mohamed Bouzizi seinen Ausgang nahm (Dabashi 2012: 17), scheint einen vergleichsweise ruhigen, wenn auch bei weitem nicht konfliktfreien Transitionsprozess zu durchlaufen und kann aus heutiger Sicht als jenes Land bezeichnet werden, welches am ehesten einen tiefgehenden politischen Wandel vollzogen hat. Beobachter führen das zum einen auf die Zurückhaltung des Militärs zurück sowie der Fähigkeit der politischen Akteure, trotz aller Gegensätze, die post-revolutionäre Phase relativ konstruktiv zu gestalten (vgl. Pott 2012: 123). Der auch durch westliche Intervention herbeigeführte Sturz des Langzeitherrschers Muammar Gaddafi in Libyen hat ein politisch instabiles Land hinterlassen, in dem die Machtfrage noch nicht geklärt ist, da viele externe wie interne Akteure im Kampf um Einfluss in dem rohstoffreichen Land beteiligt sind. Dem Jemen und Bahrain wird vom Westen wenig Aufmerksamkeit geschenkt, doch auch dort kam es zu massiven Protesten und zu einer seither angespannten politischen Lage (vgl. Dabashi 2012: 5).

Im Zentrum meiner Arbeit aber soll Ägypten stehen, welches unter diesen Ländern doch einen gewissen Sonderfall darstellt. Nachdem Langzeitherrscher Hosni Mubarak, nur wenige Wochen nach Ausbruch der Proteste am 25. Januar 2011 vom Hohen Militärat (SCAF) zum Rückzug gezwungen wurde, übernahm dieser durch einen „sanften Putsch“ (Demmelhuber 2012: 27) vorerst die exekutiven und legislativen Vollmachten im Staat. Das Versprechen der Armeeführung, nach einer von ihr geleiteten Übergangsphase, die in freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen münden sollte, die Macht wieder an demokratisch legitimierte Kräfte abzugeben, wurde vorerst eingehalten. Doch nachdem sich eine weitreichende politische Hegemonie der Muslimbrüder, die sowohl Parlaments als auch Präsidentschaftswahlen für sich entscheiden konnten, abgezeichnet hatte, intensivierten sich die Auseinandersetzungen mit der Armee, die als sichtbarster Teil der alten Machtelite ihre Interessen gefährdet sah. Der Konflikt endete in einem erneuten Militärputsch vom Juli 2013 und einer damit einhergehenden Neuordnung der politischen Verhältnisse. Das Parlament wurde aufgelöst, Präsident Mursi abgesetzt und die sich als stärkste politische Kraft herauskristallisierenden Muslimbrüder zu einer illegalen Organisation erklärt (vgl. Brown 2013: 46). Das Machtzentrum der Armee, und seit dem Ende der Ära Mubaraks wohl insgeheim des ganzen Landes, der Hohe Militärat, ernannte als neuen Übergangspräsident Adli Mansour, bereits hochrangiges Mitglied des alten Regimes (vgl. Brozus/Roll 2013). Die Armee um ihren neuen Oberbefehlshaber General Abd-el Fatah al-Sisi stellte somit klar, dass ohne ihre Zustimmung

keine Politik im Land zu machen ist. Ägypten ist somit das Land, in dem das Militär als wichtigster Teil der alten Machtelite nach nur kurzer Zeit eine Konterrevolution lanciert hat und damit aus heutiger Sicht auch erfolgreich war. Nach Jahrzehnten des Verzichts auf direkte politische Eingriffe zeigt das Militär, welche enorme Bedeutung es nach wie vor im Machtgefüge Ägyptens innehat, und dass es nicht gewillt ist, diese zu Gunsten einer zivilgeführten demokratisch gewählten Regierung aufzugeben. Die Rückkehr der Armee als politischer Akteur und auch der Zuspruch, der ihr widerfährt werfen einige Fragen auf, spielte sie doch als Akteur in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zum Arabischen Autoritarismus und seiner vermeintlichen Liberalisierung, im Gegensatz zur frühen postkolonialen Phase, nur noch eine untergeordnete Rolle.

1.1 Erkenntnisinteresse und Relevanz des Themas

Der Entschluss, mich im Rahmen der Diplomarbeit näher mit Ägypten zu befassen, ist mehreren Gründen geschuldet: Im Rahmen des Studiums Internationale Entwicklung ist die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Transformationsprozessen ein zentrales Forschungsfeld. Dabei ist auch das Einnehmen einer historischen Perspektive von großer Relevanz, um aktuelle Entwicklungen, wie in diesem Fall die Hegemonie des Militärs und die konflikthafte Entwicklung im Zuge des Arabischen Frühlings in Ägypten, besser verstehen zu können. Die historische Perspektive ermöglicht es, strukturelle Entwicklungshindernisse, zu denen auch die Auswirkungen des Kolonialismus auf Staat und Gesellschaft zählen, einzubeziehen und *„heutige ungleiche Machtverhältnisse durch den Blick auf ihr Gewordensein zu verstehen.“* (Englert et al. 2006: 14)

Mein persönliches Interesse für Ägypten wurde vor allem durch die Beschäftigung mit der *liberalen Phase* geweckt, jener Phase, die in etwa von der Verabschiedung der Verfassung von 1923 bis zum Palästinakrieg beziehungsweise der Machtübernahme der Freien Offiziere dauerte. Die Erkenntnis, dass zu einer Zeit, in der Europa vom Erstarken autoritärer und reaktionärer Politik heimgesucht wurde, Ägypten Schauplatz eines lebhaften Parlamentarismus war, erhöhte mein Interesse am politischen und ökonomischen Geschehen im Land und ließ mich kulturalistische Thesen zurückweisen, die eine Unvereinbarkeit zwischen Demokratie und arabisch-islamischer Kultur erkennen wollen. Die fragile und konflikthafte Entwicklung politischer und ökonomischer Bedingungen im Nahen und Mittleren Osten auf rein kulturelle Erklärungen zu reduzieren, verkennt die von außen

induzierten „Startschwierigkeiten“ der Länder in der Region. Das Erbe des Kolonialismus, manifestiert in teils willkürlichen Grenzziehungen, imperialistische Interventionen zur Sicherung von Energieressourcen und seinen Transportrouten, sowie der ständig schwelende Palästina-Konflikt und die damit einhergehende Militarisierung der Region, haben ihren unleugbaren Beitrag zur konflikthaften Entwicklung, die sich seit Anfang 2011 entlädt (vgl. Hinnebusch 2003: 9).

Ägypten zum Thema dieser Arbeit zu machen ist somit auch Ausdruck meines Interesses an der MENA-Region und den historischen Wurzeln ihrer schwierigen Entwicklung, mit ihren nicht zu übersehenden Auswirkungen auf die globale Sicherheitslage. Die nähere Auseinandersetzung mit Ägypten erfolgt daher nicht zuletzt deshalb, weil dem Land seit dem von Nasser verfolgten panarabischen Nationalismus, die Rolle einer Hegemonialmacht in der Region zugeschrieben wird. Die historisch gereifte Bedeutung Ägyptens für den Nahen Osten bedeutet auch, dass eine weitere Destabilisierung des Landes, wie sie derzeit zu beobachten ist, unweigerliche Auswirkungen auf die regionale Ordnung haben wird.

Die Auseinandersetzung mit der historischen Entwicklung der Region und den Geschehnissen des Arabischen Frühlings und der darauf folgenden Transitionsphase haben mein Interesse besonders für einen Akteur geweckt: die ägyptische Armee. Hosni Mubarak, entstammte wie schon seine Vorgänger Gamal Abdel Nasser und Anwar as-Sadat der Armee, die seit der Machtübernahme der Freien Offiziere, wenn nicht schon seit der Ära Mehmed Alis zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als die zentrale Machtinstitution in Ägypten gilt. Sie sichert die Macht des Präsidenten nach innen, dominiert über ihre Patronage- und Klientel-Netzwerke die ökonomische Sphäre Ägyptens in einem bemerkenswerten Ausmaß und ist auch für die hegemoniale Ordnung in der Region, als enger Verbündeter der USA von großer Relevanz. Oft wird sie als „Staat im Staat“ bezeichnet, da sie in den ihr wichtigen Belangen, etwa die Abseignung und Verwendung des Militärhaushaltes, weitestgehende Autonomie besitzt. Sie kann also durchaus als „zentrale Quelle der Macht seit Gründung der Republik“ (Demmelhuber 2012: 30) bezeichnet werden, weshalb es mir überaus lohnend erscheint, ihre Rolle vor, während und nach dem Sturz Mubaraks näher zu beleuchten.

Trotz der engen Verflechtung des militärischen Apparates und der politischen Elite rund um den in Ungnade gefallenen Mubarak erfüllten sich auf dem ersten Blick die Hoffnungen der Protestierenden, das Militär würde sich auf die Seite des Volkes stellen und als „neutrale Institution“ den Übergang in eine neue politische Ordnung ermöglichen. Die in der Einleitung skizzierte Entwicklung der letzten beiden Jahre haben diese Hoffnungen weitestgehend

zerschlagen, wenn auch ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung nach wie vor hinter der Armee zu stehen scheint. Die Unterstützung der Protestbewegung geschah aus heutiger Sicht nur vordergründig, um die eigene Position im Staat und die damit verbundenen Privilegien weiterhin zu sichern. Die Absetzung und Inhaftierung des demokratisch gewählten Präsidenten Mursi, die Aufhebung der erst Ende 2012 verabschiedeten Verfassung zu Gunsten einer neuen, in der die besondere Rolle der Armee im Staat weiter gefestigt wurde, das gewaltsame Vorgehen gegen die Proteste der Muslimbruderschaft mit einer Vielzahl von Toten und die sukzessive Ausweitung ihrer eigenen Befugnisse haben gezeigt, dass das Militär nicht gewillt ist, einen grundlegenden politischen Wandel zu tolerieren, der ihre Interessen gefährden könnte. Trotz oder gerade wegen dieses Vorgehens hat das Militär in dieser konfliktreichen Phase aber auch Unterstützung aus der Zivilbevölkerung und von der internationalen Gemeinschaft erhalten. Die von den Muslimbrüdern verfolgte Politik wurde auch von einer Vielzahl von säkularen und moderat-religiösen Ägyptern abgelehnt. Anstatt eines Überwindens der Bruchlinien in der Gesellschaft, haben sich die Konflikte in den vergangenen drei Jahren verschärft und sie weiter polarisiert. Die weitere Entwicklung in Ägypten droht, wie aktuelle Ereignisse befürchten lassen, auf eine konfliktreiche Phase hinauszulaufen. Das Militär, so viel wurde im Zuge der post-revolutionären Ereignisse sicher, wird diese Entwicklung, wie in der Vergangenheit, entscheidend mitprägen.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit, möchte ich an Hand einer historischen Analyse die Rolle der Armee und die Faktoren, die zu ihrer starken Position im ägyptischen Staat beigetragen haben, näher darstellen. Dies soll einerseits helfen, Ursachen, Verlauf und die vorläufigen Resultate des Arabischen Frühlings verständlicher zu machen, andererseits aber auch Aspekte der politischen und ökonomischen Entwicklungen aufzeigen, die Ägypten in den vergangenen Jahrzehnten durchlief und die letztendlich, so meine Annahme, auch zu den massiven Protesten der vergangenen drei Jahre geführt haben. Ich fokussiere mich deshalb auf die Armee, weil sie nicht nur maßgeblich die Machtverhältnisse im Inneren determiniert hat, sondern auch für die Beziehungen nach außen eine entscheidende Rolle einnahm. Die seit dem Abschluss des Friedensvertrages mit Israel 1979 erfolgte militärische und ökonomische Anbindung an die USA wurde von der Armee entscheidend mitgetragen. *„Die Beziehungen der USA zu Ägypten laufen weitgehend über die Armee, das ist einer der Hauptgründe, warum die Armee in der Struktur des ägyptischen Staates eine so dominierende Rolle spielt.“* (Hanieh 2011: 35) Auch schon vor der Anbindung an die USA wurde die außenpolitische Ausrichtung maßgeblich von der Armee und ihrem Streben nach einer modernen Bewaffnung und einer damit einhergehenden Führungsrolle in der Region und innerhalb der Blockfreien

Staaten mitgeprägt. Die Armee hat somit wie keine andere Institution den ägyptischen Entwicklungsweg seit Erlangen der Unabhängigkeit in politischer wie auch ökonomischer Hinsicht beeinflusst, wenn sie auch in Zuge der schrittweisen *civilianization* des Kabinetts mit der Machtergreifung von Sadat weniger Beachtung im Kontext der Transformations- und Demokratisierungsforschung erfahren hat (vgl. Müller-Mellin 2011: 2). Aktuell ist die Armee als Akteur zwar wieder verstärkt in den Fokus wissenschaftlicher Auseinandersetzung geraten, dennoch ist aus meiner Sicht ein Mangel an konkreteren Arbeiten zur Rolle des Militärs für die Entwicklung Ägyptens erkennbar. „*Given the size, historical role and influence of the Egyptian military, literature on the subject is thin.*“ (Hashim 2011: 63)

Aus der Perspektive der Internationalen Entwicklung ist die Auseinandersetzung mit der Armee als politischer und ökonomischer Akteur aus mehreren Gründen wichtig: Ägypten ist eines der Hauptempfängerländer von bi- und multilateralen Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere auch im Bereich der Demokratieförderung und *Good Governance*. Hinzu kommt das Engagement von zahlreichen westlichen NGOs in entwicklungspolitischen Initiativen im Land (vgl. Slezak 2011: 6). Die Wirkung all dieser Anstrengungen, auch wenn sie im Kleinen positive Effekte mit sich bringen, steht und fällt mit der wirtschaftlichen und politischen „Großwetterlage“. Westliche Politiker müssen sich die Frage gefallen lassen, weshalb es trotz einer Vielzahl an Menschenrechtsverletzungen, einer klientelistischen Wirtschaftspolitik und einer damit einhergehenden Verschlechterung der Lebensbedingungen eines Großteils der Ägypter, nur zaghafte Versuche gab und gibt, Druck auf das ägyptische Regime aufzubauen. Wirtschaftliche, geostrategische und sicherheitspolitische Interessen unterminieren entwicklungsfördernde Initiativen und haben somit einen nicht unwesentlichen Anteil an der gegenwärtigen Krise in Ägypten.

Ein zentrales Problem der westlichen Politik gegenüber den autoritären Regimen der Region stellt also die Priorisierung von Stabilität über Demokratie dar (vgl. Schlumberger 2008: 180 f.). Die Konsequenzen dieser Politik zeigen sich in zunehmender Ablehnung des Westens auf Grund seiner aus der Diskrepanz zwischen Absichtserklärungen und tatsächlichem Handeln erwachsenen Unglaubwürdigkeit. Eine Verbesserung der politischen und sozioökonomischen Verhältnisse in Ägypten sollte daher auch im Interesse westlicher Staaten, allen voran der EU sein, wenn sie ihre Anstrengungen zur Entwicklungsförderung nicht ins Leere laufen lassen wollen. Wenn aber die Interessen für eine Stabilisierung der autokratischen Partnerregime überwiegen, „*so wäre im Idealfall eine klare, eventuell realpolitische Strategie zu entwickeln, welche die bisher für Demokratieförderung investierten Ressourcen eventuell effektiver für andere politische Ziele der Geberländer einsetzen könnte.*“ (ebd. 182) Aktuell scheint es so

zu sein, dass insgeheim die Förderung von Stabilität überwiegt. Die Persistenz autoritärer Herrschaft in Ägypten, mit der Armee als zentralen Institution und ihrer finanziellen und rüstungstechnischen Unterstützung von Seiten des Westens, ist ein Haupthindernis für eine nachhaltigere Entwicklung, da den Menschen politische und ökonomische Entfaltungsmöglichkeiten größtenteils verwehrt bleiben. Unter diesen Annahmen ist eine nähere Darstellung der militärischen Hegemonie in Politik und Wirtschaft, ihre Ursachen und Auswirkungen von Interesse, um Politik in Ägypten an sich besser zu verstehen und auch die Politik seitens des Westens Ägypten gegenüber kritisch zu hinterfragen. Speziell für die Entwicklungszusammenarbeit, die Demokratieförderung zum Ziel hat, ist eine solche Auseinandersetzung relevant, da sie ansonsten angesichts der gleichzeitigen Förderung der autoritären Strukturen im Grunde wirkungslos bleiben muss.

1.2 Fragestellung, Methode und Gliederung der Arbeit

Die einleitenden Worte und die Darstellung des Erkenntnisinteresses führen mich zu meiner zentralen Forschungsfrage:

Wie hat die ägyptische Armee seit ihrer Machtergreifung agiert, um ihre hegemoniale Stellung im Staat gegen andere gesellschaftliche Kräfte zu erlangen, auszubauen und zu verteidigen und wie haben externe Einflüsse diese Entwicklung beeinflusst?

Hierfür muss zuerst einmal der Begriff der Hegemonie näher erläutert und für die Analyse nationaler wie internationaler hegemonialer Konstellationen konzeptionalisiert werden. Das Militär hat im internen Gefüge womöglich eine hegemoniale Position inne, ist aber auch in ein internationales System und damit einhergehenden Allianzen und Abhängigkeiten eingebunden. Die politökonomische Transformation, insbesondere in den letzten vierzig Jahren, hat zweifellos zu einer Veränderung der Machtkonstellation im Inneren geführt und die Rolle der Armee im Staat verändert. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass sie, wenn auch über längere Zeit im Hintergrund, letztendlich der machtvollste Akteur im ägyptischen Staat geblieben ist. Ob dies auf eine hegemoniale Position zurückzuführen ist, oder aber ihre repressive Kapazität, also das Mittel des Zwangs verantwortlich ist, das soll in der Arbeit diskutiert werden. Neben der Bearbeitung dieser etwas weiter gefassten grundlegenden Frage soll im Rahmen der einzelnen Kapitel auch auf folgende spezifischere Fragen eingegangen werden:

- Wie haben externe Faktoren, in historischer Perspektive der britische Kolonialismus und später die US-amerikanische Hegemonie in der Region die Rolle des Militärs im ägyptischen Staat beeinflusst?
- Inwiefern hat eine hegemoniale Konstellation zur Persistenz des Autoritarismus in Ägypten beigetragen? Wie kann diese hegemoniale Konstellation beschrieben werden und welche Rolle spielte dabei die ägyptische Armee?
- Welchen Anteil hat die Geschichte der Armee an ihrer derzeitigen Legitimation in der Bevölkerung? Wodurch wird ihre immer noch vorhandene Wahrnehmung als Hüterin der Nation gespeist?
- Wie agierte das Militär im Zuge des Arabischen Frühlings in Ägypten? Wie ist das Verhalten einzuordnen und welche Rolle spielten dabei internationale Akteure, allen voran die USA?

Ausgehend von diesen Forschungsfragen werde ich jene Aspekte, die im Sinn einer vernünftigen Reduktion als die relevantesten betrachtet werden, näher beleuchten. Zu diesen Bereichen zähle ich die nach innen gerichteten Strategien, um andere soziale Kräfte zu kontrollieren und die eigene Position zu stärken. Insbesondere der Umgang mit der Muslimbruderschaft, zweifellos jener Akteur mit dem größten Rückhalt in der Bevölkerung, aber auch die Versuche des Regimes, durch den Aufbau einer staatstragenden Ideologie Legitimation zu erhalten, sollen hierbei beleuchtet werden. Als zweiten relevanten Bereich erachte ich die vielfältigen Versuche der Armee, einen erheblichen Anteil der Ressourcen, die dem Staat zur Verfügung stehen für sich zu beanspruchen. Neben dem militärisch-industriellen Komplex, der eine für die Region vergleichsweise lange Geschichte hat und die Armee zu einer bedeutenden Stellung in der ägyptischen Industrie verholfen hat, der Strategie der Kriegsführung um Ressourcen zu mobilisieren und externe Unterstützung in Form von Militärhilfen und anderen politischen Renten, sollen vor allem auch die zivilwirtschaftlichen Betätigungen der Armee näher dargestellt werden. Als der dritte relevante Bereich wird die externe Dimension der autoritären Politik erachtet. Externe Akteure haben die Entwicklung Ägyptens maßgeblich beeinflusst. Dies trifft nicht nur auf eine durch den Kolonialismus verursachte Peripherisierung der ägyptischen Wirtschaft zu, sondern auch auf die Förderung

autoritärer Strukturen durch eine von Seiten der Industriestaaten verfolgten engen Kooperation mit der militärischen und neopatrimonialen Machtelite Ägyptens.

Diese Fragen und Annahmen sollen mit einer ausgedehnten Literaturrecherche bearbeitet werden. Hierbei kommt vorwiegend englischsprachige, in kleinerem Ausmaß auch deutsch- und französischsprachige Literatur zur Verwendung. Der qualitative Charakter dieser Arbeit bringt natürlich die Gefahr einer subjektiven Beeinflussung der Antworten mit sich. Letztendlich ist diese Problematik in qualitativen wissenschaftlichen Arbeiten immer gegeben, und das Problem der nicht existenten Objektivität und der Reproduktion bestehender Meinungen und Ansichten kann hier nicht überwunden werden. Dennoch ist es meine Absicht, durch eine möglichst breit angelegte Literaturrecherche unterschiedliche Meinungen darzustellen und Interpretationsmuster aufzuzeigen. Während die historische Auseinandersetzung in erster Linie mit Hilfe der ausreichend vorhandenen Sekundärliteratur erfolgt, kommen vor allem bei der Behandlung der aktuelleren Ereignisse auch Primärquellen in Form von Artikeln und Medienberichten zum Tragen.

In Kapitel 2 sollen die theoretischen Grundlagen der Arbeit erörtert werden. Ich orientiere mich hier an zwei theoretischen Strängen, die sehr unterschiedliche Schwerpunkte haben, beide aber in dem Sinn relevant sind, da sie einerseits einen exogenen und andererseits einen endogenen Fokus einnehmen. Da ich mich auf die Armee als Akteur fokussiere, soll dargestellt werden, wie sie in der Theorie wahrgenommen wurde und welche Veränderungen es hierbei gab. Ich werde zum einen auf die Strömung der Politischen Soziologie und der Kritik an ihr eingehen, zum anderen auf das Konzept der Hegemonie und seiner Anwendungsmöglichkeit für die nationale und internationale Ebene.

Kapitel 3 soll die historische Entwicklung Ägyptens bis zur Machtübernahme der Freien Offiziere darstellen. Insbesondere die Herrschaft Mehmed Alis wird thematisiert, da in seiner Ära wichtige Grundlagen für die weitere Entwicklung Ägyptens gelegt wurden. Das von ihm angestoßene Modernisierungsprogramm beinhaltete den Aufbau einer modernen Armee, neuer administrativer Strukturen sowie einer weitreichenden wirtschaftlichen Umstrukturierung. Dieser historische Exkurs soll zum einen den konflikthaften, stark von externen Einflüssen geprägten Entwicklungsweg Ägyptens darstellen, dessen Auswirkungen insbesondere den nationalen Diskurs bis heute prägen, und zum anderen die Entwicklung der Armee als im Fokus stehender Akteur nachzeichnen.

In Kapitel 4 liegt der Fokus auf der Armee als politischen Akteur seit der Machtergreifung durch die Freien Offiziere um Gamal Abdel Nasser. Ziel ist es die politische Bedeutung der

Armee im nasseristischen Ägypten darzulegen sowie ihren Einfluss in der Frage nach externer Anbindung zu analysieren. Das Verhältnis zwischen der Armee als wichtiger Teil des Regimes und der zivilen Gesellschaft soll aus einer hegemonietheoretischen Perspektive beurteilt werden.

In Kapitel 5 soll auf die sich verändernde Rolle der Armee unter Answar Sadat eingegangen werden. Der letzte große Krieg gegen Israel 1973 soll zum Anlass genommen werden, um die ressourcenmobilisierenden Strategien der Armee darzustellen. Gleichzeitig wird auch die sich verändernde Rolle der Armee in der hegemonialen Konstellation Ägyptens untersucht, die mit dem ägyptisch-israelischen Friedensschluss begonnen hat. In Sadats Amtszeit fällt auch die zunehmende Anbindung an die USA, die hier ebenfalls auf ihre Implikationen und geopolitischen Hintergründe hin untersucht werden soll.

Kapitel 6 befasst sich mit der Ära Hosni Mubaraks bis zum Ausbruch des Arabischen Frühlings in Ägypten. Die unter Mubarak fortgeführte Transformation des Sicherheitsapparates und damit einhergehend die zunehmende Veränderung der militärischen Funktion im Staat stehen hier im Zentrum. Die politökonomischen Veränderungen durch die zunehmende Öffnung der ägyptischen Wirtschaft und die damit verbundenen Auswirkungen auf sozialer Ebene werden ebenfalls thematisiert. Ferner soll ausgehend von der zunehmenden Bedeutung der Armee im ökonomischen Bereich auf die historische Entwicklung der Armee als bedeutenden Akteur in der ägyptischen Wirtschaft eingegangen werden.

Der Arabische Frühling, der als Ausgangspunkt zur Untersuchung der Armee als Akteur fungierte, wird in Kapitel 7, vor allem hinsichtlich ihrer Rolle in der revolutionären und postrevolutionären Phase behandelt. Zudem soll der Frage nachgegangen werden, ob von einer neu entstandenen hegemonialen Konstellation in Ägypten gesprochen werden kann. Insbesondere das Verhältnis zwischen Armee und Muslimbrüdern, das die postrevolutionäre Phase entscheidend geprägt hat, soll in diesem Kapitel näher thematisiert werden.

2 Diskussion theoretischer Erklärungsansätze

Die Beantwortung meiner Forschungsfrage bedarf einer Perspektive, die sich sowohl auf die nationale wie auch auf die internationale Ebene bezieht. Die heutige Stellung des Militärs in Ägypten und seinen Einfluss auf den autoritären Charakter des ägyptischen Staates können nur durch eine Betrachtung interner und externer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ein umfassendes Bild ergeben. Die herausragende Stellung der Armee und ihre konstant hohe Bedeutung für die Stabilität eines autoritären Regimes kann nicht nur auf endogene Faktoren zurückgeführt werden. Bassam Tibi dazu in seiner Analyse von Militärregimen in Entwicklungsländern: *„Nicht nur ist sie [die Armee] ein Moment der eigenen Gesellschaft, sondern sie ist vor allem in einen internationalen Zusammenhang eingebettet.“* (Tibi 1973: 74 f.)

Ich beginne damit, die theoretische Auseinandersetzung über die Armee als gesellschaftlichen Akteur im postkolonialen Staat näher zu charakterisieren, bevor ich auf die gängigen theoretischen Modelle, ihre Möglichkeiten und Grenzen eingehe, die versuchen den Autoritarismus im Nahen und Mittleren Osten zu erklären. Anschließend konzeptionalisiere ich den der Arbeit zugrunde liegenden Begriff der Hegemonie und gehe auf seine Anwendungsmöglichkeiten auf nationaler wie internationaler Ebene ein.

2.1 Die Armee im postkolonialen Staat

Nach dem zweiten Weltkrieg und insbesondere in der Phase der Dekolonisierung entwickelte sich im wissenschaftlichen Diskurs ein neues Interesse am Militär als Akteur sowie an seiner Bedeutung für eine nachholende Modernisierung in den neu entstandenen Nationalstaaten. Der allgemeine Optimismus, der zu Beginn der postkolonialen Phase im Großteil der Sozialwissenschaften vorherrschte, fußte auf der Vorstellung, dass die postkolonialen Staaten durch den Aufbau von Institutionen und Organisationen nach dem Vorbild westlicher Nationalstaaten, den Prozess der Modernisierung relativ zügig durchschreiten könnten. *„There was a stark confidence in the 1950s and 1960s that the chaos of the moment would pass as new and renewed states would pull themselves together and create ‘modern’ national societies.“* (Migdal 1988: 11)

Ein starker Staat galt als Voraussetzung für den antizipierten Wandel der postkolonialen Länder. Ein zentrales Element eines starken Staates ist seine Hoheit über das Gewaltmonopol.

Joél Migdal (1988: 18) sieht die Kontrolle über die Gewaltorgane eines Staates als eine zentrale Herausforderung für die anvisierte Vorherrschaft staatlicher Institutionen und seiner politischen Führung: „*First, leaders aim to hold a monopoly over the principal means of coercion in their societies by maintaining firm control over standing armies and police forces while eliminating nonstate controlled armies, militias and gangs.*“ War bei Migdal die Kontrolle über die Träger des Gewaltmonopols nur eine unter mehreren Herausforderungen für die Durchsetzung staatlicher Vorherrschaft in einer Gesellschaft, so galt die Armee bei anderen Vertretern einer Theorie der nachholenden Entwicklung auf Grund ihres modernen Charakters als die modernisierungsfördernde Institution per se.

Wenn auch die theoretische Auseinandersetzung über das Verhältnis von Staat und Militär als ein Träger des Gewaltmonopols und seine gesellschaftliche Bedeutung sehr viel weiter zurückreicht (man denke etwa an Machiavellis Werk *Der Fürst*), die theoretischen Grundlagen über die Rolle des Militärs für den modernen Nationalstaat, und insbesondere für seine potentielle Rolle als Akteur im Prozess der nachholenden Entwicklung, wurden vor allem Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre gelegt. Vorreiter waren hierbei vor allem Vertreter der angelsächsischen Sozialwissenschaften, die der Armee eine tendenziell positive Rolle für die Modernisierung in den postkolonialen Staaten zuwiesen. „*Während die Rolle des Militärs in den 50er Jahren überwiegend negativ beurteilt wurde, tritt mit der Konferenz von Santa Monica 1959⁵ ein Wendepunkt in der Diskussion um die zivil-militärischen Beziehungen ein.*“ (Müller-Mellin 2011: 5) Zu dieser Veränderung in der Wahrnehmung der Armee trug eine Welle an theoretischen und empirischen Arbeiten bei, die im Zuge zahlreicher Coups und Machtergreifungen durch die Armee, vorwiegend in postkolonialen Staaten, entstanden sind. Diese als Militärsoziologie zu bezeichnende wissenschaftliche Strömung innerhalb der Politischen Soziologie entwickelte sich in der Folge zu einem zentralen Element des im Westen vorherrschenden Entwicklungsdiskurses.

Als ein zentrales Werk militärsoziologischer Arbeiten gilt *The Soldier and the State* (1956) von Samuel P. Huntington, in dem die Entwicklung der Profession des Offiziers und seine für eine politische Modernisierung hin zu einer demokratischen Staatsform idealtypische Ausprägung behandelt werden. Huntingtons Werk kann angesichts seiner Popularität als Startschuss für eine Reihe an theoretischen und empirischen Arbeiten gesehen werden, in dessen Zentrum die Armee als professionelle Organisation, ihre Rolle im modernen

⁵ Die hier angesprochene Konferenz ließ sich nicht genau bestimmen. Es dürfte sich aber um eine Konferenz der RAND Cooperation, einem US-amerikanischen Think Tank mit Schwerpunkt auf Militär- und Sicherheitsforschung handeln. Das Werk auf das sich Müller Mellin bezieht stammt von John Johnson und dessen Arbeiten wurden von der RAND im Zuge einer Konferenz finanziert.

Nationalstaat sowie die Beziehungen zwischen ihr und der zivilen Gesellschaft stehen. Diese militärsoziologischen Arbeiten hatten entscheidenden Anteil daran, dass das Militär als eine eigenständige soziale Organisation mit ihren eigenen Zielen, Hierarchien, Werten und Fähigkeiten wahrgenommen und in der Folge eine besondere Bedeutung in den Transformationsprozessen der postkolonialen Staaten beigemessen wurde. Eine zentrale These, die den meisten Arbeiten zu Grunde liegt ist, dass die zuerst in Europa stattgefundene Professionalisierung der Streitkräfte Voraussetzung für ein ziviles Primat über die Armee und somit auch einer demokratischen Staatsform ist. Nicht-professionelle oder prätorianische Armeen tendieren im Gegensatz dazu, in die Politik zu intervenieren, um ihre eigenen Kooperativinteressen durchzusetzen.

2.1.1 Der professionelle und der prätorianische Soldat

Die professionelle Armee, der Soldat als „Experte seines Faches“ und die daraus entstehenden Implikationen für die Beziehungen zwischen der militärischen und zivilen Sphäre, sind für Huntington ein Produkt der Entstehung moderner Staaten und ihren Gesellschaften. „*The professional officer as a social type is a uniquely characteristic of modern society as is the industrial entrepreneur.*“ (Huntington 1981: 19) Die zuvor bestehende Form nicht-professioneller oder prätorianischer Armeen und die in ihr dienenden Soldaten unterschieden sich gegenüber den modernen Armeen in grundsätzlichen Punkten hinsichtlich ihrer Organisation und Motivation sowie dem Verantwortungsgefühl dem Staat und seiner Gesellschaft gegenüber. Die Soldaten der vorprofessionellen Armeen waren meist Söldner, die auf ihren persönlichen Gewinn bedacht waren und die Armeen in denen sie kämpften, wurden vom jeweiligen Herrscher kurzfristig für den Zweck einzelner Auseinandersetzungen aufgestellt. Erst später, zur Zeit der Kaiserreiche und Monarchien entwickelte sich die Notwendigkeit eines stehenden Heeres, welches permanent zur Verfügung stand. Die Soldaten, vorwiegend aus den unteren sozialen Schichten, wurden für viele Jahre, meist durch eine Mischung aus Zwang und finanziellem Anreiz rekrutiert, während die Aristokratie den Großteil der Offiziersgesellschaft ausmachte. Für Huntington ist diese Form der Armee und ihrer Offiziersgesellschaft die letzte vorprofessionelle dominante Form in westlichen Gesellschaften (vgl. ebd. 20 ff.).

Wodurch zeichnet sich nun die professionelle Form der Armee und ihrer Offiziersgesellschaft aus? Für Huntington, und viele Vertreter der Militärsoziologie werden ihm in diesem Punkt folgen, sind dies in erster Linie folgende Eigenschaften:

Expertise/Fachwissen des Offiziers: In einer professionellen Armee weisen die einzelnen Mitglieder des Offizierskorps im Grunde die gleiche Bandbreite an Expertisen auf, die auch im zivilen Leben vorkommen und sich von einer technischen bis hin zu einer medizinischen Ausbildung erstrecken. Was sie von den zivilen Experten unterscheidet, ist das Wissen über die gezielte Form der Gewaltanwendung. Huntington (1981: 11) beschreibt diese Kompetenz, die er als *management of violence* bezeichnet, folgendermaßen: „*The direction, operation and control of a human organization whose primary function is the application of violence is the peculiar skill of the officer.*”

Verantwortungsbewusstsein des Offiziers: Die Hauptverantwortung des Offiziers liegt in der Aufrechterhaltung der militärischen Sicherheit der Gesellschaft, für die er seinen Dienst verrichtet. Die Motivation des professionellen Offiziers ist demnach nicht in einem monetären Anreiz begründet, was ihn von der vorprofessionellen Form des Söldners unterscheidet. Seine Motivation ist begründet durch die, wie Huntington es ausdrückt, „Liebe zu seinem Handwerk“ und dem Gefühl der Verpflichtung, dieses Handwerk zum Wohle des Staats und seiner Gesellschaft auszuüben (vgl. ebd. 14 f.).

Zugehörigkeit zu einer Organisation (Corporate Character of Officership): Die Offiziere entwickeln durch die klare Abtrennung ihrer Organisation von der zivilen Gesellschaft einen starken Korporativgeist. Die Aufnahme in die Organisation ist nur durch entsprechende Ausbildung gewährleistet. Die Armee selbst ist eine bürokratische Organisation, mit strengen Hierarchien und klaren Abgrenzungsmerkmalen zur zivilen Gesellschaft. „*The functional imperatives of security give rise to complex vocational institutions which mold the officer corps into an autonomous social unit.*” (ebd. 16)

Die hier dargestellten Eigenschaften der Profession des Offiziers sind Huntington zufolge jene, die den modernen Charakter des Offiziers ausmachen. Die Ausbildung dieser modernen Form ist aus militärsoziologischer Sicht auch die Voraussetzung, dass sich die Armee einem zivilen Primat unterstellt und sich nur auf ihre Kernaufgabe, die Landesverteidigung, konzentriert. Die Armee kann aber nicht als reine bürokratische Einheit gesehen werden, die sich alleine durch die professionelle Ausübung ihrer Funktion der Autorität einer zivilen Regierung fügt. Professionalisierung führt auch dazu, dass sich die Armee ihrer Möglichkeiten als korporative Organisation bewusst wird. Auf Grund ihres Gewalt- und Machtmonopols, das sie zwar mit anderen Trägern dieses Monopols, wie etwa der Polizei oder paramilitärischen Einheiten teilt, meist aber qualitativ und quantitativ als höherwertig einzustufen ist, und der Tatsache, dass sie als korporative Einheit auch Eigeninteressen

vertritt, hat sie die Möglichkeit, aktiv in die Politik zu intervenieren. „*Professionalisierung hat jedoch auch die Konsequenz, daß sich Militärs ihrer administrativen und politischen Kompetenz bewußt sind und sich auch in politischen Bereichen als kompetent verstehen.*“ (Grau 2001: 32)

Der von Huntington in Bezug auf die USA gezogene Konnex zwischen dem Grad der Professionalisierung der Armee und dem politischen System, dies zeigte sich in der Persistenz vieler Militärregime, ist daher nicht so eindeutig, wie er von vielen sich auf Huntington beziehenden Autoren auch in Bezug auf postkoloniale Staaten gezogen worden ist. Die Armeen, die die Politik ihrer Länder nach wie vor direkt oder indirekt beeinflussten, sind aus einer militärsoziologischen Perspektive durchaus als professionell zu bezeichnen, haben sich aber dennoch keiner zivilen Autorität unterstellt. Philippe Droz-Vincent meint (2007: 196) zur wissenschaftlichen Diskussion, ob Professionalismus vor Interventionen in die Politik schütze:

Although Huntington (1957) maintained that military officers were not to be feared as long as they remained true professionals dedicated to their mission and that military professionalization entailed the subordination of the military to civilian leaders, others held that the army's professionalization was a double-edged sword fostering military interventions.

Zu den Vertretern auf die sich Droz-Vincent bezieht, gehört unter anderem Morris Janowitz. Dieser befasste sich in seinen vergleichenden Analysen über die Rolle der Armee in Entwicklungsländern intensiv mit diesem scheinbaren Widerspruch und sieht in einer gestiegenen professionellen Einstellung der Armee, verursacht durch die Erfahrung, erfolgreich gegen interne Widerstände zu bestehen, einen weiteren Anreiz in die Politik zu intervenieren.

In those nations where the military has had some successful operational experience, especially in suppressing internal insurrections, it has contributed to social cohesion and, in a sense, to the development that rises above partisan politics and embodies national ideals. It has made the military more professional, and, all things being equal, successful operational experience leads to further military professionalism, which in turn becomes a firmer basis for intervention in domestic politics. (Janowitz 1964: 36)

Auch Amos Perlmutter sieht den von Huntington gezogenen Schluss, Professionalismus würde zur Unterordnung unter ein ziviles Primat führen, als nicht zwangsläufig gegeben an und verweist ebenfalls darauf, dass Offiziere und Armeen, die sich entschließen, zu intervenieren, im Sinne der von Huntington hervorgehobenen Eigenschaften oft als professionell zu bezeichnen sind. Perlmutter betont in seiner Arbeit vor allem die politischen und gesellschaftlichen Umstände, die zu einer militärischen Intervention in die Politik führen.

Militärintervention und ein vom Militär dominiertes politisches System hängen also nicht so sehr vom Professionalisierungsgrad der Armee ab, sondern von den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Insbesondere in prätorianischen Gesellschaften kommt es, verstärkt zu einer Intervention der Armee, auch wenn diese einen hohen Grad an Professionalisierung aufweist (vgl. Perlmutter 1977: 12). Prätorianismus charakterisiert bei Perlmutter also nicht nur die vorprofessionelle Form der Armee sondern das politische System, dass eine Armee dazu veranlasst in die Politik zu intervenieren und sich selbst an die Spitze des Staates zu positionieren. Fehlt es der Regierung an der nötigen Legitimität, „*the chances are that the military will challenge the authorities. It takes the skill and knowledge of professional officers to engineer the military coup and replace the authorities.*” (ebd. 13)

2.1.2 Prätorianismus und postkolonialer Staat

Die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, die mit dem Begriff *Prätorianismus* in den Theorien zu zivil-militärischen Beziehungen beschrieben werden, werden besonders im postkolonialen Staat verortet und als Erklärung für die dort häufig auftretenden Coups bis hin zur langfristigen militärischen Herrschaft herangezogen. „*Praetorianism is a word frequently used to characterize a situation where the military class of a given society exercises independent political power within it by virtue of an actual or threatened use of military force.*” (Watkins zit. nach Perlmutter 1977: 89)

Gerade die Mitte des 20. Jahrhunderts neu entstandenen postkolonialen Staaten im Nahen und Mittleren Osten, in Asien, Afrika und auch Lateinamerika, in denen der Dekolonisierungsprozess zwar früher einsetzte, militärische Interventionen aber ebenfalls bis weit ins 20. Jahrhundert hinein zu beobachten waren, wurden und werden auch heute noch als Prototypen prätorianischer Gesellschaften dargestellt, in denen moderne Institutionen auf Grund der traditionellen Orientierung eines Großteils der Bevölkerung nicht effektiv implementiert werden können: „*The collapse of executive power is a precondition for praetorianism.*” (Perlmutter 1977: 89) Zivil-militärische Beziehungen können unter prätorianischen Bedingungen sehr unterschiedliche Ausprägungen annehmen. Die Armee kann die Regierungsaufgaben mit oder ohne den Konsens ziviler Politiker übernehmen. Sie kann eine zivile Regierung gegen eine andere austauschen oder das Ziel haben, nur die militärische Führungselite auszutauschen (vgl. ebd.).

Eine wichtige Unterscheidung ist zwischen historischem und modernem Prätorianismus zu treffen. Historischer Prätorianismus ist eng mit einem patrimonialen System verbunden, wie

es besonders auch in vorkolonialen Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens zu finden war. In patrimonialen Staaten ist die Verfügung über eine permanente Armee von gesteigerter Bedeutung für den Herrscher und deren Finanzierung wird zu einem vorrangigen politischen Ziel. „*Among the most important tributes which the patrimonial ruler extracts from his subjects are provision for troops and taxes to pay for mercenaries.*” (Perlmutter 1977: 91) Mitunter kam es auch in patrimonialen Systemen zu prätorianischen Verhältnissen, da auch hier eine fortschreitende Professionalisierung, im Sinne einer besseren Ausbildung und Ausrüstung der Armeen zu verzeichnen war. Wenn die Autorität des patrimonialen Herrschers nur auf Drohungen und Zwang gegenüber der Armee beruhte, konnte ein Prozess einsetzen, in der sich die Armee vom Herrscher distanzierte und einen zunehmend autonomen Charakter annahm. Ging dies mit politischen Zielsetzungen der Armee einher, kam es immer wieder zu einer totalen Machtübernahme, wie es zum Beispiel im osmanischen Reich unter Suleiman I zu beobachten war (vgl. ebd.).

Der moderne Prätorianismus wird vor allem in den postkolonialen Staaten verortet, deren gesellschaftliche Ordnung durch die mit dem Kolonialismus einhergegangenen Umwälzungen nicht mehr gegeben war. Er unterscheidet sich gegenüber der historischen Ausprägung insbesondere in zwei Punkten: Erstens ist die Armee nicht mehr wie in vormodernen Zeiten Verteidiger und Repräsentant der Legitimität des Herrschers, sondern sie fordert diesen heraus und bietet ihrerseits eine neue Form der Autorität an (vgl. Perlmutter 1977: 93). Zweitens ist das Verhältnis zwischen der politischen Herrschaft und der Armee nicht mehr durch eine traditionale, sondern durch eine legal-rationale Ausrichtung bestimmt. Die moderne Ausprägung des Prätorianismus ist daher eng mit einer professionellen Armee verbunden. „*Modern praetorianism is the praetorianism of the professional soldier.*” (ebd.) Die professionelle Armee hat sich demnach emanzipiert und tritt nicht mehr nur als Verteidiger eines patrimonialen Herrschers auf, sondern ist dazu übergegangen, die Herrschaft selber auszuüben.

Perlmutter charakterisiert einen modernen prätorianischen Staat als einen Staat, in dem die Armee dazu geneigt ist, auf Grund des allgemeinen Verfalls des politischen Systems in ebendiesen zu intervenieren und die auch das Potential dazu hat, das politische System und seine Institutionen nachhaltig zu dominieren. Ein solcher Staat, so Perlmutter, erleichtert es der Armee, sich als stärkste politische Kraft zu etablieren, die alle Institutionen weitgehend mit Leuten aus dem militärischen Kader besetzt und die Verfassung nach ihren Vorstellungen verändert. Der Prätorianismus im 20. Jahrhundert wird vor allem dadurch begünstigt, dass die Regierungen „schwacher Staaten“ es verabsäumen, nationale Ziele, wie Modernisierung,

Urbanisierung, eine nationale Einigung und die Etablierung einer gesellschaftlichen und politischen Ordnung zu erreichen, oder die zivilen Regierungen keine Legitimationsbasis aufbauen können. Neben diesen Versäumnissen der politischen Führung gibt es auch eine Reihe sozialer Umstände, die ein prätorianisches System wahrscheinlich machen. Diese entsprechen im Grunde den Problemen, die gemeinhin mit Entwicklungs- und Schwellenländern in Verbindung gebracht werden, in denen der Modernisierungsprozess zwar die alte gesellschaftliche Ordnung beseitigt hat, eine neue Ordnung aber aus diversen Gründen noch nicht implementiert werden konnte (vgl. Perlmutter 1977: 93 ff.).

Trotz der hier dargestellten engen Verknüpfung zwischen postkolonialen Staaten und prätorianischen Verhältnissen sollte nicht übersehen werden, dass viele dieser Staaten durchaus in der Lage waren, eine weitreichende institutionelle Neugestaltung vorzunehmen, die sich an den modernen Nationalstaaten orientierte. Dennoch erwiesen sich diese Reformen im Zuge des *state building* oft nicht als effektiv „*to regulate social relations and use resources in determined ways.*“ (Migdal 1988: 5) Das Bild des postkolonialen Staates ist daher ein zwiespältiges, da er einerseits durch den oft rasch erfolgten Aufbau von Institutionen durchaus als stark im Sinne seiner institutionellen Basis bezeichnet werden kann, andererseits aber auch als schwach, da diese Institutionen scheinbar nicht in der Lage sind, einen zielorientierten sozialen Wandel herbeizuführen (vgl. ebd. 8).

2.2 Modernisierung im postkolonialen Staat

Im Zentrum des Diskurses über die politische und ökonomische Entwicklung der postkolonialen Staaten stand in den 50ern und 60ern die Frage, auf welche Weise die Länder am ehesten eine Entwicklung einläuten könnten, die sie auf den Entwicklungsstand der westlichen Industrienationen bringen würde. Allgemein herrschte ein großer Optimismus, dass ein starker Staat in der Lage wäre, die Gesellschaften rasch auf einen Weg sozialer und ökonomischer Modernisierung zu bringen. „*The role of the state as the principal tool in transforming the society along these progressive lines was often taken to be self-evident.*“ (Migdal 1988: 12)

Das vorherrschende Paradigma im Entwicklungsdiskurs dieser Phase war zweifelsohne das der nachholenden Modernisierung. Die Kernaussage dieser wachstumsorientierten Entwicklungstheorie lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die *traditionellen Gesellschaften* in den vorindustriellen Ländern werden rasch einen Prozess der wirtschaftlichen

Modernisierung beginnen und in relativ kurzer Zeit einen Entwicklungsstand der bereits industrialisierten Länder erreichen. Als einer der bekanntesten Vertreter gilt Walt Whitman Rostow, der in seinem prominenten Werk *Stages of Economic Growth* (1953) den Prozess der nachholenden Entwicklung idealtypisch als stufenweisen Prozess darstellt, an dessen Ende die Transformation der traditionellen Gesellschaften zur modernen Gesellschaften steht. Dieser Prozess sei aber nur möglich, so Rostow, wenn es den Modernisierungsbefürwortern in einer Gesellschaft gelänge, ihre Vorstellungen gegen diejenigen durchzusetzen, die sich für den Fortbestand der traditionellen Gesellschaft durchsetzen (vgl. Rostow 1959: 7). Das Militär wurde in der frühen postkolonialen Phase, inspiriert durch die militärsoziologischen Arbeiten von Huntington et al. von vielen Modernisierungstheoretikern als jene Institution gesehen, die auf Grund ihrer modernen Organisationsform, ihrer technischen Expertise und ihrer nationalen Einstellung, am besten in der Lage sei, die traditionellen Gesellschaften der neu entstandenen Staaten zu modernisieren, also die Rolle des Modernisierungsbefürworters einzunehmen. Als wesentlichster Punkt, der die Transformation zu einer modernen Gesellschaft ebnen sollte, wurde die ökonomische Modernisierung, die im Wesentlichen als Industrialisierung verstanden wurde, betrachtet. Die Modernisierung der Gesellschaft und des politischen Systems zur Demokratie wurde als systemische Folge der ökonomischen Modernisierung gesehen. Als problematisch für Modernisierung und wirtschaftliche Entwicklung in den ehemaligen Kolonien sieht Rostow die Tendenz der Regierungen in den neu entstandenen Staaten, „[t]o go on with the familiar game of politics and power rather than to turn promptly to the domestic tasks of modernization.“ (ebd. 6) Die Einschätzung der mangelhaften Effizienz der Regierungen in den postkolonialen Staaten wurde auch von vielen anderen Vertretern der Modernisierungstheorie geteilt. Es stellte sich also die Frage, welcher Akteur am besten in der Lage wäre, dem Modernisierungsprozess Anschub zu leisten und die nötigen Rahmenbedingungen für eine solche Entwicklung herzustellen. Zu den Rahmenbedingungen zählen etwa die Aufrechterhaltung einer friedlichen Ordnung, der Aufbau von „social overhead capital“⁶, die Etablierung einer angemessenen Handelspolitik sowie die Bereitstellung und Verbreitung neuer agrarischer und industrieller Technologien. (vgl. ebd.: 5)

Angesichts der sozialen Fragmentierung in den meisten neu entstandenen Staaten entwickelte sich eine Strömung innerhalb der Modernisierungstheorie, die in der Armee den einzigen Akteur sah, der die organisatorische Kapazität besitzt, um den Prozess der nachholenden

⁶ Unter diesem Begriff versteht Rostow die Finanzierung und Bereitstellung einer Infrastruktur, die für eine wirtschaftliche Modernisierung vonnöten sind (Transport, usw.)

Entwicklung zu initiieren. Steven Cook (2007: 15) fasst die Position dieser Theorie, in der es in gewisser Weise zu einer Verschmelzung militärsoziologischer und modernisierungstheoretischer Ansichten kam, wie folgt zusammen:

These analysts (Halpern, Pye, Shils)⁷ saw the military – fused as it was with organizational capacity, sense of mission, and nationalist sentiment – as the ideal instrument to direct the process of industrialization, institutionalization, and reform necessary for the development of a modern society. Once national goals were met, the scholars assumed, the „new authoritarians” would relinquish their prestigious positions.

Der allgemeine Optimismus hinsichtlich einer raschen Verbesserung der Lebensumstände in den postkolonialen Staaten wurde auch von den Vereinten Nationen geteilt. Die 60er Jahre wurden daher zur ersten Entwicklungsdekade ausgerufen, innerhalb derer die grundlegenden Voraussetzungen für eine rasche nachholende Entwicklung in den neu entstandenen Staaten gelegt werden sollten (vgl. Brock 1989: 21 f.). Bei dieser ersten Entwicklungsdekade sollte es bekanntlich nicht bleiben, denn auch die 70er und 80er wurden zu einer solchen erkoren, und auch die aktuell verfolgten *Millennium Development Goals* reihen sich hier nahtlos ein. Der Staat und seine Institutionen, die Regeln und Gesetze, die er implementiert, wurden stets als das zentrale Element zum Erreichen dieser Entwicklungsziele gesehen. „*Both the 1960s and 1970s, for example, were designated as UN Development Decades with particular importance placed on the role of the state in accelerating national economic growth.*” (Migdal 1988: 13)

Der Fokus der frühen postkolonialen Entwicklungsdebatte lag somit klar auf einer von einem starken Staat initiierten Modernisierung, insbesondere in ökonomischer Hinsicht. Eine rapide wirtschaftliche Entwicklung hin zu einer modernen, industrialisierten Gesellschaft war das erklärte Ziel. Die Politik habe, wie oben dargestellt, nur für die richtigen Rahmenbedingungen zu sorgen. Die Hoffnungen auf eine rasche wirtschaftliche Modernisierung und einer in dieser implizierten „guten“ Entwicklung, das wurde spätestens Anfang der 70er Jahre ersichtlich, konnte aber in den meisten postkolonialen Staaten nicht erfüllt werden. Neben der schlechten wirtschaftlichen Lage und des sich vergrößernden Abstands zwischen dem industrialisierten Norden und dem postkolonialen Süden, rückte zunehmend auch die politische Situation dieser Länder in den Blickpunkt. Die nach der Dekolonisierung neu entstandenen Nationalstaaten, allen voran in Afrika und im Nahen Osten, aber auch in Lateinamerika, wiesen fast ausnahmslos autoritäre politische Systeme auf, in denen nicht selten die jeweiligen Armeen

⁷ Die hier angesprochenen Theoretiker gelten als die bekanntesten Vertreter einer Modernisierungstheorie, die das Militär als eine grundsätzlich modern-progressive gesellschaftliche Organisation wahrnimmt. Zentrale Werke von ihnen sind u.a.: Pye, Lucian W. (1962): *Armies in the Process of Political Modernization*; Halpern, Manfred (1962): *Middle Eastern Armies and the New Middle Class*; Shils, Edward (1962): *The Military in the Political Development of New Nations*.

die Geschicke des Staates lenkten oder aber stark beeinflussten (vgl. Brock 1989: 19f.). Hinzu kam, dass ein Großteil zwischenstaatlicher Kriege, die von nach dem Zweiten Weltkrieg bis Anfang der 80er stattgefunden haben, in den Ländern der „Dritten Welt“ vonstattenging (vgl. ebd. 35).

Die wirtschaftsliberale Modernisierungstheorie und ihre organisationssoziologische Ausprägung hat, so eine zunehmend aufkommende Kritik in den 70er Jahren, die Entstehung und Persistenz autoritärer Militärregime auf der ganzen Welt dadurch gefördert, dass ihre Thesen von Politikern in den Industriestaaten rezipiert wurden, um die Förderung von Militärregimen in Form von Militärhilfen zu rechtfertigen (vgl. Tibi 1973: 26).

2.3 Kritik und Weiterentwicklung des Forschungsansatzes

Macht- und Herrschaftsbeziehungen auf internationaler Ebene und dessen Auswirkungen auf die Rolle des Militärs in der Politik der Entwicklungsländer wurden in der frühen Phase des Entwicklungsdiskurses nur von wenigen kritischen Wissenschaftlern behandelt. Dies änderte sich nur zaghafte. So war das modernisierungstheoretisch geprägte Bild des Militärs als Entwicklungsmotor im postkolonialen Staat bis in die 70er Jahre keiner wesentlichen Kritik ausgesetzt. *„The modernization paradigm dominated the social sciences between the 1950s and 1970s. During that era, scholars of the Middle East hypothesized that relatively autonomous militaries were progressive forces of modernization and democratization.”* (Cook 2007: 14) Die These bzw. Hoffnung, dass es in den postkolonialen Staaten im Zuge einer wirtschaftlichen Modernisierung auch zu einer politischen kommen würde, konnten in den 70ern getrost als widerlegt betrachtet werden. Zwar konnten in der Anfangsphase vieler militärgeleiteter Entwicklungsprojekte zum Teil beeindruckende Wachstumsraten erzielt werden, zu einem nachhaltigen Wachstumskurs, an dem auch die breite Bevölkerung partizipieren konnte, dazu kam es aber nur in wenigen Fällen⁸. In den Ländern des Nahen Ostens kam es insbesondere in den späten 60ern zu einer wirtschaftlichen Stagnation. *„In time, however, state-directed economies stagnated, and the officers became conservative elements clinging tenaciously to regimes in which they were (and remain) the primary beneficiaries.”* (Cook 2007: 14)

⁸ Vor allem auf Südkorea wird oft als ein positives Beispiel für die Entwicklungsleistung eines Militärregimes verwiesen. Für eine Auseinandersetzung dazu verweise ich etwa auf: Kang, Chong-Sook (1989): Süd-Korea: Militärregime und weltmarktorientierte Industrialisierung im Schutz US-amerikanischer Interessen. In: Steinweg, Rainer [Redaktion] (1989): Militärregime und Entwicklungspolitik. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, S. 104-120.

Einhergehend mit der zunehmenden Kritik an der Modernisierungstheorie per se und dem Entstehen kritischer Entwicklungstheorien, erlebten Ansätze zur Rolle des Militärs einen Aufschwung, die sich stärker auf den Zusammenhang zwischen der Position der Armee im Staat und seinem autoritären Charakter auseinandersetzten. Hinzu kam der Einbezug, der bis dahin kaum beachteten externen Dimension für die Persistenz des Autoritarismus in den postkolonialen Staaten, insbesondere bezogen auf die Rolle der Industriestaaten und ihrer Rüstungspolitik, die wiederum eng mit der Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik zusammenhing. Dies war nicht zuletzt auch dem zu dieser Zeit seinen Höhepunkt erreichenden Kalten Krieg und dem damit einhergehenden Rüstungswettlauf geschuldet, der sich zusehends auch auf die Länder der Peripherie auswirkte und sie in einem immer größeren Ausmaß in die globale Rüstungsspirale integrierte. Dies kann als der erste Schritt zur Einbeziehung der internationalen Dimension gesehen werden, die bis dahin mit Ausnahme der Berücksichtigung von Ausbildungen der Offiziere im Ausland und einer nur sehr unsystematischen und kurzen Auseinandersetzung über die Auswirkungen ausländischer Militärhilfe, etwa bei Huntington, kaum ihren Niederschlag in der Literatur zu zivil-militärischen Beziehungen gefunden hat (vgl. Weiher 1974: 47 f.).

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem von der Politischen Soziologie dominierten Diskurs ließ lange Zeit auf sich warten. Bassam Tibi (1973: 12) etwa schrieb Anfang der 70er Jahre zu der nicht vorhandenen Kritik am vorherrschenden Paradigma: *„Vom kritischen Lager der Sozialwissenschaften wurden zunächst keine Analysen beigetragen. Selbst eine kritische Aufarbeitung der vorhandenen militärsoziologischen Theorien steht noch aus.“* Erst in den 80er Jahren kam es zu einer systematischen Auseinandersetzung mit den militärsoziologischen Theorien. Im deutschsprachigen Raum waren es vor allem Vertreter der Friedens- und Konfliktforschung, die angesichts der zu beobachtenden Persistenz von Militärregimen verstärkt auf die Rolle der Industrienationen verwiesen und Kritik an der Modernisierungstheorie der Politischen Soziologie und ihrem vorwiegend auf endogene Ursachen beruhenden Konzept des Prätorianismus übten.

2.3.1 Militärregime und Entwicklungsdiktatur

In den 80ern, die im entwicklungspolitischen Kontext oft auch als *„verlorene Dekade“* (Fischer et al. 2004: 46) bezeichnet wird, da es in den meisten Entwicklungs- und Schwellenländern zu einer Verschlechterung der sozioökonomischen Situation gekommen ist, kam die klassische Modernisierungstheorie auch in Bezug auf das Entwicklungspotential von

Militärregimen verstärkt unter Druck. Nun rückte zunehmend auch die externe Dimension von Militärregimen in den postkolonialen Staaten in den Fokus wissenschaftlicher Auseinandersetzung und wurde als wichtige Kategorie für die Stabilität autoritärer Systeme identifiziert. Im Zentrum stand insbesondere die Frage nach der „*Wechselwirkung zwischen Rüstung, internationalem Konfliktverhalten und politischem System eines Entwicklungslandes.*“ (Brock 1989: 15) Dies war ein erster Schritt die externe Dimension der Persistenz autoritärer Staaten, in denen die Armee die politische Herrschaft ausübt, mit einzubeziehen und der größtenteils auf endogene Faktoren fokussierten Forschung zu Prätorianismus und Entwicklung etwas entgegenzusetzen.

Auch wenn etwa Brock feststellt, dass keine generalisierenden Aussagen über das Verhältnis zwischen Höhe der Rüstungsausgaben und dem sozioökonomischen Entwicklungsstand sowie der Verschuldung eines Staates gemacht werden können, und es hierbei zu großen länderspezifischen Unterschieden kommt, so geht er dennoch von einer „*verhängnisvollen Koexistenz zwischen Hochrüstung und Massenelend*“ (1989:15) aus. Der Wachstumsschub des weltweiten Rüstungshandels, der sich in den 70ern und 80ern vollzog, wurde erst durch die kontinuierlich wachsenden Rüstungsausgaben in den Entwicklungs- und Schwellenländern möglich. Die globale militärische Entwicklung, die sich im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vollzog, ist gekennzeichnet von einer „*transnationalen Kommunikation zwischen den Militärapparaten, zwischen ihnen und den Rüstungsindustrien sowie zwischen diesen beiden und den politischen Instanzen der betroffenen Länder.*“ (Brock 1989: 41) Dadurch ergeben sich für die Industrieländer Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Militär- und Sicherheitspolitik ihrer Klientelstaaten. Diese Beeinflussung funktioniert durch den Transfer von Rüstungsgütern an sich, aber auch durch militärische Kooperationen in Form von Bündnissen, Freundschaftspolitik und technischer Ausbildungshilfe (vgl. ebd.). Brock sieht also in der vor allem während der 70er Jahre gestiegenen Rüstungslieferungen der Industriestaaten an die „Länder des Südens“ einen entscheidenden Faktor dafür, dass Militärregime und Regime, in denen das Militär eine große Rolle spielt, von langfristiger Dauer sind, so dass Eingriffe des Militärs nicht mehr nur als „*Durchgangsstadium auf dem Weg zur innenpolitischen Konsolidierung*“ (ebd. 20) betrachtet werden können.

Eine allgemeine Problematik, die Friedemann Büttner aufgreift, ist die schwierige Unterscheidung zwischen den unterschiedlichen Formen der Regime, die vollständig vom Militär dominiert werden oder es eine wichtige Rolle spielt (vgl. 1989: 63). Die vorherrschende Unterscheidung zwischen professionellen und prätorianischen Armeen kann die vielen spezifischen Abstufungen nicht erfassen und der Ansatz, Professionalismus in der

Armee, schütze vor politischer Intervention ebendieser, lässt sich angesichts der Empirie, wie bereits diskutiert, nicht aufrecht erhalten (ebd. 64).

Die Politik des Westens, insbesondere der USA, die in der postkolonialen Phase neben der Sowjetunion zur globalen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Supermacht aufgestiegen war, spielte während des allgemeinen Modernisierungsoptimismus nur eine untergeordnete Rolle. Die globale Entwicklungskrise, die ab den 70ern zu beobachten war, führte zu einer kritischeren Betrachtung der Modernisierungstheorie an sich und der dahinterstehenden Interessen. Das bereits angesprochene Stufenmodell der nachholenden Entwicklung von Walt W. Rostow, dessen Arbeiten als Berater des US-Präsidenten J.F. Kennedy und führenden Theoretiker der Modernisierungstheorie große Beachtung fanden, legitimierte, so die Kritiker, die Förderung autoritärer Strukturen in den Ländern der „Dritten Welt“ und entspräche den Interessen der Industrieländer. Rostow plädierte, ähnlich wie Samuel Huntington, der als langjähriger Berater im Verteidigungsministerium und im Nationalen Sicherheitsrat ebenfalls enge Kontakte zur Politik aufwies, für die Unterstützung charismatischer politischer Führer, die den Aufbau institutioneller Strukturen vorantreiben sollten, um einen geordneten Übergang zu einer am Westen orientierten modernen Staatsform zu ermöglichen. Die Kritik ging also dahingehend, dass den USA, „dem globalen Verfechter von Liberalismus“, das politische System in den „Partnerländern“ egal war, solange die politische Führung dieser Länder auf der richtigen Seite stand (vgl. Klein/Unger 1989: 398 ff.).

2.3.2 Aktuelle Debatten zu Militarismus und Autoritarismus im Nahen Osten

In vielen Staaten des Nahen Ostens, auch jetzt noch nach dem Arabischen Frühling, hat sich die Theorie der Modernisierungstheoretiker weder in politischer noch in ökonomischer Hinsicht bewahrheitet. Zwar haben sich die Militärs in vielen Fällen aus der Tagespolitik zurückgezogen, sie sind aber auch vor dem Arabischen Frühling ein wichtiger Bestandteil autoritärer Regime geblieben und haben aktuell, wie in Ägypten, die politische Macht wieder vollständig übernommen. Der Arabische Frühling hat zwar wieder zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit der Rolle des Militärs in den Ländern der Region geführt, im Jahrzehnt zuvor spielte das Militär in den Arbeiten zu Autoritarismus im Nahen und Mittleren Osten aber nur noch eine untergeordnete Rolle: *„So stellen gegenwärtig Militärregime bzw. die Rolle des Militärs in autoritären Regimen zwar keinen Forschungsschwerpunkt dar,*

Analysen zu personalisierten Regimen sowie zu Einparteienregimen sind jedoch vielfältig.“
(Bank 2009: 14 f.)

In der jüngeren Vergangenheit bilden hier die Arbeiten von Philippe Droz-Vincent eine Ausnahme. In seinem Aufsatz *From Political to Economic Actors* (2007) geht Droz-Vincent auf die veränderte Rolle des Militärs, insbesondere in den Ländern des Nahen Ostens, ein. Er hebt hierbei die wirtschaftliche Bedeutung der Armeen hervor, die sie seit der schrittweisen *civilianization* der Regime in vielen Ländern der Region eingenommen haben. Die *civilianization*, also die kontinuierliche Abnahme der Besetzung politischer Posten durch Angehörige der Armee zu Gunsten ziviler Akteure, kann aber nicht als ein Prozess der Professionalisierung, also der Subordination der Streitkräfte unter zivile Kontrolle verstanden werden, so Droz-Vincent (2007: 197): *„Without exception, the so-called civilianized (and often ex-military) rulers of the Middle East still rely heavily on the army, calling on it regularly when they are about to lose control.“*

Die Armeen des Nahen Ostens haben sich trotz ihres politischen Bedeutungsverlustes eine erhebliche „Verhandlungsmacht“ erhalten. Droz-Vincent konzentriert sich insbesondere auf die „Politische Ökonomie der Armee im Staat“ und sieht hierbei drei wesentliche Aspekte, die die ökonomische Bedeutung der Armee ausmachen und die sie auf Grund ihrer Position als letzter Anker der Regimestabilität beanspruchen können. Erstens sind die Armeen nach wie vor in der Lage einen erheblichen Teil der staatlichen Budgets für sich zu beanspruchen (vgl. Droz-Vincent 2007: 198 f.). Zweitens beschränken die Armeen der Region ihre wirtschaftlichen Aktivitäten nicht mehr nur auf die ebenfalls wichtige Rüstungsindustrie, sondern haben diese auch auf den zivilwirtschaftlichen Bereich ausgedehnt (vgl. ebd. 200f.). Der dritte Aspekt der politischen Ökonomie der Armeen im Nahen Osten ist das Bestehen von *military societies*. Diese Militärgesellschaften zeichnet sich dadurch aus, dass die vorwiegend höheren Ränge der Armee in einer weitestgehend abgeschlossenen Gesellschaft leben, die sich durch eine Fülle von Privilegien auszeichnet (vgl. ebd. 202 f.).

Der zunehmende Rückzug der Armee aus dem politischen Tagesgeschäft und die damit einhergehende *civilianization* vieler Regime in der MENA-Region haben also dazu geführt, dass die Bedeutung der Armee für die Stabilität der autoritären Regime nicht mehr die Aufmerksamkeit früherer Tage erfuhr und zu Gunsten anderer Diskurse in den Hintergrund rückte. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen, die sich auf die institutionelle Ausgestaltung des politischen Systems konzentrieren und besonders unter dem Schlagwort des Neopatrimonialismus geführt werden. Eine zweite

wichtige Strömung ist politökonomisch orientiert und rückt die *rent-seeking*-Mentalität dieser Staaten in den Vordergrund. Diese beiden Ansätze sollen in der Folge kurz dargestellt werden, um einen Eindruck über den Wandel des wissenschaftlichen Diskurses in Bezug auf den arabischen Autoritarismus zu erhalten.

2.3.3 Die politische Dimension: Neopatrimonialismus

Die Auseinandersetzung mit autoritären Staaten moderner Form und der Rolle von Gewalt als Legitimationsmechanismus reicht bis auf Max Weber zurück. Seine Klassifikation von Herrschaftsformen wie auch die von ihm geprägte Terminologie, wird heute noch oft herangezogen und hat ihren Niederschlag in aktuellen Konzepten gefunden. Als Herrschaft definiert er die „*Chance [...], bei bestimmten Menschen Gehorsam zu finden.*“ (Fitzi 2004: 130) Je größer die Anzahl der Menschen, die sich einer Herrschaft fügen oder fügen müssen, desto schwieriger wird es diese Herrschaft durchzusetzen, weshalb bei Weber das Bestehen eines Verwaltungsstabes mit der Aufgabe Anordnungen und Befehle durchzusetzen, große Bedeutung erfährt. Grundsätzlich unterscheidet Weber in seinem Hauptwerk *Wirtschaft und Gesellschaft* (1947) zwischen drei Typen politischer Herrschaft, die sich durch unterschiedliche Legitimationsgrundlagen voneinander abgrenzen. Diese bezeichnet er als „legale“, „charismatische“ und „traditionale“ Herrschaft (vgl. ebd. 131).

Für die Annäherung an das politische Wesen autoritärer Herrschaft im Nahen Osten ist vor allem die traditionale Herrschaft maßgeblich, da viele aktuelle Konzepte zur Beschreibung der politischen Systeme der Region darauf aufbauen. Besonders eine Unterkategorie der „traditionalen“ Herrschaft, der Patrimonialismus, wird im Kontext des Nahen Ostens meist zur Charakterisierung des politischen Systems herangezogen.

Im Zentrum des Patrimonialismus-Konzepts von Max Weber steht die Annahme, dass die Triebkräfte von Systemveränderungen in der Zusammensetzung der herrschenden Eliten und in ihrer Legitimationsbasis liegen. Patrimonialismus ist laut Weber ein vormoderner, traditionaler „*Spezialfall patriarchaler Herrschaftsstrukturen*“ (Weber 1947 nach Schlumberger 2008: 111). Dieses als eine spezielle Unterart autoritärer Regime verstandene Analysekonzept wurde für die Charakterisierung nichtdemokratischer Herrschaft herangezogen, die besonders in weiten Teilen Afrikas, in einigen zentralasiatischen Staaten, und auch im Nahen und Mittleren Osten auftritt (vgl. ebd.). Die Adaption des Patrimonialismus auf die aktuellen Ausprägungen autoritärer Herrschaft führte zur

Herausbildung des Konzepts des *Neopatrimonialismus*. „[D]ie Forschung zur Region [ist sich] weitestgehend darüber einig, dass die in arabischen Ländern vorherrschende spezifische Ausprägung von Nicht-Demokratien in neopatrimonialen Regimen besteht.“ (Schlumberger 2008: 110)

Nach Schlumberger (2008: 111 f.) lassen sich sechs Merkmale herausdestillieren, die neopatrimoniale Herrschaft charakterisieren und ihre Langlebigkeit und Transformationsresistenz erklären:

- Das politische Regime ist weitgehend abgeschlossen für zivilgesellschaftliche Kräfte und diese werden streng kontrolliert und haben dadurch nur sehr begrenzten Handlungsspielraum.
- Die Regime sind aber dennoch anpassungsfähig, flexibel und können durch ihre Elitenkonstellation Innovationen aufnehmen.
- Legitimierung bei strategisch wichtigen gesellschaftlichen Gruppen wird durch integrierte Strategien erreicht.
- Die Regime stellen umfangreiche Wohlfahrtsleistungen zur Verfügung, was ihnen ein nicht unerhebliches Maß an Legitimation in der Bevölkerung einbringt.
- Die nur selektiv eingehaltene Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre erzeugt Unsicherheit über das Verhalten staatlicher Institutionen.
- Das Patronagesystem, welches für neopatrimoniale Herrschaft konstitutiv wirkt, bringt zwangsläufig eine politische Ökonomie des *rent-seeking*s gesellschaftlicher Akteure mit sich.

An der Spitze eines neopatrimonialen Systems steht in der Regel ein Herrscher, dessen Herrschaft sich durch einen größtenteils informellen Charakter auszeichnet. Die für seinen Machterhalt wichtigsten sozialen Kräfte, zu denen auch die Armee zählt, sind in der Elite repräsentiert und werden durch Patronagebeziehungen an ihn gebunden. Im Gegenzug müssen diese an der Macht beteiligten Eliten Loyalität aufweisen, da sie sonst von den zentralen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden bzw. völlig aus dem Patronage-Netzwerk entfernt werden. Der „Patrimon“ nimmt in diesem Netzwerk die Rolle eines politischen Schiedsrichters ein, der Konflikte innerhalb der Eliten austarieren muss, um die Loyalität der einzelnen Eliten sicherzustellen. Es kann daher auch nicht von einer absoluten Herrschaft gesprochen werden. Das Verhältnis zwischen dem Herrscher und der Elite ist gleichsam streng hierarchisch organisiert. Im Unterschied zu personalisierten Beziehungen in demokratischen Staaten, die zweifellos ebenfalls bestehen, ist der patrimoniale Herrscher

nicht durch Rechtsstaatlichkeit und Gesetze in seinem Handeln beschränkt (vgl. Schlumberger 2008: 12).

Gerade für die Analyse des sich wandelnden politischen Systems in Ägypten, und der zu Grunde liegenden Veränderungen in der Struktur der Eliten und in deren Strategien um Legitimität zu erhalten, erfuhr dieser Ansatz großen Zuspruch. Die meisten Arbeiten, die sich mit politischer Herrschaft in Ägypten auseinandersetzen, verwenden den (Neo-) Patrimonialismus als analytisches Konzept. Wurde Nassers Herrschaft noch als eine von charismatischer Legitimation getragene Form betrachtet, kam es in dieser Sichtweise mit dem Wechsel zu Sadat, der nicht über das Ausmaß an persönlicher bzw. charismatischer Legitimation verfügte, und die Widersprüche zwischen der unter Nasser verfolgten Ideologie und der Realität immer offensichtlicher wurden, zu einem Wandel in der Orientierung und Zusammensetzung der Eliten. „ *[T]he earlier desire radically to transform society is replaced by efforts to stabilize the new socio-political order.* ” (Hinnebusch 1985: 6)

2.3.4 Die politökonomische Dimension: Die Theorie des Rentenstaates

Die Schule der politischen Ökonomie erfasst das Wesen autoritärer Regime im Wesentlichen mit dem Ansatz der Rentenökonomie. Renten werden als Einkommen verstanden, die ohne Investitions- oder Arbeitskosten bezogen werden. Rentenökonomien sind demnach Staaten, die einen erheblichen Anteil ihres Einkommens aus solchen Renten beziehen. Demokratisierung ist in Rentenökonomien unwahrscheinlich, da Renten dem Rentenempfänger grundsätzlich zur freien Verfügung stehen und somit keine Vergabeverpflichtungen und potentielle politische Forderungen damit in Verbindung stehen. (vgl. Bank 2009: 20)

Der Rentierstaats-Ansatz wurde ursprünglich vor allem für rohstoffreiche Länder herangezogen. Im arabischen Raum handelt es sich hierbei vorwiegend um die mineralischen Rohstoffe, Erdöl und Erdgas. Die Einkünfte aus dem Verkauf dieser Rohstoffe sind hauptsächlich als „internationale Renten“ zu klassifizieren (Schlumberger 2008: 117 f.), da sie vorwiegend auf dem globalen Markt verkauft werden und nur zu einem sehr geringen Teil auf dem heimischen. Die internationalen Renten fließen somit zuallererst zum Staat, der die Kontrolle über den Verkauf der Ressourcen hat, und nicht zur Bevölkerung. Da die Renten nicht wie Gewinne aus produktiven Tätigkeiten in die Wirtschaft reinvestiert werden müssen, um ein weiteres Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, werden die Staaten, und mit ihnen auch die herrschenden Eliten politisch autonom von ihren Gesellschaften (vgl. ebd. 118).

Diese Autonomie ergibt sich daraus, dass der Staat die kontinuierlich einströmenden Mittel dafür verwendet, umfangreiche Leistungen zur Verfügung zu stellen, die ansonsten nur durch gesellschaftliche Finanzierung, also durch Steuereinnahmen und dergleichen, möglich wären. Somit besteht keine direkte Rechenschaftspflicht gegenüber der Gesellschaft und die Renten „können [...] nach Kriterien des politischen Machterhalts vergeben werden.“ (ebd.)

Renteneinkünfte sind für die Stabilität autoritärer Staaten daher aus mehreren Gründen wichtig. Mit den Einkünften ist es diesen Staaten möglich, umfangreiche Repressionsapparate zu finanzieren. Strategisch wichtige gesellschaftliche Gruppen können mit Privilegien, die durch die Renten finanziert werden, kooptiert werden. Der breiten Bevölkerung wiederum werden umfangreiche Sozialleistungen geboten, sodass diese davon absieht, das Regime herauszufordern (vgl. Schlumberger 2008: 119 f.).

Nicht alle Staaten der Region verfügen aber über die notwendigen Ressourcen und damit einhergehende Rentenflüsse um die politische Herrschaft auf diese Weise abzusichern. Dennoch sind auch die rohstoffarmen Länder der Region überwiegend autoritär verfasst. Diese so genannten *Semi-Rentiers* der Region weisen aus mehreren Gründen Ähnlichkeiten zu den rohstoffreichen Ländern auf. Sie profitieren von den hohen Einnahmen der Rentenstaaten, da diese aus politischen Gründen und insbesondere im Zuge des OPEC-Embargos 1973, dazu übergegangen sind, die Länder zu unterstützen, die nicht über die gleiche Ressourcenbasis verfügen. Dadurch entstand ein „regelrechtes regionales Subsystem eines ‚politischen Petrolismus‘“⁹ (Schlumberger 2008: 121). Hinzu kommen „Rentenäquivalente“, die unabhängig vom Ressourcenreichtum auch anderen Ländern zur Verfügung stehen. Richter verweist neben den Renten aus dem Erdölsektor auf vier weitere Typen von Renteneinkommen. Als erste sind hier die *location rents* zu nennen, die Einkünfte aus wichtigen Transporteinrichtungen, wie Pipelines oder zum Beispiel dem Suezkanal darstellen. Die zweite Kategorie nennt er *strategic rents*. Diese bestehen aus Zuschüssen oder zinsgünstigen Darlehen (soft loans). Darunter fallen unter anderem Budget- und Militärhilfen. Ein ähnlicher Typ von Renten, die aber mit anderen politischen Hintergrund vergeben werden, sind dann auch die politischen Renten, „granted by Western or Arab Donors to state institutions and civil society organizations for development or human rights-related purposes.“ (Richter 2007: 181) Als letzte Form von externen Renten verweist Richter auf Rücküberweisungen von Migranten. „Theoretically, all these types of rent can be tapped by

⁹ Der Begriff des Petrolismus wird verwendet um die Abhängigkeit einer Region von den Einkünften aus dem Erdölsektor zu beschreiben. Dies betrifft nicht nur ressourcenreicher Staaten, sondern auch die ressourcenärmeren Länder, da diese über ein System von Zuwendungen ebenfalls indirekt von diesen Einnahmen abhängig sind (vgl. Pawelka 1998: 119).

the state and redistributed according to political criteria, that is, with the goal of power maintenance.” (ebd.)

2.4 Hegemonie und die Frage nach innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Ordnung

Die Persistenz und scheinbare Stabilität autoritären Herrschaft in Ägypten mit der Armee als zentralen Akteur können nicht nur mit einer Charakterisierung des Staatsapparates, seiner Staatsklasse und der Rolle der Armee erklärt werden, sondern erfordern auf innerstaatlicher Ebene auch eine Analyse der Rolle der zivilen Gesellschaft, die in einer bestimmten Weise in das Herrschaftssystem integriert ist und so erst eine Stabilität ermöglicht. Auch die Einbeziehung der externen Dimension, der Einfluss des internationalen Staatensystems, das die regionale Ordnung des Nahen und Mittleren Ostens entscheidend mitgeprägt hat und nach wie vor mitprägt, muss berücksichtigt werden, um das Wesen des Autoritarismus, der auch nach dem Arabischen Frühling noch nicht überwunden zu sein scheint, erklären zu können.

Hier erscheint mir besonders das Konzept der Hegemonie als zielführend, um der internen und externen Dimension des autoritären politischen Systems Ägyptens näher zu kommen. Der Vorteil einer hegemonietheoretischen Perspektive ist ihre Anwendungsmöglichkeit auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene. Sind die Ursprünge von Antonio Gramscis hegemonietheoretischen Analysen vorwiegend auf die nationale Ebene bezogen, so haben insbesondere Vertreter der Internationalen Politischen Ökonomie wie Robert Cox im Zuge der globalen Verbreitung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik den Ansatz weiterentwickelt, um ihn auch für die Analyse internationaler Beziehungen fruchtbar zu machen. Bevor ein auf den militärischen Aspekt fokussierter Ansatz dargelegt wird, soll das Konzept der Hegemonie und seiner Bedeutung auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene erst einmal grundsätzlich dargelegt werden.

2.4.1 Hegemonie als Erweiterung des Herrschaftsbegriffs auf nationalstaatlicher Ebene

Die im Kontext faschistischer Herrschaft und der gescheiterten sozialistischen Revolution in Italien erarbeiteten Ideen Antonio Gramscis erfreuen sich aktuell wieder einer erhöhten Popularität im wissenschaftlichen Diskurs und wurden von unterschiedlicher Seite

herangezogen, theoretisch weiterentwickelt und auch auf ein relativ breites Spektrum empirischer Arbeitsschwerpunkte angewandt. Den Kern von Gramscis theoretischen Arbeiten bilden die so genannten *Gefängnishefte*, die er während seiner achtjährigen Haft (1926-1934) während der faschistischen Diktatur in Italien verfasste. Die immer wieder hervorgehobene Aktualität seiner Analysen, auch für heutige Verhältnisse, ist vielleicht gerade in seiner durch die Haft verursachten Trennung von der Praxis zu verorten (vgl. Candeias 2007: 15). Bevor auf die Evolution seiner Ideen im Zuge neogramscianischer Ansätze eingegangen wird, die seine Konzeption von Hegemonie zunehmend auch für die Analyse globaler hegemonialer Verhältnisse anwendbar gemacht haben, werden zuerst die Grundlagen seiner Arbeit mit den wichtigsten Begriffen und Annahmen dargestellt. Ferner werden die Besonderheiten der gramscianischen Konzeption von Hegemonie erörtert, die sie von anderen, insbesondere der in den internationalen Beziehungen über lange Zeit vorherrschenden neorealistischen Sichtweise, unterscheidet.

Grundsätzlich muss erst einmal darauf verwiesen werden, dass Gramscis Auffassung des Staates weiter gefasst ist als die klassische Konzeption, die den Staat als eine rein auf seine Institutionen beruhende, neutrale Instanz betrachtet, dessen Zweck es ist, dem Allgemeinwohl dienlich zu sein. Als Vertreter und wichtiger Theoretiker des historischen Materialismus sieht Gramsci den Staat als ein Produkt gesellschaftlicher Auseinandersetzung, in dem sich zuvorderst die Interessen der jeweils herrschenden Klasse materialisieren. Zur Erlangung einer stabilen Ordnung bedarf es aber auch der Berücksichtigung von Interessen der nicht herrschenden Klasse, da die Herrschaft ansonsten nicht stabil wäre (vgl. Brand 2007: 265).

Das zentrale Interesse in Gramscis Überlegungen orientiert sich an der Frage, weshalb es im Zuge der Oktoberrevolution von 1917 in Russland nicht auch in den europäischen Ländern zu revolutionären Machtaneignungen durch die untere, Gramsci bezeichnet sie als die *subalterne* Klasse, gekommen ist. Gramsci sah dies insbesondere in den unterschiedlich fortgeschrittenen kapitalistischen Entwicklungsständen begründet. In den „fortgeschrittenen“ Staaten Westeuropas reiche es nicht, sich in Phasen tiefgehender ökonomischer Krisen durch Gewaltakte der Staatsgewalt zu bemächtigen, um einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen. Gramsci kam nach eingehender Analysen von Gesellschaften, in denen der Kapitalismus am weitesten ausgeprägt war und die Bourgeoisie eine Herrschaftsposition inne hatte, zu dem Schluss, dass in diesen Gesellschaften die Zivilgesellschaft einen sehr widerständigen Charakter aufweist (vgl. Candeias 2007: 18). Die Ordnung in diesen Gesellschaften, schien trotz der Ausbeutung eines Großteils des subalternen Teils der Gesellschaft eine enorme Stabilität aufzuweisen. Dies war auch in

Zeiten von revolutionären Ausbrüchen und wirtschaftlichen Krisen der Fall, worauf Gramsci eine neue Konzeption von Herrschaft entwickelte. Er lenkte seine Aufmerksamkeit auf jene herrschaftsstabilisierenden Faktoren, die über die reine Durchsetzung von Interessen durch Zwang und Gewalt hinausgingen (vgl. Opratko/Prausmüller 2011: 16). Er ging davon aus, dass die Beständigkeit kapitalistischer Ordnung in der Fähigkeit der herrschenden bürgerlichen Klasse begründet ist, ihre Partikularinteressen „*durch komplexe Prozesse der Universalisierung und selektive[r] Zugeständnisse als gesellschaftliches Allgemeinwohl [zu] etablieren und befestigen.*“ (ebd.) Die dabei entstehende Hegemonie der bürgerlichen Klasse im *integralen Staat* wird ausgehend aus diesen Analysen als eine konsensbasierte und kompromissvermittelte Form der Machtausübung begriffen. Der Prozess zur Erlangung von Hegemonie wird auch oft mit *passiver Revolution* beschrieben. Die Subalternen entwickeln ein echtes Interesse an der etablierten Ordnung und erwarten sich dadurch auch reelle Vorteile, „*die sich keineswegs auf eine Art Selbsttäuschung reduzieren lassen – sonst wäre die Hegemonie nicht stabil.*“ (Candeias 2007: 19)

Der hier angesprochene integrale oder erweiterte Staat geht, wie eingangs angemerkt, über ein klassisches, unkritisches Verständnis von Staatlichkeit als eine rein auf Institutionen beruhende, dem Allgemeinwohl verpflichtete Instanz hinaus. Er umfasst nicht nur die staatlichen Gewaltapparate, die Institutionen zur Durchsetzung des staatlichen Primats, sondern auch die *privaten Apparate* der Zivilgesellschaft. Die Zivilgesellschaft wird nicht als Gegenstück einer *politischen Gesellschaft* begriffen, sondern ist „*durch die Modalitäten kapitalistischer Vergesellschaftung vermittelten [,] herrschenden Kräfteverhältnisse als Teil des erweiterten Staats definiert [...].*“ (Winter 2011: 146) Hegemonie kann sich daher nur einstellen, wenn es zwischen der politischen Gesellschaft und der zivilen Gesellschaft, definiert als Ensemble sozialer Kräfte, das sich aus den verschiedenen zivilen Apparaten wie Kirche, Parteien, Vereine, NGOs aber auch Medien zusammensetzt, zu einer Übereinstimmung über die Vorstellung kommt, wie eine Gesellschaft und der sich aus ihr ergebende Staat organisiert werden soll. Hegemonie kann also nur durch das Zusammenspiel aus politischer und ziviler Gesellschaft entstehen (vgl. ebd.). „*Politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie gepanzert mit Zwang.*“ (ebd.)

Entscheidend für die Stabilität einer Ordnung ist daher auch die Dominanz einer Idee in den zivilen Apparaten des erweiterten Staates. Schon bei Gramsci selbst, aber auch in den auf seinen Konzepten aufbauenden Arbeiten, ist das Erlangen *kultureller Hegemonie* ein zentraler Punkt, um eine Ordnung zu stabilisieren. Gramsci unterscheidet in seiner Konzeption grundsätzlich aber nicht zwischen Kultur, Politik, Ideologie und Wirtschaft. Die Trennung

dieser Bereiche erachtet er als eine relative und „*die unterschiedlichen Bereiche einer Gesellschaftsformation [sind] vielmehr vielfach miteinander verschränkt [...]*.“ (Candeias 2007: 19)

Die Veränderung des Staates, seine politischen Projekte und seine Entwicklungsrichtung kann nur erreicht werden, indem ein gegenhegemoniales Projekt die zivilen Apparate und in weiterer Folge die staatlichen Institutionen von innen heraus verändert. Hegemonie fußt nicht darauf, die Interessen einer Gruppe durch Zwang durchzusetzen, sondern darauf, auf dem zivilgesellschaftlichen Terrain einen aktiven Konsens zu erkämpfen. Dieser aktive Konsens kann nur auf Grundlage der Diskurse erreicht werden, die auf der zivilgesellschaftlichen Ebene artikuliert und transformiert werden (vgl. Winter 2011: 146 f.).

Wie können nun Phasen stabiler Ordnung am besten dargestellt werden? Wie kann man über die abstrakte Verortung von Hegemonie hinausgehen und denjenigen Kräften näherkommen, die an der Durchsetzung einer hegemonialen Ordnung entscheidend beteiligt sind und so einen stärker akteursorientierten Untersuchungsansatz erhalten? Gramsci führt hierfür den Begriff des *historischen Blocks* ein, wobei der historische oder geschichtliche Block sich nicht auf die *Träger der Hegemonie* bezieht, sondern eine Konstellation bezeichnet, in der „*Herrschende wie Beherrschte, Führende wie Geführte, Repräsentanten wie Repräsentierte mit eingeschlossen sind.*“ (Candeias 2007: 20) Damit soll deutlich gemacht werden, wie alle Teile der Gesellschaft in die Reproduktion von Hegemonie eingebunden sind. Ein historischer Block beinhaltet die Artikulation höchst unterschiedlicher und in sich widersprüchlicher Interessen und Diskurse. Hegemonie bedeutet aber nicht, diese Widersprüche zu beseitigen, sondern „*ihnen unter bestimmten Bedingungen eine Form zu geben.*“ (Demirovic 1987 nach Candeias 2007: 21) Demnach fragt ein solcher Begriff der Hegemonie nicht nach einer stabilen Ordnung, sondern danach, welche Entwicklungsrichtung die Bearbeitung dieser Widersprüche über kleine Krisen hinweg nimmt. Können diese Krisen nicht erfolgreich bearbeitet werden, kommt es zur Herausbildung gegenhegemonialer Projekte, es kommt zur „*Desartikulation eines überkommenen hegemonialen Projekts und mit ihr zur Auflösung der im geschichtlichen Block zusammengefassten Konstellation gesellschaftlicher Kräfte.*“ (ebd.) Dies macht Hegemonie zu einem transformierbaren, nicht starren Konzept.

In der Arbeit soll versucht werden, die „hegemonialen Konstellation“ in Ägypten zu identifizieren und dabei die Rolle der Armee, zum einen als konstitutiver Teil der internen Machtverhältnisse und zum anderen der transnationalen hegemonialen Konstellation, näher zu

bestimmen. Jens Winter (2011: 155) sieht für die akteursorientierte Analyse hegemonialer Konstellationen folgende Herausforderungen:

Im Kern muss ein solches Vorhaben, neben der begrifflichen Präzisierung, auf die Entwicklung eines Untersuchungsrahmens zielen, in dem ausgehend von einer relationalen Analyse von Macht- und Kräfteverhältnissen – inklusive ihrer historischen Veränderung und unter Beachtung der konstitutiven Bedeutung konkreter sozialer Auseinandersetzungen – die Entwicklung und Dynamik transnationaler sozialer und politischer Prozesse sowie ihre Rolle für Hegemoniebildung untersucht wird und schließlich Handlungsräume und – Grenzen innerhalb einer hegemonialen Konstellation bestimmt werden können.

Eine Analyse der hegemonialen Konstellation soll sich daher auf das Zusammenwirken struktureller, institutioneller und akteursbezogener Aspekte fokussieren. Darunter fallen zum einen die historischen politökonomischen Entwicklungen und Bedingungen, die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, aber auch die Herausbildung beziehungsweise Restrukturierung institutioneller Settings und schließlich die globalisierungsbedingte Heterogenisierung der Akteure in den politischen Gesellschaften und zivilen Gesellschaften (vgl. Winter 2011: 155). Eine akteursbezogene Untersuchung hegemonialer Konstellationen muss sich weiter, so Jens Winter (2011: 156), an der Frage orientieren, *„auf welche macht- und herrschaftsvermittelte Weise bestimmte gesellschaftliche Gruppen oder Klassenfraktionen ihre Interessen im Prozess der Hegemoniebildung verallgemeinern (können), wie somit ein aktiver Konsens der subalternen Akteure generiert wird und welche Handlungsmöglichkeiten- und -grenzen sich dabei abzeichnen.“*

In Falle Ägyptens wäre ausgehend von dieser Konzeption daher erst einmal zu bestimmen, wie sich die gesellschaftlichen Machtverhältnisse, insbesondere zwischen dem Militär als aktuell wichtigsten Teil der politischen Gesellschaft und der Zivilgesellschaft, dessen relevantesten Akteure sich im Zuge des arabischen Frühlings und der damit einhergegangenen Veränderungen im institutionellen Gefüge daran machten, ebenfalls Teil der politischen Gesellschaft zu werden, über die Jahre verändert haben.

Die Analyse hegemonialer Konstellationen erfordert insbesondere auch eine historische Perspektive und die Miteinbeziehung der internationalen Dimension: *„Insofern ist die Analyse konkreter transnationaler Politik-Prozesse in hegemonietheoretischer Perspektive ohne eine historische und strukturorientierte Analyse zu dem allgemeinen Handlungskontext bzw. zu exogenen Wirkungsbedingungen und entsprechenden Handlungsrestriktionen nicht möglich.“* (Winter 2011: 156)

2.4.2 Internationale Hegemonie

2.4.2.1 Neorealismus und Neogramscianismus

Die Auseinandersetzung mit Machtbeziehungen zwischen einzelnen Nationalstaaten wurde über lange Zeit vor allem durch die neorealistische Theorie der Internationalen Beziehungen geprägt. Der Neorealismus, dessen theoretische Genese während des Kalten Krieges und der zu dieser Zeit herrschenden bipolaren Weltordnung vonstattenging, geht grundsätzlich von einem „anarchistischen Weltsystem“ aus, in dem Staaten als die relevanten Akteure „*in einer Art Nullsummenspiel der Macht danach streben, sich Vorteile am geopolitischen Terrain zu verschaffen.*“ (Opratko/Prausmüller 2011: 14 f.) Der Begriff der Hegemonie wird in dieser Sichtweise ebenfalls verwendet, hat aber eine gänzlich andere Bedeutung als in der neogramscianischen Perspektive:

In diesem [neorealistischen] Debattenfeld spielt der Begriff Hegemonie eine bedeutende Rolle – jedoch in einem gänzlich anderen Sinn als bei Gramsci und unabhängig von jenem entwickelt. Im (Neo-)Realismus bezeichnet „Hegemonie“ die systemische Konstellation, in der ein übermächtiger Nationalstaat die Fähigkeit besitzt, die geopolitischen und –ökonomischen Regeln zu bestimmen und dem dadurch eine stabilisierende Rolle in dem ansonsten anarchistischen Staatensystem zukommt. (Opratko/Prausmüller 2011: 15)

Die Kritik von Theoretikern, die von einer gramscianischen Bedeutung von Hegemonie ausgehen, bezieht sich insbesondere auf vier Punkte (vgl. ebd. 15 f.):

- Die neorealistische Denkweise ist in einem hohen Maße *ahistorisch*. Dies führt zu statischen Analysen, die nicht dazu geeignet sind, den seit den 70ern deutlich erkennbaren Wandel in politischer und ökonomischer Hinsicht auf globaler Ebene zu erklären.
- Der Staat wird in der neorealistischen Sichtweise zum einzig relevanten Akteur auf globaler Ebene. Dies führt zu einer systematischen Nichtbeachtung nichtstaatlicher Akteure und ignoriert die dem Nationalstaat zu Grunde liegenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse. „*Der Staat wird gleichsam zur black box, die zu Öffnen das theoretische Instrumentarium des Neorealismus nicht erlaubt.*“ (ebd.)
- Gewalt und militärische Stärke werden für die Aufrechterhaltung einer globalen Ordnung auf Kosten ökonomischer Verhältnisse, Ideen, Werten und Normen überbetont.
- Die neorealistische Forschung produziert durch ihre Anbindung an die Staatsapparat in erster Linie *Herrschaftswissen*.

Der Neogramscianismus versucht nun die gramscianische Konzeption von Hegemonie auch für die Analyse internationaler und transnationaler hegemonialer Konstellationen anwendbar zu machen. Die hier vorgetragene Kritik an der neorealistischen Schule der Internationalen Beziehungen geht vor allem auf Robert Cox zurück, der in seinem erstmals 1981 erschienenen Aufsatz „*Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory*“ die Grundlagen für eine moderne kritische Theorie der Internationalen Beziehungen gelegt hatte. Ein zentrales Element in den Arbeiten von Cox ist sein Fokus auf soziale Kräfte, auch auf internationaler Ebene. Nicht die „black box“ Staat gilt es als zentralen Akteur zu analysieren, sondern „*Klassenverhältnisse, -kämpfe und -konstituierungsprozesse.*“ (Opratko/Prausmüller 2011: 17). Im Gegensatz zur neorealistischen Konzeption entsteht laut Cox Hegemonie auf internationaler Ebene nicht nur durch Zwangs- und Abschreckungsmechanismen, sondern durch die Etablierung einer ethisch-politischen Führung. Diese umfasst eine ökonomische Struktur, eine politische Struktur und eine gesellschaftliche Struktur. Zur Erlangung von „Welthegeemonie“ müssen alle drei Strukturen umfasst werden (vgl. ebd.).

Auch auf internationaler Ebene kann der Begriff des *historischen Blocks* angewendet werden, um zwischenstaatliche Beziehungen, die vom Bestehen eines Hegemons, also eines die Ordnung entscheidend prägenden Staates charakterisiert ist, zu analysieren. Im Gegensatz zu einem historisch konjunkturellen Phänomen ist ein historischer Block durch relativ stabile, „organische“ Beziehungen charakterisiert. Im Kern bestehen diese stabilen Beziehungen aus einer Allianz der herrschenden Klassen der in dem Block vereinten Nationen. Diese Allianz wird organisiert und aufrechterhalten durch die herrschenden Klassen des hegemonialen Staates (vgl. Jacobitz 1991: 11).

Es besteht augenscheinlich ein Widerspruch zwischen der Annahme einer neoliberalen Hegemonie, verstanden als konsensuale Absicherung der bestehenden Ordnung und des Bestehens eines autoritären politischen Systems. Die Repräsentationskrise des Neoliberalismus führt zu einer stärkeren Anwendung des Zwangselements zur Sicherung einer hegemonialen Konstellation, auf Kosten eines Konsenses mit großen Teilen der Gesellschaft. Zwang und Gewalt fungieren in einem autoritären System als Mittel um Konsens zu erreichen. „*Der hegemoniale Konsens wird nur mit den relevanten gesellschaftlichen Gruppen gesucht, schließt andere aus. Je nach Breite der gesellschaftlichen Basis des geschichtlichen Blocks an der Macht wird mehr oder weniger Gewalt nötig, um marginalisierte oder widerständige Gruppen zu unterdrücken.*“ (Candeias 2005: 21) In neoliberalen autoritären Staaten rückt also die Suche nach einem aktiven

Konsens zu Gunsten der Aufrechterhaltung eines passiven Konsenses durch den Einsatz von Zwang und Gewalt in den Hintergrund (ebd.: 22).

2.4.2.2 *Wenig Konsens, viel Zwang? Neoliberale Fragmentierung und Autoritarismus*

Die Auseinandersetzung mit autoritären politischen Systemen als welches Ägypten zweifellos charakterisiert werden kann, und in denen angesichts der bereits länger andauernden krisenhaften Entwicklung auf unterschiedlichen Ebenen, nährt Zweifel an der Existenz einer konsensual abgesicherten Ordnung und lenkt den Blick unweigerlich auf Formen von Gewalt und Zwang zur Aufrechterhaltung eines *passiven Konsens*. Diese Staaten und ihre Zwangsapparate sind aber auch in ein internationales System eingebunden. Dieses internationale System wird durch die Hegemonie des neoliberalen Projekts charakterisiert.

Kann eine Ordnung nur noch durch Zwang aufrechterhalten werden, so kann insbesondere das Bestehen einer kulturellen Hegemonie ausgeschlossen werden. Auch Gramsci, auf den dieser Begriff zurückgeht, hatte in Bezug auf das internationale Staatensystem seine Zweifel, ob ein „zivilis Primat“ bzw. eine intellektuell-politische Hegemonie nicht durch einen finanziell-ökonomischen Imperialismus abgelöst wurde (vgl. Morton 2011: 192). Liegen die Beobachtungen Gramscis nun schon fast ein Jahrhundert zurück, so könnte man angesichts aktueller Entwicklungen auf globaler Ebene zu einem ähnlichen Schluss kommen. Im globalen hegemonialen Projekt überwiegt der Zwang einer konsensualen Absicherung der Ordnung.

Dieses globale Hegemonie-Projekt wird gemeinhin in der neoliberalen Globalisierung der vergangenen Jahrzehnte verortet. Die Dominanz des Neoliberalismus als wirtschafts- und gesellschaftspolitisch vorherrschendes Paradigma hat, so eine oft anzutreffende These, sich unter der Vorherrschaft der USA, als wirtschaftlich und militärisch letzte globale Macht nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion auf die ganze Welt ausgebreitet und alle Länder in diese neue Produktions- und Lebensweise integriert (vgl. Candeias 2005: 11). Das neoliberale Projekt auf globaler Ebene kann im Sinne der gramscianischen Konzeption von Hegemonie aber nur als ein hegemoniales bezeichnet werden, wenn die Staaten, also ihre politische Führung davon überzeugt sind, dass sie effektiv davon profitieren, indem sie sich „*angepaßt verhalten*.“ (Pawelka 1998: 115) Peter Pawelka sieht bis in die 80er Jahre strukturelle Kontrollmechanismen als ausschlaggebend für die, von den USA angeführten neoliberalen Hegemonie. Darunter versteht er die Etablierung eines Systems von Rentenstaaten, die sich

durch die Abhängigkeit von externen Renten wie Entwicklungshilfeleistungen, Krediten und andere finanzielle Zuwendungen, den westlichen Interessen anpassen. Als im Nahen und Mittleren Osten ab Mitte der 80er die Einnahmen aus dem Erdölsektor zurückgingen und es zu einer Reihe politischer Krisen in der Region kam, gingen die USA dazu über, ihre militärische Präsenz in der Region zu stärken. Dies geschah etwa durch die Gründung des Central Command (CENTCOM; zu Beginn auch Rapid Deployment Joint Task Force), der flexiblen Eingreiftruppe der USA für Einsätze in der Region und dem Ausbau militärischer Allianzen mit den Klientelstaaten (vgl. ebd. 119 f.).

Die scheinbare Abstinenz einer konsensual abgesicherten Hegemonie in den Ländern der Peripherie bedeutet aber nicht, dass diese Länder nicht dennoch in ein globales hegemoniales Projekt eingebunden sind. Gramsci zufolge überwiegt zwar der Konsens den Zwang in der „Praxis der Hegemonie“. Gleichzeitig sind Zwang und Gewalt aber untrennbar mit der Etablierung von Hegemonie verbunden. Zwang und Gewalt werden insbesondere gegen jene eingesetzt, die sich nicht dem Konsens der Mehrheit unterwerfen (vgl. Candeias 2005: 14). Dies lässt sich eben auch auf internationaler Ebene beobachten. Ulrich Brand bezeichnet die globale Konstellation, „*die postfordistische Weltordnung*“ als eine Ordnung, in der insbesondere im Nord-Süd-Verhältnis Konsenselemente zurücktreten und „*Führung stärker mit direkter militärischer Macht in Verbindung steht.*“ (2007: 273) Brand verwendet den Begriff der *fragmentierten Hegemonie* für die Charakterisierung dieser globalen Ordnung. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass in den Zentren oder Metropolen des neoliberalen Kapitalismus durchaus noch von einer stabilen Hegemonie gesprochen werden kann, in der Peripherie jedoch immer stärker „*die Zwangselemente eines permanenten Krisenmanagements in den Vordergrund treten, das allenfalls den Eliten und war lords ein hinreichendes Einkommen sichert.*“ (ebd.) Auch Mario Candeias spricht von einer *fragmentierten Hegemonie* in Bezug auf den peripheren Kapitalismus, in dem der Konsens immer öfter zu Gunsten von Zwang und Gewalt in den Hintergrund tritt. Candeias (2005: 15) zufolge „*entfaltet sich die hegemoniale Wirkung in den Peripherien weniger durch Konsens als durch einen krisenvermittelnden, disziplinierenden, zunehmend autoritären Neoliberalismus.*“ Im peripheren Neoliberalismus kommt es im Zuge regelmäßig auftretender Krisen und damit einhergehender Verteilungskämpfe um Macht zu einer Radikalisierung der Machtblöcke, was sich im arabischen Raum durch das Auftreten islamistischer Gruppierungen bemerkbar macht. Die dadurch drohenden regionalen Konflikte bedrohen aber die Interessen der Metropolen, die dieser Destabilisierung der neoliberalen Hegemonie mit militärischen Interventionen begegnen (vgl. ebd. 15 f.)

3 Ägypten im 19. und frühen 20. Jahrhundert – das Militär als Entwicklungsmotor?

Im Folgenden soll auf die Zeit eingegangen werden, in der nicht nur die Grundlagen des modernen ägyptischen Militärs, sondern auch des modernen ägyptischen Staates gelegt wurden. Angelehnt an europäische Vorstellungen, leitete der damalige Khedive Mehmed Ali eine Vielzahl von Reformen ein, die einerseits seine Kontrolle über das Land am Nil festigen und andererseits europäische Unterstützung für seine Unabhängigkeitsbestrebungen weg von der Hohen Pforte, dem Machtzentrum des Osmanischen Reichs, sichern sollten. „ *[T]he Pasha is seen [...] as having laid the very foundation for a “national” take-off.*“ (Fahmy 2002: 12) Mehmed Alis Reformen veränderten auch die sozioökonomischen Verhältnisse in Ägypten maßgeblich. Seine Ära wird oft als der Beginn einer frühkapitalistischen Produktionsweise bezeichnet. Auf Grund seiner umfangreichen Reformen wird es auch als frühes Beispiel eines „von oben“ angestoßenen Modernisierungsprojektes gesehen. Im Zentrum der von Ali angestoßenen Modernisierung, die den Aufbau einer industriellen Basis mit sich brachte, stand der Aufbau einer schlagkräftigen Armee.

3.1 Die Genesis des modernen Ägypten – Reformprogramm unter Mehmed Ali

Ägypten war zu Beginn des 19. Jahrhunderts Schauplatz eines Machtkampfes unterschiedlicher Akteure. Das Land am Nil war zu diesem Zeitpunkt bereits seit 1517 Teil des Osmanischen Reiches, vor Ort aber waren es die alliierten Mamelucken, auch ägyptische Prinzen genannt, die das Land militärisch kontrollierten, die sich im Verlauf des 18. Jahrhunderts mehr und mehr Einfluss auf Kosten der Osmanischen Statthalter erarbeiteten und so zu den eigentlichen Herrschern in Ägypten aufstiegen. Aber auch diese wurden stets von lokalen Aufständen herausgefordert: „*Rebellion [in 18th century Egypt] was practically endemic.*“ (Vatikiotis 1969: 30 f.) Gleichzeitig verfolgten auch die Briten, die den Asienhandel zu dieser Zeit dominierten, auf Grund der strategisch wichtigen Lage hinsichtlich ihrer indischen Kolonie maßgebliche Interessen in Ägypten. Diese wiederum sahen sich durch die Franzosen herausgefordert, die im Zuge der berühmten Ägyptischen Expedition (1798-1801) unter Napoleon versuchten, im Land Fuß zu fassen, um die britische Vormachtstellung im Osten zu brechen und ihre eigenen wirtschaftlichen und strategischen Ziele zu verfolgen. Die französische Besatzung Ägyptens beendete zwar die tyrannische Herrschaft der Mamelucken, stieß aber angesichts der kolonialen Praxis der Franzosen, die eine hohe

Steuerlast, Enteignungen und gewaltsame Unterdrückung mit sich brachte, bald auf massiven Widerstand, in dessen Zentrum die Gelehrten und Geistlichen der *al-Azhar*, der traditionellen religiösen und moralischen Institution und Lehrstätte Ägyptens, standen. Die kurze französische Besatzung war bereits im September 1801 wieder beendet, als die Franzosen der britisch-osmanisch-mameluckischen Allianz nichts entgegenzusetzen hatten und den Rückzug antreten mussten. Die osmanische Souveränität in Ägypten war somit wiederhergestellt, stand allerdings angesichts der chaotischen politischen Zustände im Land auf fragilen Beinen (vgl. Vatikiotis 1969: 42 ff.). Aus politischer, militärischer und gesellschaftlicher Perspektive waren diese drei Jahre aber dennoch nachhaltig prägend. Für die Ägypter war es der erste direkte Kontakt mit der abendländischen Moderne, und viele Aspekte davon sollten in den nächsten hundert Jahren auch in Ägypten implementiert werden – unter der Herrschaft der Dynastie Mehmed Ali.

Die zu Beginn des 19. Jahrhunderts evidente Schwäche des Osmanischen Reichs sowie der Abzug der Franzosen aus Ägypten boten Ali, einem geschickten Strategen, die Möglichkeit, durch das Schmieden von Allianzen zu den religiösen Autoritäten sukzessive seine Macht auszubauen, um letztendlich den Titel des osmanischen Vizekönigs in Ägypten für sich beanspruchen zu können. Mit seiner Machtübernahme im Jahr 1805 und seiner offiziellen Anerkennung durch die Hohe Pforte 1808, die praktisch vor vollendete Tatsachen gestellt wurde, begann eine neue Ära, in welcher der Aufbau einer modernen Armee nach europäischem Vorbild eine zentrale Rolle spielen sollte. Auch in ökonomischer Hinsicht brachte seine Machtübernahme weitreichende Veränderungen. Vordergründig ist die Neuordnung der Landverteilung zu nennen. Durch den praktischen, wenn auch nicht formalen Bruch mit der Hohe Pforte in Istanbul, wurden auch die damit verbundenen Landrechte obsolet und neu verteilt. Hiervon profitierten vor allem Ali und seine Familie selbst, aber auch Offiziere und Soldaten, vorwiegend türkischer Herkunft, die ihm während der Eroberung Ägyptens loyal zur Seite gestanden waren. Von großer Tragweite war die Einführung moderner Bewässerungstechnik, die dazu führte, dass der Anbau von Baumwolle ein wichtiger Wirtschaftszweig im, abgesehen vom Nildelta, weitestgehend trockenen Ägypten wurde. Für die großen Landbesitzer war dies auf Grund des Niedergangs der amerikanischen Baumwollindustrie, verursacht durch den dort zu dieser Zeit wütenden Bürgerkrieg, ein einträgliches Geschäft und so entwickelte sich zusehends eine verarbeitende Industrie rund um den Baumwollanbau, welche die ägyptische Wirtschaft nachhaltig prägen sollte (vgl. Osman 2010: 16 f.).

In politischer und administrativer Hinsicht war die praktische Loslösung vom Osmanischen Reich folgenreich. Als praktisch wird die Loslösung deshalb bezeichnet, da Ägypten formal weiterhin unter der Herrschaft des osmanischen Sultans stand, dessen direkter Einfluss aber schon länger im Abnehmen begriffen war. Um sein Ziel, einen modernen Staat nach europäischem Vorbild zu errichten, zu verwirklichen, war es zuallererst von Nöten das Staatsgebiet des damaligen Ägypten unter Kontrolle zu bringen und eine Steuerhoheit zu etablieren. Ein schwieriges Unterfangen in einem Land, in dem schon die Herrschaft der Zentralgewalt, der Hohen Pforte, auf die Ballungsräume wie Kairo und Alexandria beschränkt war und die Provinzen von der damaligen militärischen Elite des Landes, den Mamelucken kontrolliert wurden. Deren Beseitigung im geplanten Zitadellen-Massaker im Jahr 1811 und die Annullierung von Steuerprivilegien führten dazu, dass Ali die Kontrolle über Ägypten, auch in ökonomischer Hinsicht weiter festigen konnte (vgl. Fahmy 2002: 9 f.).

Das zentrale Projekt zur Festigung seiner Macht, und in weiterer Folge die seiner Dynastie, war aber der Aufbau einer modernen, schlagkräftigen Armee. Khaled Fahmy (2002: 11), der sich in seinem Buch *All the Pasha's Men* intensiv mit der Rolle der Armee im Ägypten des 19. Jahrhunderts auseinandergesetzt hat, hierzu: „*Two developments in particular assume gigantic proportions and mark 1821 as a crucial year in the Pasha's career, namely the successful experimentation with the cultivation of long-staple cotton and the founding of a modern conscription-based army.*“ Die Baumwollerzeugung, die die ägyptische Landwirtschaft nachhaltig veränderte und Ägypten in den Weltmarkt einband, lieferte die nötigen Devisen für den Aufbau der Armee, jener Institution, die weitreichende und nachhaltigen Einfluss auf die ägyptische Gesellschaft und deren weitere Entwicklung haben sollte.

3.2 Aufbau einer modernen Armee

1821 war Mehmed Ali bereits seit fünfzehn Jahre Statthalter der Hohen Pforte in Ägypten und hatte das Land in dieser kurzen Zeit maßgeblich verändert. 1821, ein Jahr, nachdem die erste Offiziersschule Ägyptens in Aswan eröffnet wurde, war auch das Jahr, in dem er eine weitere Reform initiieren sollte, die die ägyptische Gesellschaft noch stärker als die zuvor begonnenen ökonomischen Reformen verändern sollte (vgl. Tibi 1973: 121). Er führte die Wehrpflicht für Ägypter ein, was den Startschuss für einen massiven quantitativen Ausbau der Armee bedeuten sollte und ihre Stellung als zentrale Institution weiter festigte: „*The army*

occupied central stage among the Pasha's numerous institutions and was the raison d'être of various other impressive institutions." (Fahmy 2002: 12) Egal ob Schulen, Krankenhäuser oder die ersten Fabriken, sie alle waren, so Fahmy, in erster Linie dazu da, den militärischen Betrieb aufrecht zu erhalten, die Offiziere auszubilden und für ihre medizinische Betreuung zu sorgen. Die Armee fungierte somit in dieser Phase als Motor der wirtschaftlichen und institutionellen Modernisierung. In den folgenden Jahren wurde die Armee kontinuierlich vergrößert. Die Anzahl der Soldaten erhöhte sich von 19.000 im Jahr 1823 auf über 130.000 Mann im Jahr 1839. Die ägyptischen Soldaten rekrutierten sich vorwiegend aus der Bauernschaft (*Fellahin*) und bekleideten meist die unteren Ränge. Ursprünglich wollte Ali sudanesishe Sklaven für die Armee nach Ägypten bringen.¹⁰ Dieses Vorhaben scheiterte aber auf Grund der Tatsache, dass viele Sudanesen während des Transports in die militärischen Ausbildungsstätten die Flucht ergriffen und gesundheitlich nicht für den Armeedienst tauglich waren (vgl. Fahmy 2002: 88). Die höhere Generalität und Führungsriege war vorwiegend durch Nichtägypter, meist albanischer, tscherkessischer oder türkischer Herkunft, besetzt. Die von Ali angeheuerten Ausbilder kamen überwiegend aus Frankreich und Italien (vgl. Tibi 1973: 122).

Die Armee erreichte schnell eine respektable Schlagkraft, was sie zum ersten Mal bei der Niederschlagung des Wahhabiten-Aufstandes auf der arabischen Halbinsel unter Beweis stellte. Kurze Zeit später schickte Ali zwei Kontingente in den Sudan, in dem 1830 ein ägyptischer Gouverneur installiert wurde. Die Armee Mehmed Alis wurde somit zu einer militärischen Regionalmacht, was vor allem den europäischen Mächten, allen voran Frankreich und England, missfiel. Mit diesen militärischen Erfolgen im Rücken setzte Ali nun alles daran, seinen Einflussbereich im Osmanischen Reich auszubauen und schreckte nicht mehr davor zurück, die Hohe Pforte militärisch herauszufordern. 1831 begann er den Syrien-Feldzug, der seine Truppen bis Konya in die Türkei führte und Gefechte mit osmanischen Truppen mit sich brachte. Der Sultan sah sich angesichts der militärischen Übermacht Alis genötigt, die europäischen Mächte England und Frankreich um Unterstützung zu ersuchen. Ali ließ es nicht auf eine direkte Konfrontation ankommen, konnte aber dennoch durch den Vertrag von Hunkar Iskelesi 1833 große territoriale Gewinne verzeichnen. Dieses Ereignis kennzeichnet auch den endgültigen Bruch mit dem Osmanischen Reich, dessen Bedeutung im Niedergang begriffen war (vgl. Vatikiotis 1991: 65).

¹⁰ Der Sudan-Feldzug von 1820-1822 war die erste große militärische Unternehmung unter Ali. Neben den Goldminen und der Idee, Sudanesen für die Armee zu verpflichten, wollte Ali vor allem die noch flüchtigen Mamelucken stellen (vgl. Fahmy 2002: 39f.).

Die militärische Expansionspolitik war die eine Seite des Reformprogramms unter Mehmed Ali. Damit einher ging ein rapider Aufbau industrieller Strukturen, die im Zuge der militärischen Expansion erfolgte. Die Einnahmen aus der anfangs verfolgten Strategie der Kapitalakkumulation, die durch das staatliche Monopol zum Ankauf landwirtschaftlicher Güter und Manufakturerezeugnisse gekennzeichnet war, wurde ab den 1820er Jahren nicht mehr nur in den Ausbau der Bewässerungstechnik zur verstärkten Kultivierung des wichtigen Exportgutes Baumwolle sowie zur Modernisierung der Armee, sondern vermehrt auch in den Aufbau einer nationalen Industrie investiert (vgl. Haikal 1964: 227). Ägypten war somit Vorreiter bei der Industrialisierung außerhalb Europas. Auffallend war, dass diese Entwicklung zum Großteil ohne eine unternehmerische Bourgeoisie vollzogen wurde und somit oft als eine frühe Form eines staatsgelenkten Industrialisierungsprojekts bezeichnet wird: „*Les méthodes qu'il [Muhammad Ali] applique rappellent fortement celles de l'Union Soviétique.*“¹¹(Issawi 1966 nach Batou 1991: 401) Die unter Ali vollzogene Industrialisierung wies auch einen importsostituierenden Charakter auf. Der Großteil der Produktionsmittel wurde, unter Einbeziehung ausländischer Expertise, in Ägypten selbst hergestellt (vgl. ebd. 405). Doch nicht nur Baumwolle auch andere landwirtschaftliche Produkte, wie Flachs, Reis, Weizen und Opium wurden zum Exportgut. Möglich wurde dies durch die rapide Zunahme landwirtschaftlicher Fläche um mehr als 400.000 Hektar, welche mit Hilfe moderner Bewässerungstechnik gewonnen werden konnte (vgl. ebd. 407 f.).

3.3 Koloniale Durchdringung und das Erstarken der Nationalbewegung um die Armee

Die Reformperiode unter Mehmed Ali, in dessen Zentrum der Aufbau der Armee und eine sie mit den nötigen Produkten versorgende Industrie stand, transformierte Ägypten in weniger als einem halben Jahrhundert zu einer aufstrebenden Regionalmacht im Nahen Osten. Das Osmanische Reich, dessen Kernland das 19. Jahrhundert hindurch mit Krisen zu kämpfen hatte, bestand nur noch theoretisch, praktisch hatte die Hohe Pforte nur noch wenig direkten Einfluss auf seine Provinzen. Alis Ägypten erstreckte sich in seiner Hochblüte zwischen 1833 und 1839 vom Sudan im Süden, bis Arabien im Osten und Syrien im Nordosten (vgl. Vatikiotis 1969: 65). Diese räumliche Expansion und die zunehmende wirtschaftliche Stärke brachte auch ein gestiegenes Konfliktpotential mit den europäischen Mächten mit sich, die

¹¹ Eigene Übersetzung: „Die von ihm [Muhammad Ali] angewendeten Methoden erinnern stark an jene der Sowjetunion.“

verhindern wollten, dass Ägypten die Position des Osmanischen Reichs in der Region einnimmt. Insbesondere die Besetzung Syriens von 1831 führte zu einer aggressiveren Gangart der Briten gegenüber Ägypten. Syrien war für Ali nicht nur auf Grund seiner strategischen Lage von großer Wichtigkeit, sondern vor allem auf Grund seiner reichlich vorhandenen Rohstoffe in Form von Holz und Mineralien, die in Ägypten nur wenig vorhanden waren und für die junge ägyptische Industrie unabdingbare Inputs darstellten (vgl. ebd. 67). Der osmanische Sultan war sich der Unterstützung der europäischen Mächte bewusst, was ihn zu einer erneuten militärischen Eskalation mit der Armee Alis veranlasste. Die militärische Überlegenheit führte zu einem Sieg der ägyptischen Truppen, was nun die beiden europäischen Mächte veranlasste auf Seiten des Sultans in den Konflikt einzugreifen und den Rückzug Alis aus der Levante zu fordern (vgl. ebd. 66). Es folgte ein Militärschlag der Briten gegen ägyptische Stellungen in Beirut und Accra und die kurzzeitige Eskalation mündete in den Verträgen von London von 1840 und 1841. Diese führten zum Verlust von Syrien und zwangen Ali seine Truppenstärke auf 18.000 Mann zu reduzieren, sicherten seinen Nachkommen aber den Erbanspruch am Titel des ägyptischen Vizekönigs (vgl. Vatikiotis: 68; Tibi 1973: 123). Die Verträge von London beendeten auch das staatliche Handelsmonopol und erlaubten britischen Staatsangehörigen den uneingeschränkten Erwerb von Land, Rohstoffen und Industrieerzeugnissen in Ägypten (vgl. Haikal 1964: 227). Das Jahr 1840 und die Unterzeichnung der Londoner Verträge wird daher oft als das Ende der eigenständigen ägyptischen Entwicklungsbestrebungen und der Beginn einer Ära externer Kontrolle in Form britischer Hegemonie, die letztendlich in der formalen Kolonisation 1882 endete, gedeutet.

Der Einfluss der europäischen Mächte erstarkte nach dem Tod Alis 1848 insbesondere unter der Herrschaft von Ismail Pasha. Der Enkelsohn Mehmed Alis kam 1863 an die Macht und verfolgte ein ehrgeiziges Reformprogramm, welches noch deutlich stärker an Europa ausgerichtet war als jenes seines Großvaters Mehmed Ali. Die 15 Jahre seiner Herrschaft waren gekennzeichnet von einer zunehmenden Europäisierung vieler Bereiche. Mit Hilfe vornehmlich französischer und italienischer Berater reformierte er fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens: Bildung, Wissenschaften, Infrastruktur – überall wurde massiv investiert, was oft aber nur durch Aufnahme von Schulden, vor allem bei Frankreich und England möglich war. In den ersten zehn Jahren seiner Herrschaft nahm Ismail Anleihen in der Höhe von 68 Millionen Pfund bei britischen und französischen Bankhäusern auf, wovon fast ein Drittel für Provisionen und Prämien für die europäischen Financiers aufgewendet werden musste. Die stark steigenden Schulden, 1876 betrug der Schuldenstand bereits 94 Millionen Pfund, riefen die europäischen Gläubiger auf den Plan. Ihre Reaktion war die

Errichtung der „*Chaisse (sic!) de la Dette Publique*“, die fortan das finanzielle Gebaren Ägyptens im Interesse der europäischen Kreditgeber überwachte (vgl. Haikal 1964: 228 f.). Im Jahr darauf mussten 60% der gesamten ägyptischen Steuereinnahmen für den Schuldendienst aufgewendet werden. Dies führte wiederum zu einer Erhöhung der Steuern, um diesen aufrecht zu erhalten, was besonders die arme ländliche Bevölkerung hart traf. Die nächste Stufe europäischer Einflussnahme war die Einrichtung einer Untersuchungskommission, bestehend aus Vertretern der europäischen Gläubiger und des Khediven, die mit weitgehenden Rechten ausgestattet war und die Aufgabe hatte, die Korrektheit des ägyptischen Schuldendienstes zu überprüfen. Hierfür hatte die Kommission das Recht zugesprochen bekommen, die Bilanzen aller staatlichen Behörden zu kontrollieren. „*Such powers also implied the dilution of Egyptian sovereignty by Europeans.*“ (Vatikiotis 1991: 130) Ägypten hatte die lange erkämpfte Souveränität vom Osmanischen Reich somit zu Gunsten des Einflusses von Frankreich und England weitestgehend verloren, was sich auch in der folgenden Zusammensetzung des ägyptischen Kabinetts zeigte, welches in erster Linie die Aufgabe hatte, die von der Untersuchungskommission geforderten Schritte umzusetzen. Ismail musste der Forderung der Europäer nachgeben und zwei europäische Minister¹² im Kabinett zulassen. Dieses Kabinett von 1878 war auch das erste Kabinett in der ägyptischen Geschichte, welches mit Exekutivrechten ausgestattet war und die politische Handlungsfähigkeit des Khedive weiter einschränkte. Er sah seine Souveränität aber nicht nur von der zunehmenden europäischen Präsenz in Politik und Wirtschaft herausgefordert. Auch der osmanische Sultan, der nationale Flügel der Volksversammlung und allen voran die zunehmend an öffentlichem Einfluss gewinnenden ägyptischen Offiziere der Armee mit ihrem Führer Ahmed Orabi, kritisierten seine Politik und forderten ein konsequenteres Vorgehen gegen die externe Einmischung (vgl. ebd. 132).

Die Politik von Ismail Pascha, die zur Dominanz der Briten und Franzosen vor allem in ökonomischen Angelegenheiten führte, war somit der Startschuss für das Aufkommen der ersten national-revolutionären Bewegung in der Geschichte Ägyptens. Vor allem die mittlere Offizierebene war seit der Öffnung der Offizierslaufbahn für Ägypter unter Abbas, eine treibende Kraft hinter dem Erstarken dieser nationalen Bewegung. Diese ägyptischen Offiziere wurden angesichts der ausländischen Dominanz in Armee und Wirtschaft immer radikaler. Sie sammelten sich um Ahmed Orabi und begannen einen Kampf für die ägyptische Souveränität (vgl. Haikal 1964: 229). Die Nationalbewegung, die das Ziel einer neuen

¹² Dabei handelte es sich um den Briten Sir River Wilson als Finanzminister und den Franzosen M. de Bignières als Minister für öffentliche Angelegenheiten. Zusätzlich war eine größere Anzahl hochbezahlter europäischer Offiziere von Nubar als Kabinettsmitarbeiter ernannt worden (vgl. Vatikiotis 1991: 130).

politischen Ordnung verfolgte, setzte sich in erster Linie aus „Militärpatrioten“, der intellektuellen Schicht und der neu entstandenen ägyptischen Bourgeoisie zusammen. Diese Kräfte sammelten sich in der Nationalpartei und forderten die Errichtung eines parlamentarischen Systems, die Entlassung der amtierenden Regierung sowie die Vergrößerung der ägyptischen Armee. Die Zeit für den ersten Staatsstreich der ägyptischen Armee war im September 1881 gekommen. Ahmed Orabi umstellte mit 5.000 Offizieren und Soldaten den Palast des Khediven in Kairo. Khedive Taufiq, der Sohn Ismails, der das Amt seines Vaters übernommen hatte nachdem Ismail vom Sultan und den Europäern zum Rücktritt gezwungen wurde, blieb keine andere Wahl als Orabi zum ägyptischen Ministerpräsidenten zu ernennen und die darauffolgenden Wahlen führten zu einer Mehrheit der Nationalbewegung und zur Bildung eines „Kabinetts der Nationalen Revolution“ (vgl. Zeid 1991: 38).

Die europäischen Mächte waren angesichts der zunehmenden Bedeutung der *Orabisten* auf Kosten des neuen Vizekönigs Taufiq besorgt, und sahen ihre Interessen im Land zunehmend gefährdet. England und Frankreich hatten einen Teil ihrer Flotte vor Alexandria stationiert und drohten mit einer militärischen Intervention, sollte Orabi nicht von seinen Bestrebungen, das Land unter die Kontrolle seiner Truppen bringen, abrücken. Vizekönig Taufiq verlegte seinen Sitz ebenfalls nach Alexandria, um den europäischen Truppen nahe zu sein, auf deren Hilfe er nun hoffen musste. Orabi wiederum hoffte in Anbetracht der bevorstehenden Konfrontation auf die Unterstützung des Sultans, der, so glaubte er, eine europäische Intervention in einer osmanischen Provinz nicht unbeantwortet lassen würde. Sultan Abdul Hamid hatte aber keine Intention einen bewaffneten Konflikt in Ägypten zu unterstützen, sondern hoffte vergebens auf eine politische Stabilisierung im Land. Im Juli 1882 setzten die Briten Orabi ein Ultimatum, unverzüglich die Verstärkung der Verteidigungslinien um Alexandria zu unterlassen. Orabi ließ das Ultimatum verstreichen und die Briten begannen ihre militärische Operation am Morgen des 11. Juli. Ein Monat später kam es zur entscheidenden Konfrontation der britischen und ägyptischen Truppen in Tel el-Kebir, die das vorläufige Ende der nationalen Bewegung besiegelte und Ägypten vollends unter britische Kontrolle brachte (vgl. Vatikiotis 1991: 153f.).

3.4 Resümee über die Rolle der Armee im Ägypten des 19. Jahrhunderts

Die vorprofessionelle Armee des 19. Jahrhunderts hatte zwar über lange Zeit noch keine politische Motivation und Bedeutung, dennoch beeinflusste sie in mehrerer Hinsicht die ökonomische, politische und gesellschaftliche Entwicklung im Land. Als die wichtigste Institution im Ägypten der osmanischen Vizekönige stand das Militär im Zentrum weitreichender Reformen, welche Ägyptens sozioökonomische Entwicklung maßgeblich beeinflusste. Die Armee fungierte zwar über längere Zeit nicht als Akteur mit eigenständigen Interessen, sondern war auch auf Grund ihres lange Zeit noch nicht ausgeprägten nationalen Charakters ein Instrument zur Durchsetzung der expansiven Bestrebungen Mehmed Alis. Erst die Öffnung der höheren Ränge für Ägypter trug zu ihrer zunehmend nationalen Orientierung bei und ließ sie zu einem Hort des Widerstands gegen die Fremdherrschaft werden, die ihren Höhepunkt in der Orabi-Revolution von 1881/82 fand. Vertreter einer national gesinnten Geschichtsschreibung sehen in der ägyptischen Armee des 19. Jahrhunderts einen Katalysator für das Aufkommen eines ägyptischen Nationalbewusstseins.

In this manner the nationalists argument assumes that the army was only a catalyst that helped Egyptians discover their true identity – something that was bound to happen, but which in the absence of the „national“ army might simply have taken a longer time to materialize. (Fahmy 2002: 17)

Die von Ali aufgebaute Armee, bot in dieser Sichtweise nun auch den einfachen Ägyptern, den Handwerkern und Bauern, die Möglichkeit, ihre nationale Identität wahrzunehmen und ein nationales Bewusstsein zu entwickeln. Diese Interpretation der Geschichte geht davon aus, dass eine homogene ägyptische Nation, mit einer ihr eigenen Identität bereits bestand und nur darauf wartete, von einem großen Reformator „befreit“ zu werden. In Anbetracht der Tatsache, dass die bürokratische und militärische Elite die längste Zeit des 19. Jahrhunderts zum größten Teil nicht aus Ägypten selbst, sondern aus anderen Gegenden des osmanischen Reichs stammte und sie sich auch sprachlich durch die Verwendung des Türkischen von der Arabisch sprechenden Mehrheit unterschied, lässt Zweifel aufkommen, inwieweit es wirklich zu einer natürlichen Identifikation der Massen mit den neuen Eliten und ihrer Vorstellung einer ägyptischen Nation gekommen war, nicht zuletzt deshalb, da Mehmed Ali selber kein Ägypter war (vgl. Fahmy 2002: 23). „*Consequently the discovery that there was a ‘foreigner’ leading the nation towards autonomy and independence in its struggle against its equally ‘foreign’ enemy becomes very disturbing.*” (ebd. 24)

Die ethnische Separation zwischen den höheren und niederen Rängen führte immer wieder zu Spannungen in der Armee, die oft in offenen Konflikten ausbrachen. Während die Offiziere zum größten Teil finanzielle Interessen hatten und schon allein auf Grund ihrer Herkunft keine nationale Agenda im Sinne der Stärkung der ägyptischen Nation und ihrer Unabhängigkeit verfolgten, wurden die ägyptischen Fellachen mit einer Mischung aus Zwang und Disziplin befehligt. Die nationale Frage spielte in der Armee Alis keine große Rolle, vielmehr wurde versucht, die Soldaten durch eine religiöse Rhetorik und Bezüge auf den eigenen Glauben und die militärische Überlegenheit gegenüber den Feinden zu motivieren und zu einen (vgl. Fahmy 2002: 246 f.).

Die gegen Ende des 19. Jahrhunderts begonnene Kolonialisierung ist in dieser Sichtweise ein Prozess, dessen Beginn bei Alis Reformen verortet werden kann (vgl. Fahmy 2002: 30). Fahmy betrachtet die weit verbreitete These, der Aufbau der Armee unter der Ära Mehmed Ali habe zur Entwicklung eines ägyptischen Nationalbewusstseins beigetragen durchaus kritisch, und sieht in den Reformen Alis die Grundlagen für die weitere Kolonialisierung geschaffen, indem er sich auf die Arbeiten Timothy Mitchells bezieht und schreibt:

[The colonization] was a process that started much earlier [before 1882] and which entailed the complete restructuring in Egyptian society [...] in such a way that made Egypt not only more profitable, more productive, but also represented the country in a manner that produced the same division of the world into two domains that had been accomplished earlier in Europe and which made it more accessible to European control. (ebd. 31)

Die Armee unter Ali wird in dieser Sichtweise nicht als jene nationale Organisation gesehen, die den Ägyptern dabei half ein nationales Bewusstsein zu entwickeln, sondern vielmehr als ein Teil der Reformen, die dazu bestimmt waren, das Land und seine Menschen besser kontrollieren und instrumentalisieren zu können. Dieser Prozess erleichterte die später folgende Kolonisation durch die Briten. Die Intention für die Gründung der Armee war daher auch nie, wie so oft dargestellt, Teil eines progressiven und humanistischen Reformprogrammes, sondern das Ergebnis einer modernen Form der Machtausübung, „*that was both corporal and disciplinary [...]*.“ (Fahmy 2002: 30)

Dieser Rekurs in die historische Entwicklung des Militärs und seiner Rolle im Kolonialismus ist auch deshalb so wichtig, weil dieser historisch-nationalistische Diskurs entscheidend dazu beitrug, dass das Militär nach Nassers Putsch als Bewahrer der nationalen Einheit wahrgenommen wurde und somit einen wichtigen Bestandteil der Strategie der Armee darstellt, sich in der Bevölkerung als *Hüterin der Nation* darzustellen. Insbesondere zu Beginn der Herrschaft der Freien Offiziere wurde immer wieder auf die historische Rolle der Armee

als einzig wahre nationale Institution Bezug genommen, die sich für nationale Unabhängigkeit einsetzt und gegen externe Einflussnahme kämpft. Die Freien Offiziere bezogen sich hier vor allem auf die Nationalbewegung um Orabi, deren natürliche Kontinuität sie darstellen und die in ihrem öffentlichen Diskurs stets eine prominente Rolle einnahm.

In ihren Deklarationen betonen die ägyptischen Militärs stets, daß sie nur die revolutionäre Tradition der ägyptischen Armee seit der `Orabi-Revolution fortsetzen, eine Tradition, die durch das britische Kolonialsystem unterbrochen worden sei. Sie sehen es so, daß allein die Armee soziale Veränderungen herbeizuführen vermag. Und wie die Armee unter der Führung `Orabis 1881/82 gegen das Kolonialsystem und die mit diesem verbündete ägyptische Reaktion gekämpft habe, so kämpfe heute das ägyptische Militär gegen den Imperialismus und die Reaktion im Lande. Im Bewußtsein der „Freien Offiziere“ besteht also eine unmittelbare Kontinuität zwischen den Handlungen des ägyptischen Militärs im 19. Jahrhundert unter `Orabi [...] und ihren politischen Aktionen am Vorabend des 23. Juli 1952, als sie sich anschickten, die politische Macht zu erobern. (Tibi 1973: 199)

3.5 Britische Hegemonie und die koloniale Unterwerfung Ägyptens

Die Militärintervention von 1882 markiert das Ende der ersten nationalen Revolution und zugleich den Beginn der britischen Hegemonie in Ägypten in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht. Der erste Schritt des Khediven, weiterhin formal die höchste Gewalt im Staat, nun aber gänzlich abhängig von der britischen Besatzungsmacht, war die sofortige Auflösung der alten ägyptischen Armee zu Gunsten einer neuen militärischen Einheit, die aber nur 8.000 Mann, vorwiegend der alten Militärkaste entstammend, zählte und britischen Offizieren unterstand (vgl. Tibi 1973: 128). Dies war das vorläufige Ende der von der Armee angeführten Unabhängigkeitsbestrebungen. Andere Akteure übernahmen diese Aufgabe in der Ära britischer Hegemonie.

Vor allem die *al-Wafd* um Saad Zaghlul wurde während der britischen Kolonialherrschaft zur wichtigsten Kraft der ägyptischen Opposition gegen die Allianz aus Khedive und Briten. Die britische Weigerung, die *al-Wafd* stärker in die Regierungsgeschäfte einzubinden, führte immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Ägyptern und der Kolonialmacht. Hierbei sind vor allem die Aufstände von 1919 zu nennen, die in der ägyptischen Geschichtsschreibung als Revolution bezeichnet werden und als die größten gelten, denen sich die britische Kolonialmacht bis dahin gegenüber sah (vgl. Osman 2010: 25; Vatikiotis 1969: 264 f.).

Angesichts der drohenden Unregierbarkeit des Landes waren die Briten zu Zugeständnissen bereit und boten Ägypten die formale Unabhängigkeit an, wenn die britischen Kerninteressen im Land respektiert werden würden. Die 1922 erlangte Unabhängigkeit war allerdings durch

die weitreichenden Befugnisse, die sich Großbritannien vertraglich zugesichert hatte, nur von geringer praktischer Bedeutung. Eine wichtige Errungenschaft stellte allerdings die übertragene Kontrolle über die Armee dar, die in dieser Phase aber noch keine politische Relevanz inne hatte (vgl. Osman 2010: 25 f.). Erst die Anglo-Ägyptischen Verträge von 1936 sollten der ägyptischen Armee wieder zu mehr Bedeutung verhelfen. Sie gestanden der zu dieser Zeit regierenden *Wafd* die Kontrolle über die ägyptischen Streitkräfte zu. Dies führte zu einer Liberalisierung des Zugangs zur Militärakademie. Zuvor war die Offiziersausbildung fast ausschließlich Angehörigen großbürgerlicher und feudaler Familien offen gestanden. Von der Öffnung profitierten auch die späteren Präsidenten Sadat und Nasser, die beide aus kleinbürgerlichen Verhältnissen kamen sowie eine Reihe weiterer späterer Mitglieder der Freien Offiziere (vgl. Tibi 1971: 129 f.; Cook 2012: 114).

Der Zweite Weltkrieg schränkte die ägyptische Souveränität wieder ein, was zu einem Erstarren der ägyptischen Nationalbewegung führte. Neben der prekären politischen und wirtschaftlichen Situation trug vor allem auch die Entwicklung in Palästina zur weiteren Radikalisierung der Armee, aber auch der immer mächtiger werdenden Muslimbrüder bei. Die schwierigen Beziehungen dieser beiden, für die zukünftige Entwicklung Ägyptens so wichtigen Akteure liegen in dieser Zeit begründet. Die Staatsgründung Israels 1948, die zu einer Teilung Palästinas führte, wurde in Ägypten mit großer Frustration aufgenommen und als Versuch der Westmächte, ihren Einfluss in der Region zu stärken. Hassan al Banna, der Gründer der Muslimbruderschaft, stimmte die bewaffneten Gruppen innerhalb seiner Organisation auf einen Kampfeinsatz in Palästina ein. Die Ausbildung und Vorbereitung der bewaffneten Gruppen wurde oft von jenen Armeeeoffizieren durchgeführt, die mit der national-religiösen Ideologie der Muslimbrüder sympathisierten. Im Mai 1948 begannen die Kampfverbände ihre Operation gegen die israelischen Truppen, waren aber schwer unterlegen und verlegten sich darauf, die regulären ägyptischen Truppen logistisch zu unterstützen (vgl. Cook 2012: 35).

Der Palästina-Krieg wurde zum Trauma für die 1945 gegründete Arabische Liga, dessen Truppen der israelischen Armee nichts entgegenzusetzen hatten. Die Folgen der Niederlage beeinflussten die ägyptische politische Landschaft nachhaltig und führten zu einer immer verworreneren innenpolitischen Situation. Die Armee wurde in dieser Phase zu einem in der Bevölkerung angesehenen Akteur. Ihr fehlte zwar eine klare ideologische Ausrichtung, die jungen Offiziere, die im Zuge der erneuten Öffnung der Militärakademien für junge Rekruten aus der Mittelklasse hervorgingen, repräsentierten die vorherrschenden nationalen Trennlinien in der Mittelklasse, die vor allem zwischen Anhängern der *al-Wafd* und Sympathisanten der

Muslimbrüder verliefen, recht deutlich. Dennoch waren sie geeint im Sinne einer Beeinflussung durch nationalistische Ideen und im tiefen Hass gegenüber der britischen Besatzungsmacht (vgl. Abdel-Malek 1971: 90f.). Die Freien Offizier, die sich bereits vor 1940 zusammengefunden hatten, entwickelte sich nach dem Palästina-Krieg, dem ersten Kampfeinsatz des ägyptischen Militärs seit dem erfolglosen Versuch die britische Invasion zurückzudrängen, zu einer Gruppe mit einer politischen Idee. Der verlorene Palästina-Krieg, der aus der Perspektive des Militärs vor allem auch in der Inkompetenz der politischen Entscheidungsträger begründet war,¹³ kann als jenes Ereignis betrachtet werden, dass sie endgültig von der Notwendigkeit zum Handeln überzeugte. Die Hauptursache liegt aber vielmehr in der allgemeinen gesellschaftlichen Malaise, die Ägypten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts heimgesucht hatte (vgl. Tibi 1973: 196).

Als die gedemütigte Armee nach Ägypten zurückkehrte, hatte sich in der Heimat die politische Lage weiter destabilisiert. König Farouk nutzte die Gelegenheit des Krieges um den Ausnahmezustand auszurufen und gegen oppositionelle Kräfte vorzugehen. Hinzu kam, dass sich das Verhältnis mit Großbritannien weiter verschlechterte, nachdem diese die Ankündigung, nach Kriegsende ihre Truppen vom Suezkanal abzuziehen, nicht einhielten, und Ägypten daraufhin die Anglo-Ägyptischen Verträge von 1936 einseitig aufkündigte. In der Folge kam es zu zahlreichen Angriffen auf britische Soldaten und die Suez-Basis, die auch durch die Rhetorik der Regierung ermutigt wurden. Die Briten antworteten mit Härte und besetzten die Stadt Ismaila, was zu schweren Kämpfen zwischen Briten und ägyptischen Polizeieinheiten führte, und später als *Police Day* in die Geschichte einging. Dieser Vorfall löste weitere wütende Proteste gegen den König und die Regierung aus, die im *Brand von Kairo* ihren Höhepunkt fanden. Die Armee sollte gegen die Demonstranten vorgehen, weigerte sich aber in Anbetracht der kaum mehr vorhandenen Legitimität der politischen Klasse und des Königs, die sich auch in den zahlreichen Regierungswechseln Anfang 1952 widerspiegelte. Die Freien Offiziere erkannten das politische Vakuum, und auch die restliche Armee war angesichts der katastrophalen Lage im Land für einen Putsch zu gewinnen. Diese Rahmenbedingungen führten letztendlich zur Machtergreifung der Freien Offiziere (vgl. Kandil 2012: 12 f.).

¹³ Auf Grund der mangelhaften Ausrüstung und Bewaffnung der Truppen, versuchte die Militärführung den König vor einer direkten Konfrontation abzuhalten. Dieser widersetzte sich aber in der Hoffnung, ein erfolgreicher Einsatz könnte Ägypten zu einer erstarkten Position innerhalb der arabischen Staaten verhelfen (vgl. Kandil 2012: 11).

4 Der Coup der Freien Offiziere und die Neugestaltung Ägyptens

Am 23. Juli 1952 endete die 150 Jahre lang andauernde Herrschaft des osmanisch-albanischen Herrschaftsgeschlechts, dessen Handlungsfähigkeit aber spätestens seit der Ära Ismails sehr eingeschränkt war, durch einen weitgehend unblutigen Militärputsch. Eine Gruppe von achtzig Offizieren, vorwiegend der mittleren Ränge und aus allen Waffengattungen, ergriffen die Führung der Armee, verhafteten alle bis auf zwei mitwirkende Generäle und erklärten den König für abgesetzt (vgl. Kandil 2012: 15f.). Ihr erklärtes Ziel war es Ägypten von Grund auf zu modernisieren, und obwohl ein konkretes Programm und eine ideologische Geschlossenheit zu Beginn noch nicht vorhanden waren, gab es gemeinsame Überzeugungen.

The „Free Officers“ wanted to break the domination of imperialism, the foreign minorities and the landed upper class over the country, open up opportunities for the Egyptian middle class, do something for the peasants and create a strong modernized Egypt. (Hinnebusch 1985: 12)

Ursprünglich sollte nach erfolgter Neuordnung der politischen Verhältnisse die Macht wieder an eine zivile Führung übergeben werden. Zu Beginn ihrer Herrschaft wurden noch unverzügliche Neuwahlen versprochen, die ein parlamentarisches System begründen sollten (vgl. Abdel-Malek 1971: 138). Der im Endeffekt recht reibungslose Umsturz und der anfangs große Zuspruch dürfte im Führungskader, allen voran bei General Nasser, zu einem Umdenken geführt haben. Andere politischen Kräften wie die *Wafd*, die in der liberalen Phase eine wichtige Rolle gespielt hatte, aber auch diverse linke und rechte Gruppen, sowie die Muslimbrüder drängte die Freien Offiziere zwar dazu, sie einzubinden, doch sie hatten einen starken Machtwillen entwickelt und befürchteten, dass eine breitere Allianz die Umsetzung ihrer anvisierten Reformen erschweren könnte (vgl. Hinnebusch 1985: 12). Der Machtkampf mit politischen Gruppierungen auf nationaler Ebene wurde auch dank ihrer organisatorischen Fähigkeit und der repressiven Möglichkeiten relativ schnell entschieden. Das Parteiengesetz vom 16. Januar 1953 führte zur Auflösung aller politischen Parteien, zur Konfiszierung ihrer Besitztümer und alle Parteiführer wurden unter Hausarrest gestellt (vgl. Abdel-Malek 1971: 139). Der nächste Schritt war die im Juni 1953 erfolgte Abschaffung der Monarchie und die Ausrufung der Republik. Ihr erster Präsident wurde der damalige Premier Naguib, der auf Grund seines Alters und seines Prestiges als dienstältester General der Freien Offiziere der ideale Kandidat war. Nasser und vier weitere Freie Offizier bekleideten Ministerposten (vgl. Cook 2012: 51). Dieser Schritt sorgte nicht für die erhoffte öffentliche Unterstützung. Was aber folgte, waren interne Ungereimtheiten über die weitere Vorgehensweise, nachdem eine

größere Anzahl Freier Offiziere sich unzufrieden mit dem totalen Machtanspruch Nassers zeigte und zunehmend auch der zivilen Opposition beitrug. Die Armee war also keineswegs homogen und vollständig auf eine gemeinsame Linie ausgerichtet. Nasser und seine Gefolgsleute konnten sich aber letztendlich mit der Idee, die Macht des Militärs weiter zu institutionalisieren gegen die Gruppe um General Naguib durchsetzen, welche für die Übergabe der Regierungsaufgaben an eine zivil geführte Regierung und den Rückzug der Armee in die Kasernen war. „*The decisive factor in the conflict was Nasir's forceful leadership inside the Free Officers councils [...].*“ (Hinnebusch 1985: 13)

Nachdem sich der Flügel um Nasser durchgesetzt hatte, folgte ein weitgehender Bruch mit dem alten System. König Farouk, der letzte Machthaber der Dynastie Ali, war bereits drei Tage nachdem die Armee den Palast umstellt hatte, nach Italien geflohen. Kurz darauf wurde das Parlament aufgelöst und die politischen Parteien wurden Anfang des Folgejahres verboten. Abgesehen von diesen Restriktionen gegenüber anderen politischen Strömungen, im Blick hatte man hier vor allem die radikale Linke sowie die Muslimbrüder als die religiöse Organisation mit dem stärksten Rückhalt in der Gesellschaft, versuchte die neue Elite um Nasser durchaus den Anschein eines progressiven politischen Projekts zu erwecken. Die 1956 durch eine große Mehrheit verabschiedete Verfassung war in der Theorie durchaus liberal und demokratisch. Sie garantierte weitgehende persönliche Freiheitsrechte „im Rahmen der Gesetze“ und zum ersten Mal in der Geschichte bezeichnete sich Ägypten offiziell als eine arabische demokratische Republik. Die Verfassung beinhaltete eine Reihe von Artikeln,¹⁴ die die Hoffnung nach einer demokratischen Erneuerung bestärkten. Die in der Verfassung vorgesehene Gründung der Nationalversammlung sollte als Zentrum der Gesetzgebung fungieren, hatte weitreichende Befugnisse zur Kontrolle des Budgets und der einzelnen Minister und sollte auch den Präsidenten durch eine Zweidrittelmehrheit wählen, welcher dann noch durch ein Referendum vom Volk bestätigt werden musste. Die Abstimmung zur Verfassung und die Wahl des Präsidenten wurden am 23. Juni 1956, mit offiziell bekannt gegebener Zustimmung von fast 100% abgesehen. Nasser wurde somit zum Präsidenten der Republik Ägypten (vgl. Abdel-Malek 1971: 166 f.).

Ob Nasser von Anfang an geplant hatte, die Macht an sich und das Militär zu binden, oder ob er auf Grund der scheinbar raschen Erfolge und des nicht geringen Zuspruchs des ägyptischen Volkes erst im Zuge der post-revolutionären Phase diesen Entschluss fasste, ist Spekulation.

¹⁴ Einige Beispiele: „Soziale Solidarität ist die Grundlage der ägyptischen Gesellschaft (Artikel 4); „Der Staat garantiert allen Ägyptern Freiheit, Ruhe und Chancengleichheit (Artikel 6)“; „Die Gründung von Gewerkschaften ist verbrieftes Recht (Artikel 55)“ (vgl. Abdel-Malek 1971: 166 f.)

Nachdem diese Entscheidung aber gefallen war, ging es darum, die Macht abzusichern, indem einerseits die institutionelle Neuordnung des Landes in Angriff genommen wurde und andererseits versucht wurde, die Zivilgesellschaft, allen voran die unteren sozialen Schichten, die durch die kontinuierliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts empfänglich für eine neue Ordnung waren, an das System zu binden. Dies sollte einerseits durch eine grundlegende Reform des Landrechts, einer Ausweitung der industriellen Produktion sowie durch die Etablierung einer staatstragenden nationalen Ideologie erreicht werden. Eine kohärente Ideologie war zwar bei den Freien Offizieren nach deren Machtübernahme nicht zu erkennen, dennoch war ihre Politik durch gemeinsame Überzeugungen, Ziele und Methoden geprägt, in dessen Zentrum ihre Bereitschaft stand, Ägypten grundlegend zu reformieren (vgl. Hinnebusch 1985: 14).

4.1 Das Militär als politischer Akteur: Panarabismus, Neutralismus und Blockfreiheit

Von zentralem Interesse für das Nasser Regime war die Frage, wie die Führungsrolle des Militärs abseits der rein bürokratischen und institutionellen Neuordnung abgesichert werden kann. Zu Beginn profitierte die Armee von ihrer Selbstdarstellung als Befreier der Nation nach Jahrhunderten der Fremdherrschaft. Die Freien Offiziere präsentierten sich im öffentlichen Diskurs oft als die Nachfolger der Nationalbewegung um Ahmed Orabi, was ihrer antikolonialen und nationalen Außendarstellung zusätzliche Legitimität erteilen sollte (vgl. Tibi 1973: 199). Nasser verstand es sich als Befreier Ägyptens zu stilisieren und punktete mit seiner volksnahen Art. Er sprach wie der einfache Ägypter, und er kannte ihre Art zu leben, was ihn im Gegensatz zu den abgehobenen Herrschern der osmanischen Ära schon viel eher als einen Vertreter des Volkes erscheinen ließ. Trotz aller Bezüge auf die vorrevolutionäre Nationalbewegung gab es durchaus eine Veränderung im Wesen der nationalen Ideologie. Während der Nationalismus zu Zeiten der kolonialen Herrschaft stark auf die ägyptische Nation bezogen war, stellte Nasser zunehmend die arabische Nation in den Mittelpunkt. Der panarabische Nationalismus ersetzte den ägyptischen Nationalismus und wurde zu einer Stütze der ideologischen Ausrichtung des nasseristischen Ägyptens. Die Hinwendung zum panarabischen Nationalismus liegt in den Erfahrungen begründet, die Nasser und seine Kammeraden im Palästinakrieg gemacht hatten und die sie vom gemeinsamen Handeln der *Umma*, der Gemeinschaft der arabischen Völker, überzeugte (vgl. Abdel-Malek 1971: 304 f.). Die „nationale Revolution“ wurde somit zum zentralen Element

in der ideologischen Ausrichtung der Freien Offiziere. Die klare Abgrenzung zu einer „sozialen Revolution“ und zu sozialistischen Konzeptionen im Allgemeinen rührt aus der Ablehnung der Führungsriege der Freien Offiziere gegenüber jeglicher Form des Klassenkampfes und erklärt ihre anfangs dargelegte, tiefe Abneigung gegenüber dem Marxismus und Kommunismus, der sich auch in der fortwährenden Repression gegenüber der Linken in Ägypten ausdrückte. Nasser über die „soziale Revolution“ in seiner *Philosophie der Revolution*¹⁵: „[In ihr kämpfen] Landsleute [...] gegeneinander als Einzelne und als Klassen. Korruption, Verdacht, Haß und Selbstsucht beherrschen sie.“ (Nasser nach Tibi 1973: 197) In der Armee sah Nasser die Kraft, die frei sei vom Streit der Einzelnen und der Klassen. Sie sei als homogene Kraft am besten in der Lage, die Nation ohne entzweieende Klassenkämpfe zu einen und die Interessen der gesamten Nation zu vertreten (vgl. ebd.). Die nationale Rhetorik und das Versprechen einer umfangreichen Modernisierung brachten dem Regime zu Beginn den nötigen Rückhalt, um die Umgestaltung des Staates voranzutreiben. Die Armee sollte als zentraler Regisseur des Modernisierungsprogrammes auch dafür sorgen, dass alle Teile der Gesellschaft von diesem profitieren und somit dazu beitragen, die Kluft zwischen den Klassen zwar nicht zu beseitigen, aber zumindest zu verringern. Die bewusste Abgrenzung zum Kapitalismus aber auch zum Kommunismus, war der Versuch, Ägypten als unabhängiges, eigenständiges Land zu positionieren, was nicht nur der Weltsicht der nationalen Mittelklasse entsprach, sondern auch im Großteil der Bevölkerung Zuspruch erfuhr (vgl. Hinnebusch 1985: 15).

Die Entwicklung einer staatstragenden Ideologie war damit aber nicht abgeschlossen. Im Zuge der unbefriedigenden Annäherungsversuche an die USA (siehe Kapitel 4.1.3.) und des sich verschlechternden Verhältnisses zum Westen im Allgemeinen, was zu einer Forcierung der arabischen Nationalismus führte, fand auch eine zunehmende Orientierung in Richtung afrikanischer und asiatischer Staaten statt, dessen ideologische Basis im *positiven Neutralismus* begründet wurde. Das Wesen des positiven Neutralismus wurde entscheidend durch die fünf Prinzipien geprägt, die aus dem Freundschaftsvertrag mit Indien 1955 hervorgingen: 1.) Respektierung der territorialen Integrität und staatlichen Souveränität; 2.) Verzicht auf Aggressionen; 3.) gegenseitige Nichteinmischung in interne Angelegenheiten; 4.) Gleichheit und gegenseitige Begünstigung; 5.) friedliche Koexistenz (vgl. Abdel-Malek 1971: 282 f.). Der positive Neutralismus, der vor allem in der Außenpolitik Ägyptens seinen

¹⁵ Die 1953 erschienene „Philosophie der Revolution“ gilt als das Werk, in dem Nasser die Idee des arabischen Nationalismus konzipierte. Das Nasser zugeschriebene Werk wurde aber eigentlich von Mohammed Hassanein Heikal, einem ägyptischen Journalisten und Weggefährten Nassers, konzipiert (vgl. Abdel-Malek 1971: 304).

Niederschlag fand, wurde von der breiten Öffentlichkeit überwiegend positiv aufgenommen und fand auch in der arabischen Welt seine Unterstützung (vgl. ebd.).

Die Politik des positiven Neutralismus kam gegen Ende der 60er unter zunehmenden Legitimationsdruck im antikommunistischen ägyptischen Staatsapparat angesichts des immer stärker werdenden Einflusses kommunistischer Länder, etwa der Volksrepublik China, sowie der kontinuierlichen Annäherung der Länder, die sich zum positiven Neutralismus bekannten, an den sowjetisch-kommunistischen Block. Die Folge war eine zunehmende Distanzierung Ägyptens vom positiven Neutralismus der Bandung-Periode und die Hinwendung an die zweite Stufe des Neutralismus, der *Blockfreiheit*. Die Ideologie der Blockfreiheit blieb weitestgehend ident mit jener des positiven Neutralismus. Die Veränderungen betrafen vornehmlich die außenpolitische Orientierung. „[D]ie Zeit der großen Allianz die zwischen den Ländern des sozialistischen Blocks einerseits und den neuen unabhängigen Staaten zusammen mit den nationalen Befreiungsbewegungen in den Kolonialländern andererseits, und dem Zeichen des positiven Neutralismus standen, war vorbei.“ (Abdel-Malek 1971: 292)

Ein weiterer Aspekt der ideologischen Ausrichtung, der *kooperative demokratische Sozialismus*, wurde von Nasser mit Anfang der 60er in das Zentrum des öffentlichen Diskurses gestellt wurde. Der Politikwissenschaftler Abd elhamid Zeid (1991: 121 f.) sieht die gescheiterte Union mit Syrien, die auch das vorläufige Ende der Versuche eine arabische Einheit herzustellen bedeutete, als Auslöser für die Zuwendung zu diesem neuen ideologischen Projekt. Bassam Tibi verortet den Beginn des *arabischen Sozialismus* bereits gegen Ende der 50er Jahre und sieht die zunehmende Bezugnahme auf ihn als Vorbereitung einer umfangreichen Verstaatlichungswelle. Tibi verdeutlicht auch den Versuch Nassers, den Sozialismus mit „religiös-panislamischen“ Momenten in Verbindung zu setzen, indem er den Islam als Religion der sozialen Gerechtigkeit bezeichnet und auf den Propheten Mohammed verweist, als „de[n] allererste[n] in der Weltgeschichte, der den Sozialismus angewandt hat.“ (Tibi 1973: 201)

4.1.1 Institutionelle Neugestaltung

Neben der charismatischen Legitimation Nassers und der durch die nationale Ausrichtung der Politik erreichte Unterstützung der Massen, kam es unter Nasser auch zum Aufbau eines umfassenden Staatsapparats, den Hinnebusch (1985: 15) als „*bürokratisch-autoritären Staat*“ bezeichnet. Nasser stand im Mittelpunkt des politischen Systems, von ihm ging einerseits das

Gros politischer Initiativen aus, andererseits trug er auch die Verantwortung weitestgehend alleine. Dies führte zu einer enormen Machtkonzentration, die auf Kosten der anderen staatlichen Institutionen ging. Ganz ohne diese wäre sein politisches System aber auch nicht möglich gewesen. Und so kam es zu der Einführung neuer Institutionen, die zum Großteil mit Mitgliedern der Freien Offiziere besetzt wurden. „*Except for a handful of outstanding civilians, this group was exclusively military, recruited and replenished from the Free Officer movement.*” (ebd.) Aus dem Militär und insbesondere aus der Gruppe der Freien Offiziere wurden die Personen für die höchsten Staatsämter rekrutiert. „*After the initial purge of the army following the coup d’etat, 3,500 men were in the officer corps. About two-thirds continued in the military, and about 1,000 took posts in other state agencies over the years.*” (Migdal 1988: 220) Zivile Experten wurden nur dann hinzugezogen, wenn ihre technische Kompetenz benötigt wurde.

Eine weitere Strategie von Nasser und dem *Revolutionary Command Council* (RCC), das 1953 aus dem Exekutivkomitee der Freien Offiziere hervorging, zur Miteinbeziehung und auch Kontrolle politischer und gesellschaftlicher Kräfte, war die Gründung zweier Vorfeldorganisationen, des *Islamic Congress* und der *Liberation Rally*. Letztere war der erste Versuch zum Aufbau einer Einheitspartei, die eine breitere öffentliche Unterstützung erreichen sollte, gleichzeitig aber als Instrument zur Kontrolle der politischen Landschaft diente (vgl. Cook 2007: 69). Die anderen politischen Institutionen die geschaffen wurden, wie etwa das Parlament, hatten zwar konstitutionelle Rechte, waren aber im Endeffekt zu schwach, um den politischen Prozess mitzugestalten und fungierten als Instrumente, um die politische Hegemonie der Freien Offiziere und somit der Armee zu sichern. Die wichtigen Entscheidungen wurden allein im obersten Führungszirkel beschlossen, und hier konnte Nasser anfangs weitestgehend autonom agieren. Auch die 1963 aus der *National Union* (NU), der Nachfolgeorganisation der *Liberation Rally* hervorgegangene Einheitspartei *Arab Socialist Union* (ASU), entwickelte sich nie zu einer Institution der öffentlichen Mobilisierung. Auch hier wurden die höchsten Posten während Nassers Herrschaft fast ausschließlich von Militärs bekleidet. Hinnebusch (1985: 19) fasst die Schwächen des von Nasser errichteten institutionellen Gefüges folgendermaßen zusammen: „*Nasirism, in brief, failed to institutionalize itself in an ideological party which could ensure its long-term durability.*“

Der Umgang mit der zentralen Institution ihrer Machtergreifung, der Armee, war für die Absicherung des zunehmend autoritären Systems von entscheidender Bedeutung. In der Armee machten sich gerade zu Beginn ihrer Herrschaft Tendenzen bemerkbar, die sich gegen

den totalen Machtanspruch der Freien Offiziere und Nasser stellten. In den verschiedenen Netzwerken und Zellen der Armee waren die Freien Offiziere im Vergleich zu Sympathisanten der Muslimbrüder und Kommunisten zahlenmäßig unterrepräsentiert. Bei der erfolgreichen Mobilisierung zum Coup von 1952 konnten zwar Allianzen geschmiedet werden, die aber angesichts des harten Kurses gegen andere politischen Gruppierungen zu bröckeln begannen. Der Konflikt spitzte sich im Zuge des Machtkampfes mit dem designierten Präsidenten, General Naguib weiter zu, der von einem weiten politischen Spektrum, wie auch von der breiten Bevölkerung erheblichen Rückhalt genoss. Eine von den Freien Offizieren initiierte politische Krise im März 1954¹⁶ führte letztendlich zu der Demontage von Naguib und zur Festigung der Position der Gruppe um Nasser (vgl. Kandil 2012: 27 ff.).

Die noch bestehenden unabhängigen Interessensgruppen, allen voran die Gewerkschaften, wurden ebenfalls durch eine Mischung aus Zugeständnissen und direkter Intervention, etwa in Form von Wahlfälschung, auf Linie gebracht. Zwar konnten einzelne politisch ambitionierte Mitglieder Zugang zu höheren Posten erlangen, so wurde der Arbeitsminister meist aus der Gewerkschaft rekrutiert, für eine nachhaltige Beeinflussung der gewählten Politik reichte dies allerdings nicht (vgl. Hinnebusch 1985: 20).

4.1.2 Die Freien Offiziere und die Wurzeln des Konflikts mit den Muslimbrüdern

Die Absicherung der Macht und der Aufbau einer politischen Hegemonie war mit der Liquidation politischer Parteien, der Übernahme aller wichtigen staatlichen Institutionen und der Etablierung von Organisationen zur stärkeren Einbindung der Bevölkerung noch nicht abgeschlossen. Nasser und seine Gefolgschaft waren sich der Tatsache bewusst, dass die größte politische Herausforderung neben der Linken, von Seiten des religiösen Lagers und hier insbesondere von den in der Bevölkerung stark verankerten Muslimbrüdern drohte. Das Verhältnis der Freien Offiziere zu den 1928 von Hassan Al-Banna gegründeten und sich schnell im ganzen Land verbreitenden Muslimbrüdern ist aber nicht auf einen reinen Konflikt um die Macht im Staat zu reduzieren. Bis zur Machtergreifung gab es große Überschneidungen bei den gemeinsamen Interessen und eine nicht unwesentliche Kooperation, deren Ursprung bis in die Anfangsphase der Freien Offiziere zurückreicht. So

¹⁶ Regimetreue Zeitungen berichteten über einen Komplott der alten politischen Klasse um Mustafa al-Nahas. Daraufhin kam es zu Demonstrationen von Pro-Regime Gruppen und Regime-Gegnern. Die Freien Offiziere nutzten die aufgeheizte Situation, um als Wiederhersteller der Ordnung in Erscheinung zu treten (vgl. Cook 2012: 57).

waren spätere Mitglieder der Freien Offiziere etwa an den Milizen der Muslimbrüder im Palästina-Krieg beteiligt. Auch zu Beginn der Republik war das Verhältnis noch relativ intakt. Doch das änderte sich nach 1953, als die Muslimbrüder erkannten, dass sie in der politischen Neugestaltung keinerlei Rolle spielten und somit den Staat nicht in erhofftem Maße mitgestalten konnten. Insbesondere Nasser war gegen eine stärkere Berücksichtigung der Muslimbrüder und verhinderte eine engere Allianz, die von anderen Teilen der Freien Offiziere durchaus angestrebt wurde. (vgl. Osman 2010: 83) Die Sympathie von Teilen der Armee gegenüber den Muslimbrüdern war nicht verwunderlich, waren doch einige der Freien Offiziere, wie etwa Anwar Sadat oder der spätere Feldmarschall unter Nasser, Abdel Hakim Amer ehemalige Mitglieder der Muslimbrüder (Abdel-Malek 1971: 142). Steven Cook (2012: 52) sieht die Nichtberücksichtigung der Muslimbrüder darin begründet, dass die Freien Offiziere Sorge hatten, sie könnten die Brüder mit ihrem starken Rückhalt nicht mehr kontrollieren. *„The Officers had every reason to keep the Brotherhood at arm’s length, however. The movement commanded a far greater following among Egyptians than the new regime, making it difficult for the Officers to impose their control on the group.“*

Der starke Rückhalt der Muslimbrüder erklärt sich dadurch, dass Ägypten trotz aller Modernisierungsbestrebungen ein Land war, in dem die Religion eine große Rolle spielte, wenn auch zu dieser Zeit weniger im öffentlichen als im privaten Raum. Hinzu kam, dass sie an vorderster Front am Kampf für die ägyptische Unabhängigkeit beteiligt waren, und ihre Stimme insbesondere für die Rechte der ärmsten Klassen erhoben (vgl. Osman 2010: 81 f.). Nach den gescheiterten Versuchen zur Etablierung einer strategischen Partnerschaft radikalisierte sich die Stimmung unter den Brüdern zusehends. Es kam nun zunehmend zu einer direkten Konfrontation zwischen ihnen und der Polizei. Nach Ausschreitungen bei einer Demonstration an der Kairoer Universität im Januar 1954 wurde die Bruderschaft durch einen Beschluss des Kabinetts aufgelöst (vgl. Abdel-Malek 1971: 142).

Ein weiterer Vorfall am 26. Oktober 1954 führte zu einem vorläufigen Höhepunkt des Konflikts mit den Muslimbrüdern, die trotz ihrer Auflösung von offizieller Seite nach wie vor aktiv waren und gegen das sich abzeichnende Militärregime agitierten. Bei einer Rede zur Feier der Anglo-Ägyptischen Einigung über den Suezkanal¹⁷ feuerte Abdel Latif, ein Mitglied der Muslimbrüder, acht Schüsse auf Nasser ab. Trotz der geringen Entfernung blieb Nasser unverletzt und setzte unter tosendem Beifall seine Rede fort. Dieses vermeintliche Attentat,

¹⁷ Im „Heads of Agreement“ von 1954 wurde der weitere Fahrplan für den Abzug der Briten aus der Suez-Zone festgelegt. Diese sollte 1955 erfolgen, wobei ihnen für weitere sieben Jahre der Zugang gestattet blieb (vgl. Cook 2012: 59).

das manche als eine Inszenierung ansehen, führte zu einer Popularitätswelle für Nasser und gab ihm die Möglichkeit, gegen die diskreditierten Muslimbrüder verstärkt vorzugehen. In Kairo stürmten Anhänger der *Liberation Rally* das Hauptquartier der Muslimbrüder, in der Kanalzone wurden Geschäfte von Mitgliedern der Bruderschaft geplündert und die paramilitärische Organisation der Muslimbrüder (*al jihaz al sirri*) wurde in der Presse als Terrororganisation dargestellt, mit dem Ziel, das Regime zu stürzen (vgl. Cook 2012: 60 f.). Dies war der Beginn einer breit angelegten Repressionswelle. Vor dem neu gegründeten *Volkstribunal* wurden, die Zahlen variieren, zwischen 867 (Abdel-Malek 1971: 144) und mehr als zweitausend (Cook 2012: 60) Mitglieder schuldig gesprochen und inhaftiert. Nasser hatte den Machtkampf mit den Muslimbrüdern vorerst für sich entschieden.

For the remainder of the Nasser period, the Brothers were either underground or imprisoned. In the short run, this rendered the Islamists a relative nonfactor in Egyptian politics, but the showdown between the Office and the Muslim Brotherhood in 1954 and the subsequent consolidation of the regime would have a profound impact on Egyptian politics for decades to come. (Cook 2012: 60)

Das harte Vorgehen gegen die in der Bevölkerung stark verankerten Muslimbrüder musste an anderer Stelle kompensiert werden, um das Verlangen nach einer Berücksichtigung des Islam in der Politik zu befriedigen. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass Nasser dem Islam Platz in den Verfassungen wie auch im Diskurs der einzelnen Institutionen einräumte. Schon in der Verfassung von 1956 wurde der Islam als Staatsreligion bezeichnet (vgl. Cook 2007: 65). Abgesehen davon spielte aber die Religion als identitätsstiftendes Element keine große Rolle in Nassers Politik. Die Religion, der Islam und das koptische Christentum gleichermaßen, wurden zu einer vorwiegend privaten Angelegenheit. Nasser würdigte zwar die Religion als Teil der arabischen Zivilisation, sah sie aber nicht als Teil einer politischen Identität. Der Säkularismus des arabischen Nationalismus zeigte sich auch im Umgang mit der Al-Azhar, die sich unter Nassers Ära zunehmend zu einer normalen Universität entwickelte, in der auch Natur- und Sozialwissenschaften unterrichtet wurden (vgl. Osman 2010: 51 f.). Der Umgang Nassers mit der Religion glich einem Balance-Akt, in dem er versuchte, die Religion zu würdigen, sie aber auch von einer politischen Bedeutung fernzuhalten:

Nasser's embrace of Islam (as civilization) and repudiation of Islam (as government, political movement or governing framework) was arguably one of his most brilliant balancing acts; the one that endeared him to Egyptian Christians without antagonizing the vast majority of Egyptian Muslims, and defined his project in purely national hues. (ebd. 52 f.)

4.1.3 Blockfreiheit und der Konflikt mit Israel – Außenpolitik unter Nasser

Die Frage nach der Ausgestaltung der außenpolitischen Orientierung war für die Legitimität von Nasser und seinem Regime von entscheidender Bedeutung. Ganz zu Beginn der Republik spielte die USA das größte Gewicht in den außenpolitischen Planungen Nassers. Nassers Motivation, Ägypten zu politischer und militärischer Bedeutung zu verhelfen, der militärischen Stärke Israels zu begegnen und Ägypten als Führungsmacht im arabischen Raum zu positionieren, war angesichts der ökonomischen Strukturprobleme nur durch externe Unterstützung in kurzer Zeit zu realisieren. „*[D]ie schweren bewaffneten Übergriffe Israels auf ägyptisches Territorium im Februar und September 1955 [führten] dazu, daß die Modernisierung der ägyptischen Armee für die ägyptische Führung nunmehr als vordringliches Ziel schien.*“ (Zeid 1991: 117) Die USA, in Folge des zweiten Weltkrieges zunehmend präsent im Nahen und Mittleren Osten, waren der erste Ansprechpartner des Regimes, um die Möglichkeiten militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung auszuloten. US-Präsident Eisenhower war an einer engeren Beziehung zu Ägypten durchaus interessiert, hätte sie doch die amerikanische Position in der strategisch so wichtigen Region weiter gestärkt und zugleich den sowjetischen Einfluss in der Region zurückgedrängt. Großbritannien war als enger Alliiertes und NATO-Partner der USA jedoch strikt gegen eine militärische und ökonomische Unterstützung Ägyptens, während es selbst noch in Verhandlungen über die Suez-Basis stand (vgl. Cook 2012: 52, 65).

Bei den USA aber überwogen zuerst die geostrategischen Interessen an einer tieferen Partnerschaft und so setzten sie sich über die britischen Vorbehalte hinweg. Sie boten Nasser und dem RCC eine weitreichende Kooperation an, wenn es im Gegenzug zu einer raschen Reformperiode kommen würde. Insbesondere die rasche Umsetzung einer Landreform war für die Amerikaner von hoher Priorität. Dies war ihrer Hoffnung geschuldet, dass damit eine Entwicklung wie in China oder Russland verhindert werden könnte, wo der Kommunismus vor allem von der verarmten Landbevölkerung unterstützt worden war. Dieses Drängen auf eine Landreform veranlasste den RCC ein eilig erarbeitetes Konzept dafür vorzulegen. Im Gegenzug erhoffte sich Nasser US-Unterstützung bei den Verhandlungen mit Großbritannien über einen vollständigen Abzug aus Ägypten (vgl. Kandil 2012: 24 f.).

Die USA glaubten in Nasser ihren richtigen Ansprechpartner gefunden zu haben, da er im Gegensatz zu Naguib nicht nur hart gegen die Kommunisten vorging,¹⁸ sondern auch früh klargemacht hatte, dass er nicht gedenke, die politische Führung wieder an eine zivile Regierung abzugeben. Dies entsprach der US-Politik, in der die Zusammenarbeit mit einem aus ihrer Sicht verlässlichen Militärregime bevorzugt wurde (vgl. Kandil 2012: 26).

Die Zuwendung zu den USA um militärische und ökonomische Unterstützung zu erhalten wurde auf Grund der amerikanischen Konditionalitäten für eine engere Kooperation kontinuierlich abgeschwächt. Die USA waren nicht bereit Ägypten ohne deren Teilnahme an der *CENTO* (*Central Treaty Organization* oder auch *Bagdad Pakt*) mit Waffensystemen moderner Art zu versorgen. Ägypten aber weigerte sich, da eine Einbindung in dieses pro-westliche Bündnis auch den anti-imperialistischen Anspruch der Freien Offiziere unterminiert hätte und man im Bagdad-Pakt, der zwischen Großbritannien, Iran, Irak, der Türkei und Pakistan – die USA hatten Beobachterstatus – geschlossen wurde, den Versuch sah, Ägypten im Nahen Osten zu isolieren. Ägypten wandte sich angesichts der Absage der USA ohne den Beitritt zur CENTO Waffen zu liefern nun zusehends von Washington ab und nahm 1955 an der Bandung-Konferenz in Indonesien teil, woraus sich später die Bewegung der Blockfreien Staaten entwickeln sollte und erklärte daraufhin den *positiven Neutralismus* als zentrales Element der ägyptischen Außenpolitik (vgl. Cook 2012: 66; Kandil 2012: 45 f.). Der Bruch mit dem Westen und die Zuwendung zum sowjetischen Einflussbereich, wenngleich es das Ziel der Blockfreien Staaten war, einen „Dritten Weg“ zwischen den beiden großen Machtblöcken zu suchen, war nicht unbedingt ideologisch begründet, wie die anfangs intakten Beziehungen zur USA zeigen, sondern lässt sich durch die kaum vorhandenen Konditionalitäten für eine militärische Unterstützung durch die Sowjetunion erklären. „*Therefore, Nasser’s decision to break the Western-constructed arms embargo and sign on with the soviets was driven more by pragmatism than by ideology.*” (Barnett 1992: 91)

In dieser Phase verschärfte sich auch der Konflikt mit Israel wieder zusehends. Israel antwortete auf die zunehmenden Angriffe palästinensischer Milizen auf Einrichtungen in der Negev Wüste, hinter denen Israel ägyptische Unterstützung vermutete, mit eigenen Operationen gegen ägyptische Stellungen am Suezkanal. Die militärische Führung forderte nun endgültig neue Waffen, woraufhin, mangels Alternativen, ein Vertrag über umfangreiche

¹⁸ Als exemplarisch für Nassers harte Haltung gegenüber den Kommunisten gilt der Vorfall von Kafr al-Dawar, wo pro-revolutionäre Arbeiter die Fabrik besetzten, und angesichts der anti-revolutionären Firmenleitung auf Unterstützung der Armee hofften. Nasser entsandte jedoch die Armee um die Besetzung brutal niederzuschlagen und die Anführer zu verhaften, die kurze Zeit später nach einem Schauprozess exekutiert wurden (vgl. Kandil 2012: 26)

Waffenlieferung mit der Tschechoslowakei¹⁹ abgeschlossen wurde. Nasser hatte sich mit der Annäherung an einen sowjetischen Satellitenstaat endgültig von den USA abgewandt, was durch die kurz drauf erfolgte Anerkennung des kommunistischen China durch Ägypten noch deutlicher wurde. Die USA wiederum entzogen im Gegenzug die finanziellen Zusagen für den Bau des Aswan Hochdammes, dem zentralen Energieprojekt für Ägyptens Industrialisierungsbestrebungen (vgl. Kandil 2012: 45 f.). Hazem Kandil (ebd. 46) sieht darin auch den Auslöser für die Suez-Krise 1956:

For months the president had been looking for a pretext to reclaim Egypt's right over the Suez Canal. Now, citing the need to channel the canal's revenue toward financing the dam, a defiant Nasser nationalized the Suez Canal in front of an ecstatic crowd on July 26, 1956.

Die Suez-Krise, ausgelöst durch die Ankündigung Nassers, den Kanal zu nationalisieren, führte zur *Tripartite Aggression*, der gemeinsamen militärischen Intervention Frankreichs und Englands, den größten Anteilseignern an der Kanalgesellschaft, deren Interesse aber auch der Sicherung, der für sie so wichtigen Wasserstraße galt, sowie Israels, das über die zunehmende Aufrüstung Ägyptens besorgt war und die ägyptische Blockade der Straße von Tiran beenden wollte. Die militärische Operation, die am 29. Oktober 1956 begann, kam zu einem überraschend schnellen Ende, was zum einen auf den schnellen Rückzug der ägyptischen Armee hinter die Verteidigungslinien sowie logistische Problemen der Tripartite-Allianz zurückzuführen ist, zum anderen aber vor allem der Intervention der USA und der UDSSR gleichermaßen geschuldet war. Die Sowjetunion verurteilte den Angriff auf ein souveränes Land, in dem sie mittlerweile maßgebliche Interessen verfolgten und drohte mit einer militärischen Einmischung. Die USA drängten auf ein Ende der Intervention, da sie wiederum ihre neue Stärke im Nahen Osten durch die Rückkehr europäischer Kräfte gefährdet sahen. Washington übte starken Druck auf Israel und seine beiden NATO-Partner aus, um sie zu einem sofortigen Rückzug zu bewegen, der bis zur Weigerung der USA ging, einen Ein-Milliarden-Dollar-Kredit vom IWF an London zuzustimmen. Letztendlich lenkte London ein, was das Ende der Allianz bedeutete und zum Abzug aller britischen Truppen aus Ägypten im Dezember 1956 führte. Die Suez-Krise war für Nasser und die Armee trotz der drohenden militärischen Niederlage ein politischer Erfolg, wurde doch dadurch die Nationalisierung des Kanals de facto legitimiert und dem britischen Einfluss in die internen Angelegenheiten Ägyptens endgültig ein Ende bereitet. Hinzu kam, dass Ägypten nun die Einnahmen aus den

¹⁹ Der im September 1955 abgeschlossene Liefervertrag umfasste unter anderem 200 Kampfflugzeuge, 230 Panzer, 500 Artilleriegeschütze, gepanzerte Fahrzeuge und Truppentransporter sowie drei U-Boote (vgl. Kandil 2012: 45 f.)

Kanalgebühren für die weitere Forcierung der Industrialisierungsbestrebungen nutzen konnte (vgl. Cook 2012: 69 ff.).

Ein nächster Schritt zur Stärkung des Panarabismus unter ägyptischer Führung war der Zusammenschluss mit Syrien zur *Vereinigten Arabischen Republik* (VAR), die am 1. Februar 1958 proklamiert wurde. Auf ägyptischer Seite spielten hierfür vor allem auch wirtschaftliche Überlegungen eine wichtige Rolle. Die Union sollte nicht nur neue Absatzmöglichkeiten für die sich entwickelnde Industrie schaffen, sondern auch der großen Zahl ägyptischer Universitäts-Absolventen Beschäftigungsmöglichkeiten bieten, „*und schließlich Syrien zu einer ägyptischen Provinz machen.*“ (Abdel-Malek 1971: 175) Die VAR wurde in Ägypten aber auch als Möglichkeit gesehen, dem zunehmend stärker werdenden Auftreten der Kommunisten in Ägypten selbst, aber auch in vielen anderen arabischen Staaten wie dem Irak, in dem nach der Revolution von 1958 die Kommunisten die mit Abstand stärkste Kraft waren, zu begegnen. Der durch die Gründung der VAR befeuerte arabische Nationalismus diente als Grundlage, um die Kommunisten als Gegner ebendiesen zu brandmarken und führte zu einer massiven Repressionswelle gegen die Anführer der ägyptischen Kommunistischen Partei (vgl. ebd. 178 ff.). Ägypten dominierte im Laufe der Jahre die Union mit Syrien auf politischer und wirtschaftlicher Ebene immer stärker. Dies führte zu einer anwachsenden Unzufriedenheit im syrischen Lager. Ein Teil der syrischen Armee revoltierte im September 1961 und rückte auf Damaskus vor, wo es zu Auseinandersetzungen mit Anhängern der Union mit Ägypten kam. Die Kräfte, die für eine Wiederherstellung der syrischen Unabhängigkeit eintraten, konnten sich in diesem Konflikt durchsetzen. Dies war das frühe Ende der VAR und ein Rückschlag für Nassers arabischen Nationalismus und der Politik des positiven Neutralismus (vgl. ebd. 211 f.).

Die Auflösung der VAR führte aber nicht zu einem Rückzug Ägyptens aus dem Kampf um regionale Hegemonie. Der Jemen erlebte 1962 einen Staatsstreich unter General Abdallah Sallal, der in einem bewaffneten Konflikt zwischen dem Königshaus um Imam al Badr und den Revolutionären um Sallal mündete. Die konservativen Monarchien Saudi Arabien und Jordanien, aber auch Israel, die USA und Großbritannien, unterstützten den Imam militärisch, um eine weitere Republik in der Region zu verhindern. Ägypten entschloss sich die Revolutionäre militärisch zu unterstützen. Der Konflikt zog sich über fünf Jahre und wurde von ägyptischer Seite nur durch den sich anbahnenden Konflikt mit Israel 1967 beendet. Zum Höhepunkt der militärischen Operation waren über 60.000 ägyptische Soldaten im Jemen engagiert, von denen mehr als ein Drittel nicht mehr nach Hause kam (vgl. Cook 2012: 77).

From 1962 to 1970, the Egyptian military invested a third of its manpower and much of its technology and leadership in the North Yemen Civil War, which served as a „proxy war“ between the project of Third Worldist emancipation and Great Power imperialism. (Amar 2012: 183)

Die Beteiligung am Jemen-Krieg ist nur ein Beispiel für zunehmende militärische Interventionen Ägyptens in Ländern der Region. Paul Amar sieht in der Gründung der Blockfreien Bewegung 1961 in Kairo zwischen Nasser und den Präsidenten von Indonesien und Indien, Sukarno und Nehru den Startschuss für die zunehmenden militärischen Interventionen Ägyptens im Ausland. „*The Non-Aligned movement is often thought of as an economic and diplomatic grouping. But four of its five founding principles were military in nature.*“ (Amar 2012: 183)

Die Jemen-Intervention hatte sich zu einem kostspieligen Unterfangen für Kairo entwickelt und die Armee entscheidend geschwächt. In dieser Phase bahnte sich eine erneute Konfrontation mit Israel an. General Nasser kam durch Kritik arabischer Staaten unter Druck, die ein verschärftes Vorgehen gegen Israel forderten. Auch in der Armee wurden die Stimmen, die auf einen Krieg mit Israel drängten, lauter. Nassers Feldmarschall Amer, der hohes Ansehen innerhalb der Truppe genoss, war hierbei eine treibende Kraft. „*Amer telegraphed Nasser from Pakistan demanding the employment of Egyptian troops in Sinai to silence Arab critics who accused the army of hiding behind the United Nations Emergency Forces (UNEF) positioned there since 1956.*“ (Kandil 2012: 76) Nasser widersetzte sich zuerst dem Plan seines Feldmarschalls. Amer aber befahl, nachdem er von russischen Quellen informiert worden war, dass Israel seine Truppen für eine Konfrontation mit Syrien zusammenziehen würde, eine volle Mobilisierung der Armee auf dem Sinai. Dieses eigenständige Vorgehen erzürnte Nasser, der von Amer die Rechtfertigung erhielt, er würde sich nur an den gegenseitigen Verteidigungspakt mit Syrien halten, der abgeschlossen worden war um die Beziehungen nach der gescheiterten Union wieder zu verbessern. In der Folge kam es zu einer Entwicklung, die Nasser immer mehr entglitt und in der sein Armeechef Amer immer wieder eigenständige Entscheidungen traf. So sendete dieser eine Meldung an das UN-Hauptquartier, der einen vollständigen Abzug der UNEF-Truppen forderte. Hinzu kam die Entscheidung die Straße von Tiran zu sperren, wodurch den Israelis ein direkter Zugang zum Roten Meer versperrt wurde. Nachdem sich auch noch die Falschinformation verbreitet hatte, dass die Sowjetunion im Falle einer US-amerikanischen Unterstützung Israels auf der Seite von Ägypten intervenieren würde, drängten immer mehr Militärs und Berater von Nasser darauf, einem Erstschlag Israels zuvorzukommen. Die Versicherung Nassers vom 3. Juni, Ägypten strebe keine weitere Eskalation an und sein Versuch durch Vermittlung

Washingtons einen Krieg zu verhindern, kam zu spät. Israel ergriff die Gelegenheit und startete in den Morgenstunden des 5. Juni einen Luftangriff auf Ägypten. Die ägyptischen Verluste waren desaströs. Innerhalb von sechs Tagen verlor Ägypten 85% seiner Flugzeuge, 700 Panzer, 450 Artillerie-Geschütze und hatte 11.500 Tote zu beklagen. Von der 300.000 Mann starken Armee blieb nur die Hälfte in Formation, der Rest fiel auseinander und irrte zum Teil orientierungs- und schutzlos in der Wüste umher (vgl. ebd. 76 ff.).

Die Gründe für die verhängnisvolle Truppenmobilisierung und das eigenständige Vorgehen von Amer und seinen Verbündeten in der Armee sind schwer zu beurteilen. Hazem Kandil erklärt die Entwicklung damit, dass die von Amer angeordnete Mobilisierung nur dafür gedacht war, um die militärische Stärke Ägyptens unter Beweis zu stellen und um sein eigenes Renommee zu steigern. Kandil zufolge war Amer sich sicher, dass Israel nicht angreifen würde, und nur die Präsenz der ägyptischen Armee genügen würde, um Israel einzuschüchtern und ein ähnliches Ergebnis jenem der Suez-Krise 1956 zu bekommen (vgl. Kandil 2012: 83). Steven Cook hingegen sieht Nasser als den Kopf hinter der ägyptischen Strategie und als den Befehlsgeber für die Sperre der Straße von Tiran, den letztendlichen Grund für den Militärschlag Israels. „*During a visit with Egyptian pilots at an airbase in Sinai on May 22, Nasser announced the closure of the Strait of Tiran. If Nasser did not want war, it remains a mystery why he took this fateful step.*” (Cook 2012: 97)

Was letztlich auch die genauen Gründe für das verhängnisvolle ägyptische Vorgehen gewesen sein mögen, der 6-Tage-Krieg gilt als Zäsur in der jüngeren ägyptischen Geschichte und hatte weitreichende innen- und geopolitische Konsequenzen. Der Historiker P. J. Vatikiotis (1991: 409) schreibt zu den Folgen des für Ägypten katastrophalen 6-Tage-Kriegs, der nicht umsonst als *al-naksah* (der Rückschlag) in die ägyptische Geschichte eingegangen ist:

The effect of the defeat in the 1967 war was felt not only in the country's relations with the other Arab states and its superpower patron, the Soviet Union. Its domestic repercussions were even more significant, as they tended to discredit the Nasser régime and devalue its policies. The defeat was so massive that President Nasser felt compelled to resign from the presidency of the Republic on 9 June 1967.

Die Öffentlichkeit reagierte mit Großdemonstrationen, um Nasser von seinem angekündigten Rücktritt abzuhalten. Nasser lenkte daraufhin ein und versuchte mit einer breit angelegten Säuberungswelle, die auch gegen den zunehmenden Nepotismus und der Korruption innerhalb der Armee gerichtet war, dem Verlangen der Bevölkerung, die Verantwortlichen für das militärische Fiasko zur Rechenschaft zu ziehen, zu entsprechen. Das prominenteste Opfer war sein Generalsstabchef und langjähriger Weggefährte General Amer, der die Armee mit

seinen Seilschaften dominierte. „*Marshal Amer [...] seemed chiefly concerned to turn the military into a personal fiefdom.*” (Hinnebusch 1985: 31) Der Rückhalt für Nasser konnte aber nicht über die zunehmende Krise des patrimonialen politischen Systems und seiner korrupten Eliten hinwegtäuschen. Einende Faktoren in dieser turbulenten Phase waren die Anstrengungen Ägyptens, gegen die aus dem 6-Tage-Krieg resultierende israelische Okkupation des Sinai vorzugehen. Die Armeeführung drängte auf eine rasche Wiederherstellung ihrer Kampfkraft, was wieder einmal nur durch sowjetische Unterstützung erreicht werden konnte. Die Mobilisierung für einen erneuten Krieg mit Israel bedeutete, dass die Sowjetunion ihren Einfluss in Ägypten wieder vergrößern konnte, und der Armee weiter ein großer Anteil staatlicher Ressourcen zur Verfügung gestellt wurde: „*[T]he military remained the most privileged of state organizations as Egyptians prepared for a decisive battle with Israel.*“ (Cook 2007: 67)

Der ab 1969 geführte Abnutzungskrieg gegen Israel stellt noch einmal den Versuch Nassers dar, Israel militärisch zu besiegen und die Krisenerscheinungen im eigenen Land durch einen Krieg zu überdecken. Die Auseinandersetzung war in jeder Hinsicht kostspielig, die Verteidigungsausgaben als Anteil des Bruttonationalprodukts stiegen in dieser Phase konstant auf rund 13%, nachdem sie in den 50er Jahren meist um die 6% lagen. Die Verteidigungsausgaben, die 1973 sogar auf über 30% anwuchsen, entwickelten sich zu einer großen Belastung und führten dazu, dass die Regierung andere Investitionen nur noch in eingeschränktem Maß durchführen konnte (vgl. Barnett 1992: 81, 105 f.). Die nötigen Ressourcen für die Kriege der 60er Jahre konnten nur durch eine internationale Strategie finanziert werden. Diese bestand darin, sich immer stärker an die Sowjetunion anzubinden, die im Gegenzug günstige Kredite und billige Waffen zur Verfügung stellte. Diese Strategie ging aber zu Lasten der eigenen Wirtschaft, da der Import sowjetischer Güter, die mehr als nur Rüstungsgüter umfassten, oft billiger war, als die Produktion im eigenen Land voranzutreiben. Die Prioritäten des Regimes, das bis zur Niederlage von 1967 ein größtenteils militärisches war, lagen dennoch stärker beim Aufbau einer starken Armee als darin, die Wirtschaft zu stärken (vgl. ebd. 106).

Der Abnutzungskrieg erzielte auch nicht das erhoffte Ergebnis, das israelische Militär zu den Positionen von vor 1967 zurückzudrängen. Ägypten akzeptierte 1969 dann den *Rogers Plan*, der dem *War of Attrition* vorerst ein Ende setzte. Damit war das letzte Aufbäumen der Idee des Panarabismus in Ägypten endgültig beendet. Nasser kam nun angesichts der ökonomischen Schwierigkeiten, die durch die militärische Niederlage verursacht wurden, immer stärker unter Druck. Die Entwicklungsbemühungen konnten angesichts der wenig

vorhandenen Ressourcen nicht aufrechterhalten werden. Mit dem Tod Nassers 1970 und der Machtergreifung eines der wenigen Mitglieder der Freien Offiziere, die noch zur zentralen Elite gehörten, Anwar Sadat, beschleunigte sich die anbahnende Transformation des politökonomischen Systems beträchtlich (vgl. Hinnebusch 1985: 36 ff.).

5 Ägypten unter Sadat – neue Allianzen und der Wandel der Armee

Der Übergang von Nasser zu Sadat war nicht friktionslos. Es entbrannte ein veritabler Machtkampf um die politische Führung in Ägypten, der hauptsächlich zwischen zwei Lagern ausgetragen wurde: Auf der einen Seite stand Vizepräsident Anwar Sadat, unterstützt von vorwiegend konservativen, aber wenig organisierten Kräften in der Einheitspartei ASU, auf der anderen Seite die nasseristischen Kräfte, die ihre Basis in den Reihen der Freien Offiziere hatten und von General Ali Sabri angeführt wurden. Die letzteren unterstützten einen Kurs, der sich am Nasserismus der 60er orientierte, an einer harten Haltung gegenüber Israel, einer engen Allianz mit der Sowjetunion und einer Fortführung der staatssozialistischen Ausrichtung. Sadat wollte im Gegensatz dazu eine Öffnung zum Westen vollziehen und hoffte auf eine durch die USA vermittelte Normalisierung der Beziehungen mit Israel. Der Kampf um die Kontrolle der Armee sollte sich als entscheidende Variable im Machtkampf erweisen, und hier hatte Sadat die bessere Position. Der Großteil der militärischen Elite war dem konservativeren Kurs Sadats weitaus aufgeschlossener, da dieser ihren Interessen mehr entsprach als jener der linken Nasseristen. Die Transformation der militärischen Elite zu einem Teil der Bourgeoisie, die sich unter Nasser bereits abgezeichnet hatte, kam nun zum Tragen. Auch die technokratische Elite war Sadat viel stärker zugewandt, da sie sich unter ihm bessere Karrieremöglichkeiten erhoffte. Am Höhepunkt des Machtkampfes versuchte Kriegsminister Fawzi, ein Unterstützer Sabris, die Militärführung davon zu überzeugen, dass es unter Sadat zu einer Kapitulationserklärung gegenüber Israel kommen würde, was nicht dem Interesse der Armee entsprechen konnte. Generalstabschef Sadiq aber verkündete, dass sich die Armee nicht in die Politik einmischen würde (vgl. Hinnebusch 1985: 40 ff.). Hinnebusch argumentiert, dass die Nichteinmischung der Armee ein erster Schritt in der partiellen Institutionalisierung politischer Herrschaft in Ägypten darstellt: *„Another indicator of partial institutionalization [of the Presidency] was the minor role of the military and of coercive politics in the conflict. [...] This depoliticization of the military was a watershed in Egypt’s evolution away from ‘praetorianism’.”*(1985: 45).

Die Machtübernahme Sadats führte zu einem weitreichenden Bruch mit dem Nasserismus, dessen Legitimität mit dem Tod Nassers ein jähes Ende gefunden hat. Die Anbindung an den sozialistischen Block, der Versuch einer radikalen Modernisierung der Wirtschaft, erzielte nicht die gewünschten Erfolge, weshalb weder die Armee noch die breiten Massen, allen voran die Bauern- und Arbeiterschaft für eine Fortführung des Nasserismus einstanden.

5.1 Korrektivrevolution unter Sadat

Die Absicherung der Macht nach innen gelang Sadat dadurch, dass er zu Beginn seiner Präsidentschaft alle relevanten Gruppen bei der Besetzung wichtiger Posten berücksichtigte. Dennoch fehlte ihm die Legitimität in der Bevölkerung, die Nasser noch in einem größeren Maß genossen hatte. Er hatte weder das Charisma noch die rhetorischen Fähigkeiten, um die Massen für sich zu gewinnen, was ihn dazu veranlasste, eine neue Machtbasis in der Bevölkerung zu suchen. Ein erster Schritt war ein veränderter Umgang mit den religiösen Gruppen, insbesondere der Muslimbruderschaft. Er entließ viele der unter Nasser verhafteten Muslimbrüder aus der Haft und ermöglichte islamischen Gruppierungen wieder aktiv zu werden (vgl. Hinnebusch 1985: 50). Die Wende im Umgang mit religiösen Aktivisten spiegelt sich auch in 1971 verabschiedeten Verfassung wider, in der der Islam nicht nur wie zuvor als Staatsreligion bezeichnet wird, sondern das islamische Recht (shari'a) zur zentralen Quelle der Rechtssprechung erhoben wurde (vgl. Cook 2007: 68). Mit der Zuwendung zum religiösen Establishment erhoffte sich Sadat ein Erstarken linker Gruppen zu verhindern. Die linken Kräfte versuchte Sadat aber ebenfalls zu beschwichtigen und zu inkludieren, indem er sie in die Regierung einband und ihnen Ministerposten zugestand. Der größte Unterschied zu Nassers Ära lag aber zweifellos im Umgang mit der ägyptischen Bourgeoisie. Er versuchte die Bourgeoisie im Zuge seiner Korrektivrevolution stärker mit einzubeziehen, indem er ihr eine Reihe von Zugeständnissen machte, da er sie als die strategisch wichtigste soziale Kraft in Ägypten betrachtete. Dies beinhaltete die Rückgabe beschlagnahmter Güter, die Lockerung der politischen Isolation reicher Familien, denen politische Aktivitäten wieder erlaubt wurden, sowie die Wiederernennung von Richtern, die unter Nasser auf Grund ihrer Verteidigung der Eigentumsrechte und persönlicher Freiheiten abgesetzt wurden (vgl. Hinnebusch 1985: 50).

All diese Maßnahmen waren aber nicht ausreichend, um seine Autorität zu festigen. Der Ruf nach einem erneuten Vorgehen gegen Israel, das nach wie vor den Sinai besetzt hielt, war allgegenwärtig. Nicht nur die Armee drängte auf einen erneuten Krieg um ihre Ehre nach den Niederlagen in den 60ern wiederherzustellen, auch der Druck der Öffentlichkeit nahm stetig zu, insbesondere als Sadat das Jahr 1971, das er als das Jahr der Entscheidung in Bezug auf das weitere ägyptische Vorgehen bezeichnete, ohne nennenswerte Aktionen verstreichen ließ. Die Unzufriedenheit der Massen entlud sich in wütenden Protesten, angeführt von einer in dieser Frage geeinten Studentenschaft. Sadat befürchtete, dass sich die Proteste auch auf die Armee übergreifen könnten, was angesichts der Teilnahme junger Offiziere an den teils gewalttätigen Demonstrationen nicht unwahrscheinlich schien. Die Armee machte ihre Unzufriedenheit gegen die nachwievor starke Anbindung an die Sowjetunion deutlich, deren

Unterstützung in ihren Augen unzureichend war um das von den USA unterstütztem Israel militärisch herauszufordern. In den Augen vieler Militärs war die ungenügende Bereitstellung moderner Waffensysteme ein Hauptgrund für die Niederlage von 1967. Vor allem Kriegsminister Sidqi kristallisierte sich als ein vehementer Widersacher Sadats heraus und wurde nachdem Sadat den Großteil der sowjetischen Militärberater 1972 des Landes verwiesen hatte (die allerdings vor dem Oktober-Krieg teilweise wieder zurückkehrten) und so die Armee und die Öffentlichkeit besänftigen konnte, sofort abgesetzt (vgl. Hinnebusch 1985: 50 ff.). Diese Aktion markierte den Auftakt für eine Reihe von Absetzungen und Verhaftungen, die Sadat gegen Teile der alten nasseristischen Machtelite in der Armee anordnete. Zum prominentesten Opfer gehörte der anfangs angesprochene Ali Sabri, einer der letzten Mitglieder der Offiziersjunta, die 1952 König Farouk gestürzt hatten. Es folgte der Austausch führender Geheimdienstoffiziere, was wiederum zu einer Rücktrittswelle von Ministern und ASU-Mitgliedern führte (vgl. Müller-Mellin 2012: 83). Sadat festigte seine Macht zwar in den Institutionen des Staates, um seiner Herrschaft aber größere Legitimität zukommen zu lassen und die Armee wieder zu einem loyalen Teil des Regimes zu machen musste er eine Konfrontation mit Israel suchen.

5.2 Der Oktober-Krieg als Endpunkt bilateraler Kriege

Sadat zögerte lange, eine militärische Option gegen Israel in Betracht zu ziehen. Dies war auch auf das Fehlen der nötigen Waffen zurückzuführen, hatte Ägypten doch einen Großteil seines Arsenal an schweren Waffen im 6-Tage-Krieg verloren. Er intensivierte seine Bemühungen, die USA dafür zu gewinnen, eine politische Lösung für den seit dem 6-Tage-Krieg von Israel besetzten Sinai zu erreichen. Diese Versuche erwiesen sich letztendlich als vergeblich, und Sadat brachte nun die Option des *limitierten Kriegs* ins Spiel. Es sollte einen begrenzten Vorstoß geben, der Israel zeigen sollte, dass Ägypten in der Lage wäre, seine Sicherheit zu gefährden, um dann aber auf eine diplomatische Lösung zu hoffen. Seine Strategie orientierte sich am Verlauf der Suez-Krise, als ebenfalls eine diplomatische Intervention die Kampfhandlungen beendete und Ägypten davon profitieren konnte. Die Armeeführung hingegen versuchte den Präsidenten davon zu überzeugen alles auf die militärische Karte zu setzen und einen Zermürbungskrieg auf dem Sinai zu suchen. Letztendlich wurde eine durchaus offensive Strategie gewählt, doch befürchtete die Armeeführung bereits, dass Sadat die Operation während ihres Verlaufes abbremsen könnte (vgl. Kandil 2012: 126).

Im Oktober 1973 hatte Ägypten 1,2 Millionen Soldaten mobilisiert und war durch die wieder aufgenommene sowjetische Unterstützung besser ausgerüstet als je zuvor (vgl. Barnett 1992: 125). Das alliierte Syrien hatte seine Armee ebenfalls zusammengezogen und bereitete sich auf einen zeitlich abgestimmten Angriff auf die Golan-Höhen vor. Am Morgen des 6. Oktober begann die ägyptische Luftwaffe mit ihren Angriffen auf israelische Stellungen. Es folgte eine der größten Übersetzungen in der Militärgeschichte und die ägyptische Armee drang, nach dem Durchbruch durch die *Bar-Lev*-Linie, schneller als erwartet in Richtung der strategisch wichtigen Passhöhen auf dem Sinai vor. Israel wurde völlig überrascht und Ägypten hätte laut Meinung vieler Beobachter rasch weiter Richtung der Passhöhen und später bis Israel vorrücken können. Doch Sadat agierte, wie von den Offizieren befürchtet, und befahl den Stopp der Offensive am 9. Oktober. Die ägyptische Armee war noch nicht weit genug in Richtung der Passhöhen vorgedrungen und somit einem Gegenangriff der Israelis relativ schutzlos ausgeliefert. Sadats Berater und auch Verbündete im Ausland zeigten sich irritiert angesichts des Stopps der Offensive und warnten davor, dass ein israelischer Gegenangriff nur eine Frage der Zeit sei (vgl. Kandil 2012: 126 f.).

Sadat did not aspire to a straightforward military victory, but wanted to use the war to spark a serious-enough crisis to convince the United States that the regional situation was too dangerous to remain unsolved. To achieve this goal, there was no need to push any further across Sinai. (Kandil 2012: 129)

Sadat setzte sich in dieser Phase mehrmals mit dem US-Außenminister Henry Kissinger in Verbindung, um die Position der USA für eine friedliche Lösung der Sinai-Frage auszuloten. Die Information, Ägypten habe keine Absichten weiter vorzurücken, erreichte auch Israel, die sich durch diesen Informationsvorsprung auf eine Strategie festlegen konnten, die vorsah, alle Kräfte an einer Front zu bündeln und sich später dann der anderen zuzuwenden. Zusätzlich begannen die USA Israel mit umfangreichen Waffenlieferungen zu unterstützen, die die israelischen Verluste der ersten Tage mehr als kompensierten und ihre Angriffskapazität wiederherstellten. Ab diesem Zeitpunkt wendete sich das Blatt wieder zu Gunsten Israels, das in einer Gegenoffensive den Suezkanal überqueren konnte und die taktisch schlecht agierenden ägyptischen Truppen wurden so von der Versorgung abgeschnitten. Am 22. Oktober kam es auf Druck der beiden Großmächte USA und UDSSR zur Verabschiedung eines Waffenstillstands (vgl. Cook 2012: 132 ff).

Das Ergebnis des Krieges wurde wie so oft in der ägyptischen Geschichte, auf eigene Weise interpretiert. Trotz der drohenden Niederlage, die nur durch den Waffenstillstand abgewendet werden konnte, wurden das Überschreiten des Kanals und der Durchbruch durch die als

unüberwindbar geltende *Bar-Lev*-Linie als großer militärischer Erfolg gefeiert. Der erste Teilerfolg einer arabischen Armee gegen die in der Region als unbesiegbar geltende IDF (*Israel Defense Forces*) überwog gegen das insgesamt taktisch schlechte Agieren und Sadat wurde in der arabischen Welt zum *Hero of the Crossing*, was ihm für seine Intention, die ideologische Ausrichtung und die Entwicklungsrichtung des Staates zu verändern, zusätzlichen Rückhalt gab (vgl. Cook 2012: 132 ff.).

5.3 Das Wesen der Infitah-Politik

Nachdem er gestärkt aus dem Oktoberkrieg hervorgegangen war, konnte Sadat das Projekt der Infitah-Politik weiter fortsetzen. Die Öffnungspolitik Sadats hatte sowohl eine politische wie auch eine ökonomische Dimension, die in Sadats Oktober-Papier vom April 1974 präsentiert wurde. Die politische Liberalisierung nahm ihren Anfang innerhalb der ASU, in deren Rahmen die Bildung von lose strukturierten Meinungsforen beschlossen wurde. Die Anträge für die Gründung solcher Foren waren so zahlreich, dass es zu einer Begrenzung auf drei Hauptforen kam, die im Wesentlichen das grobe politische Spektrum zwischen *Rechts*, *Mitte* und *Links* repräsentieren sollten. Der Handlungsspielraum dieser einzelnen Foren war streng begrenzt, und nur das regierungsnahen Forum der Mitte verfügte über die notwendigen Mittel für eine politische Arbeit, da sie von der ASU unterstützt wurde (vgl. Krämer 1986: 46 ff.). Die ersten Wahlen zur Volksversammlung, die nach dieser Reform abgehalten wurden, dominierte die regierungsnahen Mitte, die *Arab Socialist Organization* (ASO), deutlich. Die darauf erfolgende Ankündigung von Seiten Sadats, die einzelnen Foren als eigenständige Parteien zuzulassen, war eine große Überraschung und der Beginn einer politischen Liberalisierung, die allerdings in einem engen Rahmen vorstättenging. Als Sadats Intention hinter dieser Entscheidung, wird sein Bemühen gesehen, Ägypten als reformorientierten Partner des Westens zu positionieren, gleichzeitig aber auch eine „loyale“ Opposition zuzulassen. Die nun zugelassenen Parteien, neben der regierungstreuen ASO, die *Socialist Liberals* und die *National Progressive Union* erwiesen sich aber als weniger loyal als antizipiert und forderten Sadat stärker heraus als ihm lieb sein konnte (vgl. Cook 2012: 140). Sadat reagierte darauf mit der 1977 erfolgten Verabschiedung des Gesetz Nr. 40, das die Einheitspartei ASU endgültig auflöste und den bereits zugelassenen Parteien mit mindestens zehn Parlamentsabgeordneten Rechte zugestand, wie etwa das Recht Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Dieses Gesetz markiert somit den Übergang vom Ein- zum Mehrparteiensystem, gab den bereits zugelassenen Parteien aber auch klare Grenzen vor, innerhalb derer sie sich

zu bewegen hatten (vgl. Krämer 1986: 48 f.). Dieser Schritt ging mit einer weiteren Restriktion gegenüber der Zulassung neuer Parteien einher. So war es zum einen verboten, Parteien aus der vorrevolutionären Zeit wiederzubeleben und zum anderen war es durch die Erfordernis, 20 Parlamentsabgeordnete für eine Parteigründung zu gewinnen, für neue Kräfte fast unmöglich sich zu konstituieren (vgl. ebd.). Die zusätzlich erfolgte Etablierung des Parteienkomitees (*Committee for the Affairs of Political Parties*) und das Gesetz Nr. 40 waren vorerst ausreichend, um die politische Arena zu kontrollieren und die besondere Stellung der 1978 in National Democratic Party umbenannten Regime-Partei weiterhin zu gewährleisten. „*Rather than a means of fostering greater political participation and representation, Law 40 became a mechanism of political control.*“ (Cook 2007: 69)

Die politische Liberalisierung erfolgte also in einem sehr eingeschränkten Rahmen. Zwar kam es zur Zulassung neuer Parteien wie der *Umma-Partei* und der *Neo-Wafd*, zu einer nachhaltigen Pluralisierung der politischen Landschaft kam es auf Grund der Restriktionen aber nicht (vgl. Krämer 1986: 49). Der ökonomische Aspekt der *Infitah* hatte für die Bevölkerung wesentlich weitreichendere Folgen. Der Ausbau der Beschäftigung im Staatssektor, der sich unter Sadat sogar noch verstärkte, kam in erster Linie einer sich entwickelnden Mittelschicht zu Gute, auf deren Basis er seine Macht ausbauen wollte. Die ärmsten Schichten konnten hingegen von dieser Politik nicht profitieren und gerieten durch den Abbau staatlicher Subventionen sogar noch stärker unter Druck (vgl. Kandil 2012: 159).

Der von Sadat angestrebte Bruch mit dem sozialistischen Modell Nassers in der Wirtschaftspolitik führte zu einer zunehmenden Öffnung für Auslandsinvestitionen und Maßnahmen zur Handelsliberalisierung. Die ersten Schritte dafür wurden durch das Gesetz Nr. 43, das Ägypten für Auslandsinvestitionen in nahezu allen Bereichen öffnete, gelegt und durch das Gesetz Nr. 118 komplementiert, das staatliche Handelsregulierungen für alle Waren, mit Ausnahme weniger Grundgüter, beseitigte. Ferner wurde das Währungssystem liberalisiert und ausländischen Investoren wurden Garantien gegeben, dass es zukünftig zu keinen Nationalisierungen kommen werde. Diese Maßnahmen gingen mit der Beseitigung staatlicher Interventionsmechanismen einher. Es wurden nicht nur staatliche Subventionen für Lebensmittel gestrichen und die Kontrolle von Preisen aufgegeben, sondern auch Einkommensobergrenzen abgeschafft (vgl. Hinnebusch 1985: 272 f.). Das Hauptziel dieser Maßnahmen war es, Ägypten für ausländische Investitionen attraktiver zu machen, „*to spark an economic take-off.*“ (ebd. 273)

Die Ergebnisse dieser Politik, das zeigte sich gegen Ende der 70er Jahre, war größtenteils ernüchternd und führte nicht zu einer wirtschaftlichen Entwicklung, die der stark wachsenden Zahl der Ägypter, die auf den Arbeitsmarkt drängte, ausreichend Jobmöglichkeiten bieten konnte. Untersuchungen zufolge wurden durch die Infitah-Politik nur 20.000 neue Jobs geschaffen (vgl. Hinnebusch 1985: 272). Gleichzeitig kam es zu einer massiven Auswanderungswelle von Ägyptern, die vor allem in die ölreichen Golfstaaten emigrierten und deren Rücküberweisungen sich zu einer wichtigen Devisenquelle entwickelten. Der negative Aspekt an dieser Entwicklung war allerdings, dass es sich hierbei um größtenteils gut ausgebildete Arbeiter und Fachkräfte handelte, die den ägyptischen Entwicklungsbemühungen nun fehlten (vgl. ebd. 276).

Insbesondere die Hoffnungen, ausländisches Kapital für Investitionen in kapitalintensive Bereiche zu gewinnen und Kairo zu einem internationalen Finanzplatz zu machen, konnten nicht erreicht werden. Nur Auslandsunterstützungen stellten während der 70er eine konstant ansteigende Kapitalquelle dar. Bis zum Friedensschluss mit Israel erwiesen sich insbesondere arabische Staaten als verlässlicher Unterstützer Ägyptens. In der Phase von 1974 bis 1978 betrug die finanziellen Hilfen mehr als sieben Milliarden US-Dollar. Die Unterstützung von westlicher Seite konnte, nachdem sich die arabischen Staaten von Ägypten abgewandt hatten, den Wegfall weitestgehend kompensieren. Die Kehrtwende in der Außenpolitik führte auch dazu, dass andere Einkommensquellen, darunter der Suezkanal, der Ölsektor (insbesondere durch die Rückerlangung des Sinai nach 1979) und Einnahmen aus dem Tourismus erhöht werden konnten. Die gestiegenen staatlichen Einnahmen unterstützten den expansiven Kurs der Regierung bei Investitionen und Konsum. Der Anstieg war allerdings so massiv, dass Ägypten gegen Ende der 70er große Zahlungsbilanzschwierigkeiten bekam und der Schuldenstand sich innerhalb eines Jahrzehnts von 1,7 Milliarden (1970) auf 12,5 Milliarden US-Dollar (1980) vergrößerte (vgl. Hinnebusch 1985: 276 f.). In dem massiven Schuldenstand sieht Raymond Hinnebusch auch Parallelen zur Ära von Khedive Ismail: *„Although his creditors were unlikely to foreclose on Sadat as they did on Khedive Ismail, such massive dependence made the country extremely vulnerable to outside pressure.“* (ebd.)

5.3.1 Zäsur in der Außenpolitik nach dem Oktoberkrieg

Der Oktoberkrieg hatte zwar das Ansehen der Armee im Land wieder erhöht, das Verhältnis zwischen Sadat und der Armeeführung blieb allerdings angespannt. Die fast bedingungslosen Versuche Sadats, Ägypten als Partner der USA zu positionieren und die meisten Forderungen zu Gunsten Israels zu akzeptieren, stießen innerhalb der Armeeführung auf Unverständnis und führten zu dem Gefühl, Sadat opfere die wieder gewonnene Stärke der ägyptischen Armee für ein gutes Verhältnis zu den USA. In den Jahren nach dem Oktoberkrieg tauschte Sadat beinahe die ganze militärische Führungsriege aus, die, wie etwa Verteidigungsminister Gamasy, zunehmend auch öffentlich Kritik am Präsidenten übten (vgl. Kandil 2012: 143 f.). Während die Offiziere um Gamasy dem radikalen außenpolitischen Kurswechsel kritisch gegenüberstanden, gab es auch eine Gruppe innerhalb der Armee, die die Anbindung an die Sowjetunion ablehnte. Sadat schaffte es diese Teile der Armee an sich zu binden und sich so gegen die Kritiker um Ali Sabri durchzusetzen. *„The Sabri group’s subordinates chose Sadat over their own immediate superiors less from personal preference than as a vote against leftwing radicalism and the Soviet alignment.”* (Hinnebusch 1985: 45) Die Anbindung an die Sowjetunion war nicht nur innerhalb der Armee zunehmend unpopulär geworden. Der Oktoberkrieg, der den nationalen Ruf nach einer militärischen Wiedergutmachung erfüllt hatte, bot nun die Gelegenheit, sich außenpolitisch neu zu orientieren.

Nach dem Sinai I-Abkommen,²⁰ ein Jahr nach dem Oktoberkrieg, nahmen die USA ihre Wirtschaftshilfe für Ägypten wieder auf. Diplomatische Verhandlungen für eine Normalisierung der Beziehungen waren, nachdem sie 1967 von ägyptischer Seite abgebrochen worden waren, diesem Schritt der USA vorausgegangen. Einen zunehmenden Auftrieb erhielten die US-ägyptische Beziehungen, nachdem der Kongress dem Wunsch Präsident Nixons entsprochen hatte und 250 Millionen US-Dollar für Entwicklungshilfe freigab. Bis zum Camp-David Abkommen 1979 erhöhte sich das Engagement der USAID in Ägypten kontinuierlich. *„On the eve of the peace treaty with Israel in March 1979, aid to Egypt was greater than that to all of the rest of Africa and Latin America.”* (Cook 2012: 219)

Das erste Sinai-Abkommen verdeutlichte Sadats Willen, sich dem Westen verstärkt zuzuwenden. 1975 wurde das Sinai II-Abkommen abgeschlossen, was de facto das Ende ägyptischer Unterstützung für die panarabischen Versuche bedeutete, Israel zum Abzug aus

²⁰ Das Sinai I-Abkommen wurde am 18. Januar 1974 abgeschlossen und beinhaltete einen Rückzug der israelischen Armee auf eine Linie 90km östlich des Suezkanals. Es bestimmte auch die Anzahl und Stellungen der ägyptischen Armee im Sinai und die Stationierung einer UN-Friedenstruppe zur Überwachung der entmilitarisierten Zone zwischen den beiden Parteien (vgl. Cook 2012: 143).

den besetzten Gebieten zu bewegen. Sadats außenpolitischer Alleingang führte aber auch zum Ende der ägyptischen Führungsrolle im arabischen Raum (vgl. Hinnebusch 1985: 56).

5.3.2 Die USA im Nahen und Mittleren Osten

Die sich in den 70ern entwickelnde Allianz zwischen Ägypten und den USA ist aber nicht alleine auf die Entscheidungen Einzelner zurückzuführen, sondern nur vor dem Hintergrund geopolitischer Veränderungen zu verstehen, die sich ab Ende der 60er im gesamten Nahen und Mittleren Osten vollzogen und die US-amerikanische Strategie in Bezug auf die Region nachhaltig veränderten.

Die USA entwickelten schon während des Zweiten Weltkriegs Strategien, die sich um die Frage drehten, wie der ölreiche Nahe und Mittlere Osten zukünftig in den US-Einflussbereich eingebunden werden könnte. Die Bedeutung des Erdöls für den globalen Kapitalismus und die große Bedeutung der Region für die zukünftige Versorgung mit dieser Ressource bestimmten die US-Strategie. Hierbei ging es nicht so sehr um die eigene Versorgung mit Öl, die noch zu großen Teilen durch eigene Produktion gedeckt werden konnte, sondern darum, die Versorgung des US-amerikanischen Einflussbereiches, insbesondere Westeuropas und Japans zu sichern. Dadurch sollte der für eine US-Hegemonie notwendige Wachstumskurs in der kapitalistischen Welt eingeleitet werden. „*Specifically, control over the Middle East oil reserves [...] was required in order that US possession of low-cost Middle East oil could underpin European (and Japanese) recovery.*” (Bromley 1991: 106)

Die US Ölkonzerne waren sozusagen die Vorhut des amerikanischen Einflusses, der sich insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkte und sich in konstant wachsenden Förderkonzessionen in den Ländern der Region ausdrückte (vgl. Bromley 1991: 112). Die Suez-Krise, die Unterstützung Israels sowie die zunehmend enge Allianz mit Saudi-Arabien und dem Iran führten dazu, dass die USA bis in die 70er Jahre ihren politischen und ökonomischen Einfluss weiter ausbauen konnten. Dies war nicht zuletzt dem 6-Tage-Krieg 1967 geschuldet, der eine weitere Desintegration der arabischen Staaten zur Folge hatte. Im Anschluss orientierte sich die US-Außenpolitik in der Region an der *Nixon-Doktrin*, deren Ziel es war, das eigene militärische Engagement zurückzufahren und stattdessen alliierte Staaten stärker für die Absicherung der US-Interessen einzubinden, was mit einer militärischen Aufrüstung dieser Staaten einherging (vgl. ebd. 116 f.) und generell zu einer gestiegenen Militarisierung in vielen arabischen Staaten führte. „*Nixon’s policy of building up regional clients suited oil-rich Middle East states such as Iran and Saudi Arabia admirably,*

as they could recycle dollars earned through oil production for US-supplied weaponry.” (ebd. 117)

Warum war Ägypten in den Augen der US-Außenpolitik plötzlich so wichtig geworden? Natürlich waren die USA daran interessiert, dass sich die ägyptisch-israelischen Beziehungen normalisierten. Die Aufnahme der militärischen Zusammenarbeit ab 1979 ist aber auch im Licht politischer Veränderungen zu sehen, die dem Streben der USA nach einer hegemonialen Rolle im Nahen Osten zuwiderliefen. Im Iran kam es zur Revolution, die zum Sturz des iranischen Shah, ein enger Alliiertes der USA, führte und einer US-feindlichen Führung unter Ayatollah Khomeini weichen musste. Im Kontext der im selben Jahr begonnenen Afghanistan-Intervention der Sowjetunion, waren die USA bemüht, ihre militärische Präsenz in der Region als Gegengewicht zur Sowjetunion weiter auszubauen (vgl. Müller-Mellin 2012: 98).

Die Militärhilfen, die nach 1979 die amerikanischen Wirtschaftshilfen ergänzten und diese ab 1981 sogar übertrafen, als sie von rund 550 Millionen auf konstante 1,3 Milliarden US-Dollar angestiegen waren, sollten Ägypten als langfristigen Partner sichern und eine Stationierung amerikanischer Truppen in Ägypten ermöglichen. So drängten die USA ab 1980 auch darauf, als Gegenleistung für die Militärhilfen, ein Nutzungsrecht für den Marine- und Luftwaffenstützpunkt *Ras Banas* zu erhalten (vgl. Müller-Mellin 2011: 99 f.). Dies war eine direkte Folge der von den USA seit 1980 verfolgten *Carter-Doktrin*, in der die USA wieder verstärkt auf die eigene militärische Stärke setzten, um Entwicklungen zu begegnen, die ihre Vormachtstellung in der Region gefährdeten (vgl. Hanieh 2011a: 50). Sadat lehnte eine ständige Stationierung zwar ab, da er den erlittenen Prestigeverlust in der arabischen Welt nach dem Camp-David-Abkommen nicht noch vergrößern wollte. Später rückte man von der Weigerung ab und gestand der neu geschaffenen *Rapid Deployment Joint Task Force* (RDF)²¹ der US-Streitkräfte ein temporäres Nutzungsrecht zu. Diese neu geschaffene Einheit war das Ergebnis strategischer Überlegungen der USA, eine schnell einsetzbare Spezialeinheit zu schaffen und in Gegenden zu stationieren, in denen die Sowjetunion versuchte militärisch Fuß zu fassen. Ab 1981 wurde die sich entwickelnde strategische und militärische Partnerschaft

²¹ Die RDF wurde 1983 in die US Central Command (CENTCOM) eingegliedert (vgl. Hanieh 2011a: 51). Für eine nähere Auseinandersetzung mit der CENTCOM und der militärischen Präsenz der USA in der Region verweise ich auf Hanieh (2011a).

mit Ägypten durch das alle zwei Jahre stattfindende Militärmanöver *Bright Star*²² weiter gestärkt (vgl. Müller-Mellin 2011: 99 ff.).

5.3.3 Die Suche nach einer neuen populären Machtbasis

Der kontinuierliche Bruch mit den Prinzipien des von Nasser geprägten Sozialismus erforderte die Etablierung einer neuen Machtbasis im Land. Diese Bemühungen waren besonders von zwei Strategien geprägt: Zum einen forcierte Sadat die Betonung des islamischen Charakters Ägyptens und stärkte die Position religiöser Institutionen im Land, zum anderen suchte er in der ägyptischen Bourgeoisie einen Partner für die Umsetzung seiner Politik.

Die stärkere Bezugnahme auf den Islam erfuhr ihren Niederschlag in der neu verabschiedeten Verfassung von 1971, in der die Prinzipien der Scharia zur zentralen Quelle ägyptischen Rechts erhoben wurden (vgl. Cook 2012: 124). Zur selben Zeit verkündete die Regierung, dass die im Zuge der Landreform von 1969 enteigneten Grundbesitzer entschädigt würden. Ein weiteres Zeichen für die fortan verfolgte Inklusion der Bourgeoisie und Landbesitzer war die Ernennung seines Freundes Sayid Marei zum Vorsitzenden des Exekutivkomitee der ASU. „*Marei was [...] a landowner, which was important in Sadat's overall strategy to develop the landowning class as a pillar of political support.*” (Cook 2012: 124)

Im seit Nasser verfolgten, repressiven Politik des Staates gegenüber den Muslimbrüdern, kam unter Sadat zu einem Wandel. Historisch gesehen stellt sich Sadats Verhältnis zur Bruderschaft als wechselhaft dar. In den 1940ern hatte er noch engere Kontakte zu Hassan al-Banna, dem Gründer der Bruderschaft unterhalten. In der Ära Nassers fungierte Sadat als Vorsitzender des *Islamic Congress*, welcher wenig erfolgreich die Inklusion der religiösen Gruppen zur Aufgabe hatte, sowie als Richter im Volkstribunal, dessen Urteile zu langjährigen Haftstrafen vieler Brüder führten (vgl. Cook 2012: 124).

Die zunehmende Bedeutung der Religion, die mit Sadats Machtergreifung einsetzte, ist nicht nur mit seiner Politik zum Aufbau einer neuen Legitimationsbasis in der Bevölkerung zu erklären, sondern Ausdruck längerfristiger Entwicklungen, die den seit 1930 vorherrschendem Liberalismus ägyptischer Prägung diskreditierten und einen allgemeinen

²² Das Bright-Star-Manöver gilt als eines der größten Militärmanöver überhaupt. Neben den NATO-Armeen nehmen auch die Armeen von Kuwait, Jordanien und Saudi Arabien regelmäßig daran teil (vgl. Müller-Mellin 2011: 101).

Wandel kultureller Orientierung einläuteten. Der kulturelle Liberalismus, der eng mit dem Nasserismus der 50er und 60er verbunden war und der Religion im öffentlichen Diskurs nur wenig Platz einräumte, geriet nach der Niederlage von 1967 in eine Legitimationskrise und wurde durch die Rückbesinnung auf traditionelle religiöse Werte immer stärker zurückgedrängt (vgl. Osman 2010: 85 ff.). Sadat versuchte sich diese Entwicklung zu Nutzen zu machen. Die daraus abgeleitete Politik machte sich gleich zu Beginn seiner Amtszeit bemerkbar, als er vielen Mitgliedern der Bruderschaft, die unter Nasser ins Gefängnis kamen, frei ließ und die Neuauflage ihres zentralen Mediums, der Zeitung der *Al-Dawaa* (der Ruf) erlaubte. Dies war nur die erste von vielen Maßnahmen, die zu einer religiösen Neuausrichtung des Staats, seiner Institutionen und des öffentlichen Diskurses führten. Weitere Maßnahmen umfassten eine deutliche Erhöhung des Budgets der *Al-Azhar*, die Förderung religiös ausgerichteter Schulen sowie die Öffnung staatseigener Medien für Journalisten und Kommentatoren mit einer religiösen Agenda (vgl. ebd. 81). „*In less than a decade the civic nature of the Egyptian state was replaced by a quasi-Islamic one; and a liberal public discourse became predominantly religious and conservative.*” (ebd.)

Diese Politik, zusammen mit den wirtschaftsliberalen Infitah-Maßnahmen, hat letztendlich auch zum Erstarken radikaler Gruppierungen innerhalb des religiösen Spektrums geführt. Die Öffnung der ägyptischen Wirtschaft und die zunehmende Erosion sozialer Absicherung führten nicht nur zu einem gefühlten sozialen Abstieg vieler Ägypter, sondern auch zu einer Zunahme der Emigration. Vor allem Ägypter aus der Arbeiterschicht wanderten aus beruflichen Gründen aus. Die massive Auswanderung, zwischen 1974 und 1985 emigrierten mehr als drei Millionen Ägypter in die Golfstaaten, vorwiegend nach Saudi Arabien, ist laut Tarek Osman (2010: 80) zusammen mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation ein Hauptgrund für das Erstarken einer strengeren Auslegung des sunnitischen Glaubens. Gegen Ende der 70er, als die soziale Situation sich weiter angespannt hatte und Berichte über Korruption und Nepotismus allgegenwärtig waren, stiegen die Spannungen in der ägyptischen Gesellschaft weiter an. Neben den endogenen Ursachen, die zur Radikalisierung einiger Gruppierungen führten, kamen nun auch exogene dazu. Neben dem Friedensvertrag mit Israel, der von vielen als Verrat Sadats an der arabischen Sache gesehen wurde, trug auch die sowjetische Invasion Afghanistans zur weiteren Radikalisierung bei. Viele Ägypter hatten sich dem *jihad* angeschlossen und trugen nach ihrer Rückkehr zur Stärkung der islamistischen Bewegung bei. Sadats Versuch die stärkere Berücksichtigung der Religion zu seinen Gunsten zu nutzen, führte, auf Grund der aus einer religiös motivierten Perspektive nicht kohärenten Politik, insbesondere im Bereich der Außen- und Wirtschaftspolitik zu einer Radikalisierung,

der er letztendlich selbst zum Opfer fiel, als er 1981 von Angehörigen einer militanten islamischen Gruppierung erschossen wurde (vgl. ebd. 89 ff.).

5.3.4 Sadat und die Armee

Die Armee und ihre Führungselite blieb unter Sadat, trotz der zunehmenden Beteiligung nicht-militärischer Eliten am Zentrum der politischen Macht, ein wichtiger Faktor im politischen System. Aufgrund des Fehlens institutionalisierter Mechanismen für einen Machtwechsel blieb die Armee die einzige Institution im Staat, die das Potential gehabt hätte, einen solchen Wechsel herbeizuführen. Ihre anhaltende Relevanz kann aber nicht über die Veränderungen hinwegtäuschen, die in der Ära Sadats vorstättengingen. Sadat gelang es ihre Rolle im Staat zu transformieren, ohne dabei die Kontrolle über die militärische Elite zu verlieren. Raymond Hinnebusch (1985: 125) fasst die unter Sadat vollzogene Transformation folgendermaßen zusammen:

It [the Army] was turned from a dominant political actor into a professional force subordinate to legal authority, its role in policy-making, even in defense matters, radically curtailed. This was paralleled by a de-radicalization which ended the role the army had assumed since 1952 as “defender of the revolution” and of the Arab nation against imperialism and Zionism.

Sadat wurde diese Transformation durch länger gereifte Entwicklungen erleichtert, die bereits unter Nasser begannen. Viele Offiziere, darunter auch viele der Freien Offiziere in den höchsten Positionen, wandten sich zusehends vom Nassirismus ab. Es kam zu einer Verbürgerlichung der Hohen Offiziere und zu einer Entfernung von den revolutionären Idealen, denen aber auch unter Nasser schon die ideologische Kraft fehlte, um eine kohärente Führungsriege zu formen. „ [T]he army leadership underwent an *embourgeoisement* which turned it from a populist “tribune of the people” into an advocate of established interests.” (Hinnebusch 1985: 125) Die Offiziere opponierten vor allem die zunehmenden Nationalisierungen und insbesondere die zweite Landreform, die nicht den Interessen der mittlerweile oft aus der ländlichen Mittelschicht stammenden Offiziere entsprach. Die militärische Niederlage von 1967 verstärkte diesen Trend. In der von Nasser verfolgten Anbindung an den sozialistischen Block sah die militärische Elite einen Grund für die Niederlage (vgl. ebd.). In dieser Frage zeigten sich aber klare Risse innerhalb der militärischen Elite. Während eine Gruppe den prowestlichen Kurs von Anfang unterstützte, gab es auch eine nicht unerhebliche Zahl an Offizieren, die ihre Ausbildung zu einem großen

Teil in der Sowjetunion erhalten hatte, und den radikalen Kurswechsel nicht so einfach akzeptieren wollte (vgl. Müller-Mellin 2011: 83 f.).

Das Verhältnis zwischen Sadat und der Armee war immer wieder von Unstimmigkeiten geprägt. Die sozialen Spannungen, die durch die Infitah-Politik zugenommen hatten, entluden sich oft auch in gewalttätigen Protesten, in denen Sadat von der Unterstützung der Armee abhängig war. Das bekannteste Beispiel hierfür sind die im Jänner 1977 ausgebrochenen *Brotunruhen*. Auf Grund der sich gegen Ende der 70er verschärfenden makroökonomischen Schwierigkeiten Ägyptens, folgte Sadat den Empfehlungen des IWF, Subventionen für Grundnahrungsmittel wie Brot, Zucker, Öl und Bohnen zu kürzen, worauf es zu heftigen Protesten kam. Die von Sadat zu Hilfe gerufene Armee, die von Feldmarschall el-Gamasy befehligt wurde und ihr Renommee mit dem militärischen Teilerfolg von 1973 wieder hergestellt hatte, zögerte, Aufgaben der inneren Sicherheit zu übernehmen und intervenierte erst, als Sadat zustimmte, die ökonomischen Austeritätsmaßnahmen zurückzunehmen (vgl. Cook 2007: 73; Müller-Mellin 2012: 97). Auch wenn sich die Armee unter Sadat aus dem politischen Tagesgeschäft zurückgezogen hat, hatte sie, wie an diesem Beispiel gezeigt, nachwievor Möglichkeiten, den Präsidenten und dessen Politik zu beeinflussen. Gleichzeitig zeigte sich, dass Sadats gestiegene Legitimation als *Hero of the Crossing* nicht dauerhaft wirksam sein würde und zunehmend von seiner Wirtschaftspolitik mit ihren sozialen Auswirkungen sowie der unpopulären Außenpolitik im Abnehmen begriffen war (vgl. Cook 2012: 142).

Trotz der hier skizzierten *civilianization* des politischen Systems und des nicht friktionslosen Verhältnisses zwischen den Offizieren und dem politischen Regime wurden die Anstrengungen, die Armee zu modernisieren, unter Sadat sogar zusätzlich erhöht. Dieser Prozess begann in Folge des Friedensvertrages von 1979 und setzte sich später unter Mubarak fort. Die Modernisierungsbemühungen waren eine direkte Folge der Annäherung an die USA, die von nun an als größter Waffenlieferant auftraten. Die Modernisierung umfasste im Wesentlichen alle Bereiche der Armee und ging mit einer Reduktion der Mannstärke um 25% einher. Im Bereich der Infanteriewaffen sollte eine Unabhängigkeit von einzelnen Lieferanten erreicht werden. Daher wurde eine Diversifizierung bei den Waffenkäufen und den Kooperationen bei der Produktion angestrebt. Langfristig sollte es zu einer Umstellung von sowjetischen auf amerikanische Waffenmodelle kommen. Kurz darauf wurde bereits der erste große Waffenliefervertrag im Wert von 3,5 Milliarden Dollar mit den USA abgeschlossen. Die Modernisierung umfasste auch die Ausbildungsvorgaben für die Militärakademien. Alle

Absolventen mussten ab 1984 einen akademischen Grad in vorwiegend technischen Fächern erlangen (vgl. Müller-Mellin 2011: 101 f.).

Zusammenfassend kann über die Rolle der Armee unter Sadat gesagt werden, dass sie an politischer Bedeutung verloren hat. Hatten im Kabinett von 1967 noch 65,5% der Minister einen militärischen Hintergrund, waren es im letzten Kabinett unter Sadat nur noch 9,1%. Der Unzufriedenheit unter den Offizieren begegnete Sadat mit der reihenweisen Absetzung von Offizieren, in denen er eine politische Bedrohung sah. Auffallend ist auch die große Anzahl an tödlichen Unfällen in die Angehörige des Offizierskorps verwickelt waren (vgl. Kandil 2012: 146 f.). Während manche Analysten hervorheben, dass die Armee dennoch ein politisches Gewicht besaß, das sich besonders dann zeigte, wenn das Regime, wie bei den Brotunruhen 1977 herausgefordert wurde, sieht Kandil (2012: 146) eine deutliche Entmachtung der Armee unter Sadat. *„Sadat’s policies during the seventies pushed the military to the point of oblivion and downgraded its political influence.“*

6 US-Hegemonie und autoritärer Neoliberalismus in Ägypten

Mohammed Hosni Mubarak, hochdekoriertes General der Luftstreitkräfte, war der Kandidat der NDP für die Nachfolge Anwar Sadats, nach dessen Ermordung bei der Militärparade für den Oktoberkrieg 1981. Mubaraks Machtübernahme, die durch ein Votum (dessen Ausgang wie immer mehr als fragwürdig war) mit 98,4% bestätigt wurde, war nicht in dem Maße von den Machtkämpfen begleitet, wie sie bei der Machtübernahme Sadats zu beobachten waren. Mubarak wurde im Ausland, besonders im Westen, hoffnungsfroh begegnet, zeigte er doch gleich zu Beginn seiner Amtszeit einigen *good will*, in dem er etwa politische Aktivisten, die unter Sadat eingesperrt wurden, freiließ und sich in seinen ersten öffentlichen Auftritten aufgeschlossen gegenüber politischen und ökonomischen Reformen zeigte. Die relativ ruhige Phase, in der seine Präsidentschaft nur wenig herausgefordert wurde, änderte sich aber bald, was auch seinem Auftreten als Präsident geschuldet war. Mubaraks Führungsstärke wurde als schwach angesehen. Der Verteidigungsminister an seiner Seite, Abdel Halim Abu Ghazala, wurde schon bald als sein natürlicher Herausforderer betrachtet. Ghazala hatte weit größeren Rückhalt in der Armee (er war die treibende Kraft hinter der zunehmenden zivilwirtschaftlichen Betätigung der Armee, von der viele Offiziere profitierten), verfügte im Gegensatz zu Mubarak über Charisma und hatte exzellente Beziehungen zu den USA (vgl. Cook 2012: 155 ff.).

6.1 Neoliberale Hegemonie ab den 80ern

Die in der Ära Sadat im Zuge der Anbindung an den Westen und insbesondere an dessen Hegemonialmacht, die USA, begonnene Liberalisierungspolitik wurde unter Hosni Mubarak nahtlos weitergeführt. Hierbei lassen sich vor allem zwei Dimensionen beobachten, in denen es zu nachhaltigen Veränderungen kam. Besonders die ökonomische Dimension ist zu nennen, die durch eine in den 70ern begonnene Deregulierung geprägt war und sich zunehmend an der Politik der internationalen Finanzinstitutionen (IFI) orientierte. Einhergehend mit der Adaptierung einer verstärkt neoliberalen Wirtschaftspolitik, deren Beginn Anfang der 90er mit den Strukturanpassungsprogrammen verortet werden kann, kam es auch zu einer Transformation der staatlichen Sicherheitspolitik, die durch eine sich verstärkende Allianz mit den USA als letzte verbliebenen militärischen Supermacht geprägt war und zu einer Veränderung der ägyptischen Sicherheitspolitik führte. Die politischen Liberalisierungstendenzen, die zu Beginn von Hosni Mubaraks Amtszeit Anfang der 80er

erkennbar waren, drückten sich durch eine Tolerierung von Aktivitäten islamischer Gruppierungen und durch eine Lockerung der Repression gegenüber politischen Parteien und Oppositionsmedien aus. „*In the first decade [of his regime] Mubarak lightened the hand of the repressive state apparatus on the regime’s opponents. [...] But, like his predecessors, Mubarak never contemplated a democratic rotation of power.*” (Beinin 2009: 21) Die partielle Ausweitung politischer Freiheiten war durch den gleichzeitig bestehenden Ausnahmezustand, der seit 1967 fast durchgehend in Kraft gesetzt war, nie institutionalisiert und daher auch schnell umkehrbar. Cook (2007: 71) sieht gerade im Ausnahmezustand das Gesetz „*[that] extends military rule throughout Egypt.*“ Das Notstandsgesetz wurde immer wieder dazu genutzt, um Zivilisten vor Militärtribunale zu stellen, deren Vergehen aber keine staatsfeindlichen oder terroristischen Hintergründe hatten (vgl. ebd. 72).

In ökonomischer Hinsicht profitierte das Mubarak-Regime von einem kurzfristigen Boom in der Ölproduktion, der allerdings Mitte der 80er bereits wieder deutlich abflachte und den Druck auf das Regime von mehreren Seiten erhöhte. Die schlechte wirtschaftliche Lage führte zur Umsetzung fiskalischer Sparprogramme, die von Seiten der IFIs gefordert wurden. Diese Maßnahmen erwirkten eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft, die sich in sinkenden Löhnen und Preiserhöhungen ausdrückte. Da auch die Möglichkeiten in die Golfstaaten zu emigrieren, um zu arbeiten zunehmend wegfielen, verschärfte sich die soziale Lage der Ägypter. Das Mubarak-Regime kam nun auch im Inneren durch die Zunahme von Protesten immer stärker unter Druck. Die Streikwelle von Mitte bis Ende der 80er bewirkte die Abkehr vom moderat-liberalen Kurs und eine Rückkehr zu einer repressiven Gangart gegenüber oppositionellen Kräften (vgl. Beinin 2009: 22 ff.).

6.2 Die Veränderungen in der ägyptischen Sicherheitsarchitektur unter Mubarak

Die Entwicklung der abnehmenden politischen Rolle der Armee, die unter Sadat ihren Anfang nahm, setzte sich unter Mubarak weiter fort. Die zunehmende Beteiligung ziviler Akteure, allen voran eine neue unternehmerische Klasse um Mubaraks Sohn Gamal, an der Regierung und den abgenommene Einfluss der Offiziere nennt Droz-Vincent (2009: 221) eine „*regime civilianization à la égyptienne*“. Die innere Absicherung des Regimes wurde unter Mubarak immer mehr von paramilitärischen und der Polizei zugehörigen Einheiten übernommen. Die *Central Security Forces* (CSF) sind mit einer Anzahl von 300.000 bis 400.000 Mitgliedern die zahlenmäßig größte Einheit. Sie gehören zum Innenministerium, bilden das Rückgrat der

Sicherheitskräfte des Regimes abseits der Armee und wurden seit den 80ern vor allem für die Repression gegen die Islamisten und der Arbeiterproteste herangezogen. Einen Bedeutungsgewinn erfuhren auch die Geheimdienste, die dem Innenministerium (*Security Investigations*) oder direkt dem Präsidenten (*General Intelligence*) unterstanden. Die Armee war für die innere Absicherung des Regimes nur noch durch ihr zugehörige Spezialeinheiten relevant. Zu diesen zählen die Präsidentengarde und der Militärgeheimdienst (*Military Intelligence*) (vgl. Droz-Vincent 2009: 222). Insgesamt wuchs die Zahl der Sicherheitskräfte, die dem Innenministerium unterstanden, unter Mubarak auf ca. 1,5 Millionen an (vgl. Sayigh 2012: 6).

Die Führungselite der Armee hatte unter Mubarak nur noch in einem kleinen Ausmaß politische Funktionen inne. Die *Zivilisierung* des Regimes setzte sich fort: „*The military has lost much of its direct clout over the Egyptian political system and has been „tamed” since Sadat strongly regained control of the armed forces [...].*” (Droz-Vincent 2009: 221) Mubarak vertraute in der Repression zunehmend den oben genannten Einheiten des Innenministeriums. Dies wurde besonders sichtbar, als Mubarak in den 80ern und 90ern zu einem Schlag gegen die militanten islamistischen Organisationen, die in Ägypten mehr und mehr Fuß fassten, ausholte. Dem Innenministerium wurde bei der Verfolgung dieser Gruppen freie Hand gegeben. Die diversen Operationen führten nicht nur zu mehr als 1400 Opfern, sondern auch zu der Verhaftung von über 15.000 Mitgliedern islamistischer Gruppen. Dieser ägyptische *Anti-Terror-Krieg* ging mit der Aushebelung rechtsstaatlicher Prinzipien einher. Das Regime hatte die Möglichkeit geschaffen, Prozesse gegen Personen, die der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verdächtigt wurden, nicht mehr nur vor Zivilgerichte zu stellen, sondern auch vor Militärgerichte und eigens geschaffenen *emergency courts* (vgl. ebd. 222 f.). Der Bedeutungsgewinn des Innenministeriums und die ihm unterstehenden Polizeieinheiten lassen sich auch in der Entwicklung der Budgets für Verteidigungs- und Innenministerium ablesen. In den 90ern betrug das Verteidigungsbudget (ohne US-Militärhilfe) ca. 2,7 Milliarden US-Dollar, wohingegen das Budget des Innenministeriums nur rund die Hälfte betrug. Aktuelle Zahlen für 2012 zeigen, dass sich die Budgets beinahe angeglichen haben und 4,28 beziehungsweise 3,87 Milliarden US-Dollar betragen (vgl. Sayigh 2012: 7).

Trotz dieses Wandels in der nach innen gerichteten ägyptischen Sicherheitspolitik war die Armee auch unter Mubarak stets von entscheidender Bedeutung für die Stabilisierung des Regimes in Zeiten der Krise. Besonders beispielhaft dafür waren die Aufstände der CSF 1986. Der von 17.000 Rekruten der CSF begonnene Protest richtete sich gegen die

Verlängerung ihrer dreijährigen Dienstzeit und die allgemein schlechten Bedingungen in der Ausbildung. Das Innenministerium und CSF-Befehlshaber Faramawy zögerten gegen die eigenen Rekruten vorzugehen, da sie eine Solidarisierung zwischen den Truppen befürchteten. Nachdem Mubarak eine dreitägige Ausgangssperre verhängt hatte, befahl er seinem Armeechef Ghazala die Niederschlagung der Proteste. Das allgemein schlechte Verhältnis zwischen den beiden Institutionen staatlicher Repression schmälerte Befürchtungen, die Armee könnte die Gelegenheit für einen Staatsstreich nutzen. Manche sehen die Auflösung der Proteste mit mehr als hundert Toten als weiteren Beweis für den Verlust politischer Ambitionen der Armee und eine in diesem Sinne erfolgten Professionalisierung der Streitkräfte (vgl. Kandil 2012: 178). Die Armee blieb letztlich die entscheidende Institution des Regimes für die Aufrechterhaltung der autoritären Ordnung, wenngleich sie im Zuge der sicherheitspolitischen Reformen etwas aus dem Fokus gerückt ist. Auch Yezid Sayigh (2012: 6) sieht die Rolle der Armee im System Mubarak als eine konstant wichtige:

The rise of the „security state” was commonly assumed to have relegated the EAF to the background. However, although the greater visibility of the security services in the battle against the Islamists distracted attention from the military, their apparent primacy was something of a red herring as the EAF continued to play an indispensable role in regime maintenance.

6.3 Militärische Privilegien

Die Armee hatte unter Mubarak auch keinen wirklichen Grund, sich gegen das Regime zu stellen oder eine verstärkte politische Bedeutung zu fordern. Mubarak etablierte ein System, das vor allem höheren Offizieren und Generälen weitgehende Privilegien bescherte, wenn diese sich im Gegenzug als loyal erwiesen. Diese *Loyalitäts-Zulage* wurde insbesondere ab Anfang der 90er de facto institutionalisiert und stärkte das Patronage-Netzwerk innerhalb der ägyptischen Herrschaftselite. Generäle und Offiziere, die von der politischen Führung als wichtig erachtet wurden und die über ihre Dienstzeit uneingeschränkte Loyalität bewiesen hatten, wurden nach ihrer militärischen Karriere oft in hohe Positionen der Bürokratie oder staatseigener Betriebe gehievt. Die damit verbundenen Einkünfte überstiegen die Pensionen der Militärs um ein Vielfaches,²³ was einen hohen Anreiz für die Offiziere und Generäle darstellte während ihrer militärischen Laufbahn ein Netzwerk zu politischen Entscheidungsträgern aufzubauen und sich absolut loyal zu verhalten (vgl. Sayigh 2012: 4 f.).

²³ Laut Sayigh (2012: 5) betragen die monatlichen Pensionen von Offizieren ca. 500 US-Dollar zuzüglich einer Einmalzahlung von rund 7.000 US-Dollar. Die jährlichen Einkünfte in den höheren Positionen staatlicher Betriebe und der Bürokratie hingegen reichen von rund 17.000 bis 170.000 US-Dollar.

Dieses System unterschied sich jedoch deutlich zu jenem der 80er, welches vom damaligen Verteidigungsminister Abu Ghazala implementiert wurde und von dem auch die untere Ränge profitierten. Die finanziellen Einsparungen im Zuge der Strukturanpassung in den 80ern und die Übernahme des Verteidigungsministeriums durch Mohammed Tantawi führte zu dem oben dargestellten Patronagesystem, von dem nun vorwiegend die höheren Ränge profitierten, während Mitglieder der unteren und mittleren Ränge viele finanziellen Privilegien verloren (vgl. Sayigh 2012: 5). Gleichzeitig ist aber auch zu beachten, dass es im Zuge des Jemen-Kriegs zu einer quantitativen Ausweitung des Offizierskorps kam, die in Folge der Reduzierung der Streitkräfte auf 468.500 aktive Soldaten²⁴ nach 1979 nicht angepasst wurde (vgl. ebd.). Die Anzahl hoher Ränge in der Armee war daher entsprechend hoch, was angesichts ihrer privilegierten Stellung einen stabilisierenden Faktor innerhalb der Armee darstellte.

Die Inkorporation der Armee in das Herrschaftssystem Mubaraks ließ sich insbesondere auch auf Verwaltungsebene beobachten. Die Penetration des politischen Systems durch hohe Militärs hatte sich in dem Sinne gewandelt, dass sie nicht mehr in dem Maße höchste Posten im Staat besetzten wie unter Nasser, als ein Großteil der Ministerien und anderer wichtiger staatlicher Institutionen von Offizieren geleitet wurde. Die militärische Dominanz in Verwaltung und Politik zu jener Zeit war derart offensichtlich, dass kein Zweifel darüber bestand, dass die Armee die zentrale Machtinstitution im Staat darstellte. Der unter Sadat begonnene Wandel der *Zivilisierung* der Politik, ist für viele Beobachter auch unter Mubarak festzustellen. Bei genauem Hinsehen zeigt sich aber, dass es unter Mubarak wieder zu einer verstärkten Einbindung der Armee in Verwaltung und Bürokratie kam. Dies geschah allerdings vorwiegend auf weniger sichtbarer Ebene. Offiziere wurden nur noch selten zu Botschaftern, Minister und Kabinettsmitgliedern ernannt, wenngleich auch hier unter Mubarak wieder verstärkt Militärs zum Zug kamen, sondern sie bekleideten vorwiegend Positionen auf lokaler Verwaltungsebene und in der „zweiten Reihe“ (vgl. Sayigh 2012: 10 f.).

²⁴ Die Reserve der Armee umfasst noch einmal weitere 479.000 Soldaten. Ergänzt werden die regulären Streitkräfte durch paramilitärische Einheiten mit noch einmal 72.000 Mitgliedern (vgl. Sayigh 2012: 5).

Die oft angenommene Demilitarisierung der ägyptischen politischen Landschaft ist daher nie wirklich eingetreten, so Yezid Sayigh (2012: 11):

But the emphasis on the number of officers in high-profile posts, which is conventionally taken as an indicator of the militarization (or demilitarization) of Egyptian politics and government, obscures the number of military retirees in management positions at all levels of the civilian bureaucracy. Their number runs into many thousands, in contrast to the Nasser era, when they were concentrated in the upper ranks of those sectors and were estimated to number 1,500.

Wenn auch nicht mehr so sichtbar, die militärische Elite war unter Mubarak stets eine privilegierte Klasse, die insbesondere in der regionalen und lokalen Verwaltung, in staatlichen und staatsnahen Betrieben (siehe Kapitel 6.5.3.) aber auch im öffentlichen Dienst stark vertreten war. Müller-Mellin (2001: 36) sieht in dieser Gruppe von Generälen „den von Weber angemerkten militärischen Verwalterstab des patrimonialen Herrschers, der mit außerordentlichen ökonomischen Privilegien und hoher Finanzgewalt ausgestattet ist.“

6.4 Die militärische Allianz mit den USA

Die Allianz mit den USA, die unter Sadat im Zuge des Camp-David Abkommens 1978 eingegangen wurde, wurde unter Mubarak in vielen Bereichen weiter intensiviert. Die militärische und sicherheitspolitische Komponente ist bis heute neben der wirtschaftlichen zweifellos die wichtigste. Von den rund 2 Milliarden US Dollar, die jährlich von den USA an Ägypten überwiesen werden, entfallen 1,3 Mrd. auf den Bereich der *foreign military financing* (FMF) der USA. Der Rest fließt als ökonomische Hilfe in den ägyptischen Haushalt ein. Ägypten ist nach Israel somit Hauptempfängerland für Mittel aus dem FMF-Budget. Schätzungen zufolge werden 80% der ägyptischen Verteidigungsbudgets²⁵ aus diesen Mitteln finanziert (vgl. Marischka 2011: 248). Die USA haben allerdings nie eine vertraglich abgesicherte Vereinbarung mit Ägypten abgeschlossen. Sie haben weder einen Parteistatus im ägyptisch-israelischen Friedensvertrag noch ein offizielles Dokument, wie etwa ein bilaterales Abkommen oft verwendetes *Memorandum of Understanding*, unterzeichnet. Die jährlichen Unterstützungen müssen daher immer wieder aufs Neue vom US-Kongress abgesegnet werden (vgl. Sharp 2014: 19).

²⁵ Diese Zahl ist allerdings nicht im Einklang mit der an anderer Stelle vermuteten Höhe des Verteidigungsbudgets von 4,3 Mrd. US-Dollar für 2011/2012 (vgl. El Dine 2013: 2). 2010 erreichte das Verteidigungsbudget mit 2,2% des BIP den geringsten Wert in der Ära Mubaraks. 1980 betrug es noch 19,5% (vgl. Kandil 2012: 183).

Die Interessen der USA für die enge Kooperation sind der strategischen Bedeutung Ägyptens in die Region geschuldet. Der Friedensschluss mit Israel, die Vorbedingung für die Allianz von amerikanischer Seite, steht hierbei an erster Stelle. Eine zweite Bedingung, die an die Militärhilfen geknüpft ist, stellt der privilegierte Zugang zum Suezkanal für US-Kriegsschiffe dar. Hinzu kommt die Gewährung von Überflugsrechten. Darüber hinaus werden vom amerikanischen Rechnungshof (GAO) auch die Förderung der eigenen rüstungsindustriellen Basis, sowie die Förderung der Fähigkeit der EAF, die USA bei *Peacekeeping*-Einsätzen zu unterstützen (vgl. Marischka 2011: 248). Die Aus- und Weiterbildung ägyptischer Soldaten im Rahmen des IMET-Programms (International Military Education and Training) bildet einen weiteren Pfeiler der militärischen Zusammenarbeit. Pro Jahr werden ca. 1,600 ägyptische Soldaten, vorwiegend der mittleren Ränge in die USA eingeladen, wo sie neben technischer Ausbildung auch über Aspekte zivil-militärischer Beziehungen in Demokratien unterrichtet werden (vgl. ebd. 250).

Die Militärhilfen sind in aber auch Mittel zur Exportförderung der amerikanischen Rüstungsindustrie. Ägypten nützt die Militärhilfen größtenteils dazu, amerikanische Rüstungsprodukte zu erwerben. Hazem Kandil zufolge sind die Militärhilfen für Ägypten in ökonomischer Hinsicht „*overly expensive*“. So führten die Waffenkäufe der ersten Jahre nach Abschluss der FMF-Hilfen Ägypten dazu, dass der Schuldenstand gegenüber den USA auf 6,6 Mrd. US-Dollar anstieg. Die Ausgaben für vorwiegend sowjetische Rüstungsgüter in der Zeit von 1956-1970 kosteten im Gegensatz dazu nur 1,7 Mrd. US-Dollar (vgl. Kandil 2012: 188).

In den meisten Analysen der ägyptisch-amerikanischen Allianz wird die Militärhilfe als ein zentraler Anreiz dargestellt, der Ägypten zur im Land umstrittenen Aufrechterhaltung der Allianz bewegt. Der Umfang der Militärhilfen ist allerdings in einer Größenordnung angesiedelt, die nicht als alleiniger Grund für eine fortwährende ägyptische Loyalität angesehen werden kann. Die offiziell bekannt gegebenen 1,3 Milliarden Dollar haben sich seit dem Beginn der Allianz nicht erhöht, was inflationsbedingt zu einer enormen Entwertung dieser Zuwendung geführt hat: „*[T]he celebrated \$ 1.3 billion provided annually by the United States had depreciated in real terms by at least 50 percent since the peace treaty was signed in 1979.*“ (Kandil 2012: 184)

Innerhalb der Armeeführung ist die Unzufriedenheit über die Abhängigkeit, die sich für Ägypten durch die militärische Kooperation ergeben, durchaus groß. Für die Armee ist die Tatsache besonders problematisch, dass die USA Ägypten im Vergleich zu Israel nur

begrenzt unterstützen. Während Israel kontinuierlich mit den neusten Waffensystemen versorgt wird, muss Ägypten regelmäßig Absagen akzeptieren. Hinzu kommt, dass die USA es strikt untersagen, dass Ägypten seine Lieferanten diversifiziert. Ägyptische Versuche über andere Kanäle Waffensysteme zu erhalten, die die USA nicht liefern wollen, scheiterten bereits mehrfach am Veto aus Washington. Die Militärhilfen werden in der Armee als Versuch der USA interpretiert, die EAF zu kontrollieren und die militärische Überlegenheit ihres wichtigeren Partners, Israel, sicherzustellen (vgl. Kandil 2012: 186 f.).

6.5 Die Armee als ökonomischer Akteur

Die dominante Stellung des militärischen Apparats und die damit verbundene Persistenz des Autoritarismus in Ägypten fußen zu einem erheblichen Teil auf der Fähigkeit des Militärs, sich als Akteur in allen relevanten Bereichen der ägyptischen Wirtschaft zu positionieren. Dieser ökonomische Stärke der militärischen Eliten ist es geschuldet, dass ihr Einfluss weit über den rein militärischen Bereich hinausgeht und eine wirtschaftliche Entwicklung auf nationaler Ebene eher unterminiert denn fördert. *„The officers of the military enclave, along with their civilian allies, strategically created political systems that have benefited themselves at the expense of the rest of the society.”* (Cook 2007: 15)

Historisch gesehen sind vor allem der Aufbau einer Rüstungsindustrie, die bereits unter der Ära Mehmed Alis begann, sowie die Einkünfte aus externen Renten relevant. Das folgende Kapitel soll daher im ersten Abschnitt (6.5.1) die historische Entwicklung der ägyptischen Rüstungsindustrie und ihre Bedeutung für die Armee dargestellt werden. Im zweiten (6.5.2) und dritten Abschnitt (6.5.3) werden die Entwicklung der wichtigsten Formen der Renteneinkünfte abseits der bereits behandelten politischen Renten sowie das zivilwirtschaftliche Engagement der Armee analysiert.

Ein in ökonomischer Hinsicht starkes Militär ist kein ägyptisches Unikum. Es gibt eine Reihe von Beispielen in anderen Ländern, demokratisch oder autoritär, in denen das Militär bis in zivilwirtschaftliche Bereiche vorgedrungen ist. Das Ausmaß im Fall von Ägypten ist aber deutlich höher und auch facettenreicher. Die historische Analyse der Bedeutung des Militärs hat gezeigt, dass sein Aufbau maßgeblich für die frühe Industrialisierung Ägyptens verantwortlich war. Seitdem sie relevanter Bestandteil des Staates geworden ist, hat sie auch in ökonomischer Hinsicht eine signifikante Transformation vollzogen. In der frühen Phase der ägyptischen Republik war die Armee als die führende Institution maßgeblich am

staatsgeleiteten Modernisierungsprogramm beteiligt. Ihre Aufgabe bestand darin, den Aufbau moderner wirtschaftlicher Strukturen anzuführen, was aus heutiger Sicht nur in kleinem Ausmaß gelang. Die von der Modernisierungstheorie beeinflusste Annahme, das Militär könnte als die Institution, die am ehesten den westlich-modernen Kriterien entspricht, eine Führungsrolle einnehmen und systematisch alle anderen Teile der Gesellschaft modernisieren, hatte sich nicht erfüllt. Nachdem die Bemühungen einer weitreichenden Industrialisierung und wirtschaftlichen Modernisierung fehlgeschlagen waren, war die Bedeutung der Armee für die wirtschaftliche Basis des Regimes dahingehend relevant, die Renteneinnahmen zu sichern, welche nötig waren, um die Grundbedürfnisse der Zivilgesellschaft zu befriedigen und so die Legitimation und Stabilität des Regimes zu gewährleisten. Die militärische Sicherung war vor allem in der Ölförderung und für den Suezkanal notwendig. Mit der Abnahme ihrer politischen Bedeutung im Zuge der unter Sadat begonnenen liberalen Reformen, wurde dem Militär zunehmend eine unternehmerische Option eröffnet. Als Gegenleistung für den Rückzug aus der politischen Arena und der zunehmenden Zivilisierung des Regimes, bekam die Armeeführung die Möglichkeit, auch in zivilen Sektoren der Wirtschaft Fuß zu fassen. Dies sollte auf der einen Seite die Loyalität der Armee sichern und auf der anderen Seite Beschäftigungsmöglichkeiten für Armeeingehörige schaffen, die auf Grund der Reduzierung der Truppenstärke und der Kürzung der Verteidigungsaufgaben ansonsten in die Arbeitslosigkeit entlassen hätten werden müssen. Das Engagement im zivilen Sektor und der ohnehin verhältnismäßig große Sektor der bereits bestehenden Rüstungsindustrie führten dazu, dass die Armee heute als der wichtigste Akteur in der ägyptischen Wirtschaft gilt. „*[M]embers of Egypt's senior officer corps positioned themselves at the nexus of the state and private sectors in order to reap the benefits of both.*“ (Cook 2007: 80) Die damit verbundenen Verdienstmöglichkeiten für die militärische Elite werden als einer der Hauptgründe betrachtet, weshalb sie sich im Zuge des Arabischen Frühlings relativ schnell dazu entschied, Mubarak fallenzulassen und vordergründig die Protestbewegung zu unterstützen. Eine direkte Konfrontation mit einem ungewissen Ausgang hätte die privilegierte Stellung der Armee in der Wirtschaft gefährden können.

6.5.1 Die historische Entwicklung des ägyptischen militärisch-industriellen Komplexes

Die Rüstungsindustrie hat, wie im Kapitel 2 zu Mehmed Alis Ära dargelegt, eine für den Nahen Osten verhältnismäßig lange Tradition, was letztendlich auch dazu beigetragen hat, dass Ägypten bis heute, wenn auch nicht mehr im Ausmaß vergangener Tage, eine Führungsrolle in der Region einnimmt. Diese lange Tradition und die historisch angestammte Bedeutung der Armee im Bereich der industriellen Produktion hat einerseits einen erheblichen Anteil daran, dass Ägypten früh in den Weltmarkt eingebunden wurde und kann andererseits auch als Grund gesehen werden, weshalb die Armee noch heute den Ruf genießt, auf technologischem Gebiet eine der kompetentesten Institutionen im Land zu sein. Nachdem die Rüstungsindustrie in der Phase der britischen Kolonialherrschaft zum Erliegen gekommen war, wurde sie im Zuge des Zweiten Weltkriegs wieder aufgebaut. Dies geschah zum einen aus strategischen Überlegungen der Briten, dessen in Ägypten stationierte Truppen immer wieder Gefahr liefen von der Versorgung aus dem Mutterland abgeschnitten zu werden, fand aber auch im ägyptischen Unternehmertum Anklang und bei der durch den Anglo-Ägyptischen Vertrag von 1936 neu ins Leben gerufenen ägyptischen Armee (vgl. Müller-Mellin 2011: 55).

Die Anstrengungen für den Aufbau einer nationalen Rüstungsindustrie wurden in Folge des Palästinakriegs intensiviert. 1949 wurde die *National Organization for Military Production* (NOMP) ins Leben gerufen, die zur Überwachung und Koordinierung der Rüstungsbestrebungen gedacht war. 1957 wurde sie dem *Ministry for Military Production* (MSMP) unterstellt, das heute zum Verteidigungsministerium gehört. Zu den vor der Machtübernahme der Freien Offiziere umgesetzten Rüstungsbemühungen zählen noch die *Heliopolis Company for Chemical Industries* sowie die *Heliopolis Air Works*. Projekte, die den Nachbau britischer Flugzeuge in Ägypten zum Ziel hatten, wurden, nachdem der Anglo-Ägyptische Vertrag aufgekündigt worden waren, eingestellt. Britische Ingenieure und Techniker wurden nun zunehmend von ehemaligen Mitgliedern der deutschen Wehrmacht ersetzt, die nach Ägypten kamen. Die Tätigkeit des ehemaligen SS-Sturmbannführers Wilhelm Voss, der „mit Hilfe von 18 deutschen und 3 tschechischen Fachleuten die Grundlagen für eine moderne ägyptische Rüstungsindustrie [legte]“ (Müller-Mellin 2011: 58), erregte auch die Aufmerksamkeit der Briten, die darüber Protest bei der deutschen Bundesregierung einlegten. Unter Nasser kam den deutschen Technikern eine zunehmende Bedeutung in der Offiziersausbildung zu.

Die Machtübernahme der Freien Offiziere ging erwartungsgemäß mit einer Intensivierung der Bemühungen zum Aufbau einer modernen Rüstungsindustrie einher (vgl. Müller-Mellin 2011: 56 ff.). Trotz der hohen Priorität, die unter den Freien Offizieren der Armee und ihrer Versorgung zukam und die in der Errichtung einer Reihe neuer Fabriken mündete, war die junge ägyptische Rüstungsindustrie nicht in der Lage, technologisch ausgereifte Waffen in ausreichender Anzahl herzustellen. Die durch den Tschechoslowakei-Deal begonnene militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion führte zwar zur ersehnten Ausrüstung der Armee mit modernen Waffen, brachte gleichzeitig aber unerwartete Probleme für die ägyptische Rüstungsindustrie mit sich. Die Sowjetunion lieferte Waffen zu einem Drittel des Weltmarktpreises, was dazu führte, dass der Ankauf dieser Waffen für Ägypten billiger war als sie selbst zu produzieren. Die Absatzkrise bei gleichzeitiger Überproduktion militärischer Güter, veranlasste die MSMP, die staatlichen Rüstungsbetriebe nun verstärkt für die Produktion ziviler Güter heranzuziehen (vgl. ebd. 71; Barnett 1992: 101). Die Sowjetunion hatte erreicht, was sie wollte. Sie lieferte Waffen, weigerte sich aber der ägyptischen Industrie technologisch unter die Arme zu greifen. „*Without such assistance Egypt was forced to abandon what little arms production it had in favor of an international strategy.*“ (Barnett 1992: 101) Ägypten wurde somit zunehmend von sowjetischer Unterstützung abhängig.

Nach dem Tod Nassers 1970 und der kontinuierlichen Abkopplung von der Sowjetunion, die in der Auflösung des Freundschaftsvertrags 1976 mündete, wurde die Rüstungsproduktion auf Grund der ausbleibenden sowjetischen Versorgung mit Ersatzteilen wieder intensiviert. Eine zusätzliche Komponente erhielten die Rüstungsbemühungen durch die Überlegungen der Arabischen Liga zum Aufbau einer panarabischen Rüstungsindustrie. Der 1972 entwickelte Plan sah vor, dass 18 arabische Länder 2% ihres Bruttosozialproduktes in die Rüstungsbemühungen investieren sollten, um die Produktion der israelischen Rüstungsindustrie innerhalb von fünf Jahren zu überholen. Die mangelnde Bereitschaft einiger Länder, vor allem Libyens, führte dazu, dass eine Allianz, die so unter Nasser nicht möglich gewesen wäre, zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi Arabien, Katar und Ägypten am 9. Mai 1975 die *Arab Organization for Industrialization* (AIO) gründeten, um die Abhängigkeit der arabischen Staaten von Waffenimporten zu verringern. Der Hintergrund für diese Kooperation waren die im Zuge des Oktober-Kriegs 1973 und des damit einhergehenden Ölpreisanstiegs erzielte Kapitalakkumulation der Golfstaaten, die Öffnung der ägyptischen Wirtschaft durch die Infitah-Politik sowie die erforderliche Neuausrüstung der ägyptischen Armee, hervorgerufen durch die Beendigung der sowjetischen Waffenlieferungen. Der Rückzug der arabischen Partner in Folge des ägyptischen

Friedensabkommens mit Israel führte dazu, dass die AIO nationalisiert wurde und zu einem wichtigen Teil des ägyptischen industriellen Sektors avancierte (vgl. Paul 1983: 26). Ägypten brachte sein Investitionskapital in Form von vier, zuvor der NOMP unterstehenden Rüstungsbetrieben, ein. Mathias Müller-Mellin (2011: 86), der sich intensiv mit der ägyptischen Rüstungsindustrie auseinandergesetzt hat, zur Gründung der AIO:

Der kapitalintensivste Bereich der ägyptischen Industrie wurde aus seinem Dornröschenschlaf geholt, der direkten Kontrolle Sadats unterstellt und blieb so ausschließlich für den *inner circle* der ägyptischen Militärbourgeoisie reserviert. Ashraf Marwan²⁶ – einer der dubiosesten Gestalten des internationalen Waffenhandels war zu dieser Zeit Vorstandsvorsitzender der AIO.

In den einzelnen Unternehmen, die zur AIO²⁷ gehören, werden oft Rüstungsgüter amerikanischer, britischer und französischer Unternehmen in Lizenzproduktion hergestellt. Die westlichen Unternehmen waren in den 70ern und 80ern an einer Kooperation interessiert, da der riesige Waffenmarkt im Nahen Osten große Profite versprach und die Länder im Zuge des Ölpreisanstiegs zusätzlich Kapital akkumulieren konnten (vgl. Müller-Mellin 2011: 89).

Kandil (2012: 184) sieht in der AIO und allgemein der ägyptischen Waffenindustrie allerdings keine großen finanziellen Vorteile für die Armee: „*[T]he arms export business did not provide the military with an independent economic powerhouse, because the political leadership kept it under tight control.*“ Demzufolge kamen die Profite der Rüstungsindustrie in erster Linie der politischen Elite zugute und die militärische Führung konnte nur teilweise partizipieren. Sayigh (2012: 17) hingegen sieht in der Rüstungsindustrie durchaus einen Bereich, von dem die Offiziere auch finanziell profitieren konnten.

6.5.2 Zivilwirtschaftliche Aktivitäten der Armee

Im Zuge des Arabischen Frühlings wurde im öffentlichen Diskurs immer wieder das ökonomische Engagement des ägyptischen Militärs, auch in zivilen Sektoren, thematisiert. Auch die Medien haben sich dieses Themas angenommen und eine Reihe mehr oder weniger gut recherchierter Artikel darüber verfasst.²⁸ Das Engagement der Militärs in zivilen

²⁶ Ashraf Marwan (bzw. Marawan) wurde später von Israel als Agent entlarvt (Codename: Top Source). Mubarak behauptete im Gegenzug er habe als Doppelagent fungiert. Nachdem er nach London ausgewandert ist, fungierte er als Geschäftsmann (u.a. legte er ein Gebot für den Kauf des Fußballklubs Chelsea FC vor) und wurde unter mysteriösen Umständen 2007 ermordet (vgl. Kandil 2012: 184 f.).

²⁷ Zu diesen Unternehmen zählen unter anderem: *Sakr Factory for Developed Industries* in Heliopolis; *Kader Factory for Developed Industries*; *Aircraft Factory*; *Engine Factory* (vgl. Müller-Mellin 2011: 86 f.).

²⁸ Beispiele: Spiegel Online: „Wirtschaftsmacht Militär – Ägyptens General-Direktoren“ vom 05.07.2013 [20.11.2013]; Zeit.de: „Die Ökonomie der Generäle“ vom 18.07.2013 [20.11.2013]

Wirtschaftssektoren wird oft mit dem politischen Bedeutungsverlust im Zuge der Infitah-Politik von Sadat in Verbindung gebracht. „*Once Anwar Sadat came to power in 1970, a nexus between private economic interest and the military developed.*” (Cook 2007: 19) Der durch die Camp-David-Initiative erzielte Frieden mit Israel und der damit einhergehende Wegfall einer direkten militärischen Bedrohung führten dazu, dass die Truppengröße und das riesige Verteidigungsbudget weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich tolerierbar wurden. Die Einschnitte in das Verteidigungsbudget und die Säuberungsaktionen in den Offiziersreihen, die zu Beginn von Sadats Herrschaft vollzogen wurden, beeinträchtigten das Verhältnis zwischen der Armee und der politischen Führung zunehmend. Sadat musste der Armee in dieser Situation etwas bieten, um dem wachsenden Unmut innerhalb der militärischen Führung zu begegnen. Hierbei sind insbesondere zwei in dieser Phase eingeläutete Entwicklungen hervorzuheben, die die Position der Armee abseits der politischen Arena stärkten. Die durch Sadat in Folge der außenpolitischen Zuwendung zu den USA forcierte Modernisierung der Streitkräfte wurde bereits angesprochen (Kapitel 5.2.3.). Ein weiterer Schritt, der insbesondere auf die materielle Absicherung der Armee abzielte, war die 1979 erfolgte Gründung der NSPO, der *National Service Projects Organisation*. Die Gründung der NSPO wurde nach außen hin als die Einbindung der Armee in die entwicklungspolitischen Bemühungen dargestellt. Sie war auch der Versuch, die Armee, nachdem Sadat ihr gegenüber in den 70ern eine autoritäre Politik an den Tag gelegt hatte, wieder stärker an das Regime zu binden und eine integrative Politik zu verfolgen (vgl. Müller-Mellin 2011: 115).

Der NSPO wurde von Beginn an eine weitreichende Autonomie bei der Umsetzung wirtschaftlicher Projekte mit ausländischen und inländischen Geschäftspartnern zuerkannt. Aus der Eigendarstellung der NSPO geht auch hervor, dass sie in allen Wirtschaftssektoren aktiv werden kann: „*[NSPO is allowed] to perform all economic, industrial, agricultural, administrative commercial and financial services and activities locally and abroad.*“ (NSPO 1991 nach Müller-Mellin 2011: 118 f.) Die technische Planung und Ausführung wird dabei insbesondere von Offizieren des Technical Military College ausgeführt. Die wenigen bekannt gewordenen Betätigungen im industriellen und bautechnischen Bereich umfassen etwa den Ausbau des Elektrizitätsnetzes, den Bau von Kabelschächten sowie die Konstruktion von Teilbereichen der Kairoer U-Bahn. Zusätzlich kam es in den 80ern auch zu Kooperationen mit der AIO und der NOMP, die in einer Reihe von Firmengründungen mündete, die nach

wie vor ein breites Spektrum an Produkten, auch mit ausländischer Beteiligung herstellt (vgl. ebd. 119).²⁹

Ein weiteres Betätigungsfeld der NSPO entwickelte sich bei der Lebensmittelproduktion. Die Armee machte 1980 einen Bevölkerungsanteil von 1,7% Prozent aus, entsprechend groß war auch der Bedarf an Lebensmitteln. Die Sicherung der Lebensmittelproduktion für die Armee erhielt durch die Brot-Unruhen von 1977, zusätzliche Priorität. Dies führte zur Gründung des *Food Security Sectors* (FSS), unter dessen Planung nicht nur Lebensmittelproduktion aller Art betrieben wurde und wird, sondern sich auch eine weitere Exportmöglichkeit darbot (vgl. Müller-Mellin 2011: 121).

Über den Anteil der wirtschaftlichen Aktivitäten der Armee an der gesamten Wirtschaft wird heftig spekuliert, da die Tätigkeiten der Armee keinerlei staatlicher Kontrolle unterliegen und weder vom Parlament noch dem *Central Auditing Office* kontrolliert werden dürfen. Die meisten Schätzungen gehen von einem 5 bis 15 prozentigen Anteil an der gesamten Wirtschaftsleistung Ägyptens aus. Die Unternehmen, die zum Militär gehören, werden darüber hinaus vom Staat subventioniert und in Steuer- und Lizenzierungsfragen bevorzugt. Der nach der Revolution aufkeimenden Kritik an der protektierten Militärökonomie wird von Seiten der Armee entgegnet, dass die Einnahmen essentiell wären, um den militärischen Betrieb zu sichern und daher weiterhin vor direkter Kontrolle geschützt werden würde (vgl. El Dine 2013: 3).

6.5.3 Renteneinkünfte

Ägypten ist im Vergleich zu den ölreichen Staaten wie Libyen oder Saudi Arabien kein klassisches Beispiel für eine Rentenökonomie im Nahen und Mittleren Osten. Renteneinkommen spielen aber dennoch eine wichtige Rolle als Devisenbringer für den Staat. Sie sind aber deutlich diversifizierter und unterlagen in den letzten siebzig Jahren einer schwankenden Konjunktur hinsichtlich ihres Anteils am Staatseinkommen.

Renteneinkommen sind auch deshalb so wichtig, weil sie eine alternative Form von Einkünften darstellen und eine unpopulär hohe Besteuerung der breiten Bevölkerung vermeiden und sie bieten auch eine Alternative zu einer Abhängigkeit von

²⁹ Mit dem britischen Unternehmen United Scientific Holdings werden etwa seit 1982 elektro-optische Rüstungsgüter hergestellt. Hinzu kommen Aktivitäten in folgenden Bereichen: Chemie-Industrie (El-Nasr Company); Produktion von Industriereinigern zwischen 1979-1990; umfangreiche Dienstleistungen im Rahmen der EL-Nasr Company for Services and Maintenance; Reiseagentur DAHAB in Kooperation mit der Armed Forces Evacuation Bank (vgl. Müller-Mellin 2011: 119 f.)

Investitionsentscheidungen der Unternehmerklasse. „*Consequently, the state's ability either to develop alternative sources of financial means or to loosen its dependence on the capitalist class substantially increases its autonomy.*” (Barnett 1992: 47) Die politischen und strategischen Renten wurden im Zuge der Arbeit bereits mehrfach angesprochen. In der Folge sollen zwei Bereiche der Rentenökonomie vorgestellt werden, in denen die Armee eine wichtige Rolle spielt.

6.5.3.1 Öl- und Gasindustrie

Die Förderung der ägyptischen Ölvorkommen begann zwar bereits Anfang des 20. Jahrhunderts, aber eine volkswirtschaftliche Bedeutung, insbesondere für die Exportwirtschaft, erlangte dieser Sektor erst in den 1960er Jahren. Auf Grund der geographischen Lage der größten Vorkommen in und um den Golf von Suez sowie an der Grenze zu Libyen war die Förderung auch immer stark vom Stand der militärischen und politischen Auseinandersetzung mit diesen beiden Nachbarländern abhängig (vgl. Krämer 1986: 20 f.). Die Sicherung der Förderanlagen war von Beginn an eine militärische Aufgabe. Der vorübergehende Verlust der Sinai-Halbinsel im Zuge der ägyptischen Niederlage von 1967 war somit auch in wirtschaftlicher Hinsicht ein schwerer Schlag für Ägypten und ein weiterer Grund für den Krieg von 1973. Die im Zuge des Truppenentflechtungsabkommens zurückgewonnenen Fördergebiete führten zu einem kurzzeitigen ägyptischen Öl-Boom. Ab 1976 wurde Ägypten zum Nettoexporteur von Erdöl, dessen Förderung bis Mitte der 80er konstant anstieg und zum wichtigsten ägyptischen Exportgut wurde. Der Beitrag der Ölindustrie am BIP belief sich zu dieser Zeit auf 16,4% und ihr Anteil an den Ausfuhren auf 64% (vgl. ebd. 21). Die durch Ölexporte erzielten Einnahmen waren nach dem Boom Mitte der 80er im Sinken begriffen und deckten seit 2006 nur noch den Inlandsverbrauch, der konstant angestiegen war (vgl. Adly 2012: 296).

Trotz der gestiegenen Inlandsnachfrage ist der Öl- und Gassektor nach wie vor eine wichtige Devisenquelle. In der Periode von 1991 bis 2008 trugen die Einnahmen aus der Ölförderung zusammen mit den Einnahmen aus den Suezkanal-Gebühren mehr als 30% zu den gesamten Staatseinnahmen bei (vgl. Adly 2012: 296). Eine weitere wichtige Einnahmequelle bildet Erdgas, das in Form von Flüssiggas (LPG) exportiert wird, und sich angesichts neu entdeckter Quellen seit 2000 zu einem immer wichtigeren Zweig entwickelt hat. 2007 betrug der Anteil der Einnahmen aus dem Gassektor bereits 27% an den gesamten Staatseinnahmen (vgl. ebd.). In den letzten Jahren verzeichnet der Öl- und Gassektor wieder einen verstärkten

Aufschwung, nachdem sich die gesicherten Reserven sowohl für Gas als auch für Öl deutlich erhöhten (vgl. Marshall/Stacher 2012)

Für die Militärs hat der Öl- und Gassektor in mehrfacher Hinsicht Bedeutung: Neben der militärischen Sicherung der Ölvorkommen ist der Öl-Sektor auch ein klassisches Betätigungsfeld für pensionierte Generäle, die als Dank für ihre Loyalität diese lukrativen Posten zugeschanzt bekommen (vgl. Sayigh 2012: 16). Hinzu kommt die Beteiligung der Armee an Öl- und Gasunternehmen wie *Tharwa Petroleum*, „*the only state-owned oil company in Egypt that engages in the upstream activities of exploration and development.*” (Marshall/Stacher 2012)

6.5.3.2 Suez-Kanal

Der zwischen 1859 und 1869 erbaute Suez-Kanal spielt nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus Gründen der nationalen Identität eine entscheidende Rolle für Ägypten und sein Regime. Er ist nicht nur eine der wichtigsten Schifffahrtsrouten weltweit, seine Geschichte symbolisiert für viele Ägypter die der Fremdherrschaft und des Imperialismus. „*From the perspective of Egyptian nationalists, the Suez Canal long stood as a monument that embodied the deceit and injustice of colonial-capitalist globalization.*” (Amar 2012: 181) Die Kosten für den Bau des Kanals, der mehrere tausend ägyptische Arbeiter das Leben kostete, wurden zur Zeit der britischen Kolonialherrschaft völlig der ägyptischen Verwaltung übertragen. Die Demütigung erreichte ihren Höhepunkt als die Briten, nachdem Ägypten seine Zahlungen an die europäischen Anteilseigner nicht mehr begleichen konnte, dies zum Vorwand nahm, um die Invasion Ägyptens 1882 zu rechtfertigen (vgl. ebd.). Gleichzeitig war die Besetzung des Kanals durch ägyptische Truppen kurz nach der Machtübernahme Nassers ein Ausdruck des neu gefundenen nationalen Selbstbewusstseins und trug entscheidend zum hohen Ansehen und der Legitimation der Freien Offiziere bei. Dies war auch der Beginn der *Tripartite Aggression* (Siehe Kapitel 4.).

Aus ökonomischer Sicht war die Herstellung der nationalen Kontrolle über den Kanal von großer Bedeutung. Matthias Müller-Mellin (2011: 37) bezeichnet den Kanal als „*die Aorta des Militärregimes*“. Dementsprechend fällt auch seine militärische Sicherung aus. Die an den Suezkanal angrenzenden Gouvernements Port Said, Ismaila, Suez und Red Sea werden allesamt von hohen Generälen des Militärs und nicht vom Innenministerium verwaltet (vgl. ebd.). Die Einnahmen aus den Gebühren für die Passage des Kanals machen einen

erheblichen Teil der ägyptischen Renteneinkünfte aus. Zwischen 1975 und 1985 stiegen sie rapide auf bis zu einer Milliarde US-Dollar jährlich an (vgl. Kandil 2012: 204). Seitdem sind die Einnahmen wieder kontinuierlich gestiegen, reagieren jedoch auch direkt auf Einbrüche in der Weltkonjunktur. Dies war insbesondere im Zuge der Finanzkrise zu beobachten, als die Erdölpreise einbrachen und viele Reedereien den längeren Weg rund um Afrika benutzten. 2012 betragen die Einnahmen allerdings wieder hohe 5,12 Milliarden Dollar. Neben dem Tourismus ist der Kanal somit der größte Devisenbringer für Ägypten (vgl. Wiener Zeitung 2013).

6.6 Ägypten in den 2000ern: Brüche in der hegemonialen Konstellation

Das letzte Jahrzehnt von Mubaraks Amtszeit war von zwei Entwicklungen geprägt: Zum einen gab es eine limitierte politische Liberalisierung, die zu einer Zunahme zivilgesellschaftlicher Organisationen führte und so oft den Eindruck einer vorsichtigen demokratischen Öffnung erweckte. Zum anderen kam es im Zuge der in den 1990ern verstärkten Strukturanpassungen insbesondere in der politischen Elite zu einem Wandel, der zu einer Stärkung einer neuen unternehmerischen Klasse führte und damit einhergehend zu einer an liberalen Prinzipien ausgerichteten Wirtschaftspolitik, in der der private Sektor stark an Bedeutung gewinnen konnte. Diese Entwicklungen wurden im Westen oft als eine zunehmende politische und wirtschaftliche Öffnung Ägyptens interpretiert, die in Beschreibungen wie die des *liberalized authoritarianism* mündete (vgl. Albrecht 2007: 60).

Die Wurzeln der von Privatisierungen geprägten Wirtschaftspolitik wurden bereits Anfang der 90er gelegt, als das *Economic Reform and Structural Adjustment Programme* (ERSAP) zusammen mit Gesetz Nr. 203/1991 in Kraft trat und die Privatisierung staatlicher Finanz - Industrie- und Dienstleistungsunternehmen vorsah. Im Jahr 2002 waren bereits 190 von 314 in Frage kommende Betriebe voll- oder teilprivatisiert.³⁰ Die ägyptische Wirtschaft war Anfang 2000 dennoch in einer tiefen Rezession und die Privatisierungspolitik verlangsamte sich in dieser Phase (vgl. Beinin 2009: 30). Die Zusammensetzung der politischen Elite rund um die NDP hatte sich in Folge dieser Politik allerdings bereits beträchtlich verändert. Im Zentrum dieser neuen politischen Schicht stand Gamal Mubarak, der Sohn Hosni Mubaraks, um den sich eine unternehmerische Klasse gesammelt hatte, die sich im Wesentlichen aus

³⁰ Hazem Kandil (2012: 207) zufolge waren zu der Zeit als das IWF-Programm begann, 260 dieser 314 staatlichen Betriebe profitabel. Zusammengezählt überstiegen die Gewinne der profitablen Unternehmen die Verluste deutlich.

zwei Fraktionen zusammensetzte: Der eine Teil bestand aus einer Klasse staatsnaher Unternehmer, die eine monopolartige Kontrolle über bestimmte Sektoren inne hatten. Diese wurde ergänzt durch eine Gruppe „neoliberaler Intellektueller“ mit engen Beziehungen zu den internationalen Finanzinstitutionen (vgl. Kandil 2011: 17 f.).

Diese neue Unternehmerklasse konnte ihren Einfluss infolge der von Mubarak verfolgten Wirtschaftspolitik kontinuierlich ausbauen und im Zuge der Regierungsumbildung 2005 unter der Nazif-Regierung (2004-2011) viele Staatsposten besetzen (vgl. Roll 2013: 10). Unter Premier Nazif kam es zu einer Verschmelzung von wirtschaftlicher und politischer Macht. Viele bekannte Unternehmer konnten jene staatlichen Stellen besetzen, die mit ihrer unternehmerischen Tätigkeit zusammenhing, und so ihre quasi-Monopole zusätzlich festigen. So wurde etwa Mohamed Mansour, der größte Vertriebspartner für *General Motors* weltweit, zum Transportminister ernannt und einer der wichtigsten Tourismus-Manager, Zoheir Garraneh, übernahm das Ministerium für Tourismus. Besonders herausragend war die Ernennung des ägyptischen Stahl-Tycoons Ahmed Ezz zum Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Unterhauses. Zusätzlich war er in allen wichtigen Gremien der NDP vertreten (vgl. ebd. 9). Personen mit engen Kontakten zu den IFIs bekleideten ebenfalls wichtige Positionen in der Regierung, wie etwa Mahmoud Mohieddin oder Youssef Boutros-Ghaly. Die neoliberale Politik wurde dadurch weiter forciert, was sich besonders auch in der Steuerpolitik ausdrückte. Unternehmenssteuern wurden radikal gesenkt, während Massensteuern, wie etwa die Grundsteuer, weiter angehoben wurde. Die Proteste, die auf diese Entscheidungen folgten, zwangen Mubarak zwar diese Reformen teilweise zurückzunehmen, dennoch war die Verschiebung der Prioritäten in der verfolgten Politik zu Gunsten der Unternehmerschicht unübersehbar (vgl. Kandil 2011: 18). Der Großteil dieser neuen Unternehmerklasse vermied aber ein direktes politisches Engagement. Einflussnahme in die politische Entscheidungsfindung erfolgte oft über private Medien, Interessensverbände und Forschungseinrichtungen, die dem neuen Unternehmertum nahe standen. Als exemplarisch dafür gilt das *Egyptian Center for Economic Studies*³¹ (ECES), zu dessen Gründungsmitgliedern unter anderem auch Gamal Mubarak zählt (vgl. Roll 2013: 9). Als die zentrale Institution politischer Einflussnahme dieser neuen Unternehmerklasse fungierte aber das 2002 gegründete *Policies Committee* (PC), das innerhalb der NDP angesiedelt war. Gamal Mubarak stand diesem Komitee vor, das ein „New Thinking“ in der Wirtschaftspolitik vertrat und konnte dessen Einfluss innerhalb der NDP kontinuierlich ausweiten, was sich spätestens unter der Nazif-Regierung bemerkbar machte (vgl. Kandil 2012: 209).

³¹ Das ECES wurde 2001 von der USAID mit umgerechnet 10 Millionen Dollar gefördert (vgl. Roll 2013: 10).

Ägypten konnte in den Jahren ab 2004 zum Teil beeindruckende Wachstumsraten von bis zu 7% erreichen. In den Medien wurde Ägypten, in Anspielung auf die asiatischen Tigerstaaten, als „Tiger vom Nil“ gefeiert und auch der IWF zeigte sich angesichts des ägyptischen Reformeifers beeindruckt (vgl. Hanieh 2011: 31; Beinin 2009: 30). Der Wachstumskurs der ägyptischen Wirtschaft war allerdings erheblich den gestiegenen Renteneinnahmen Mitte der 2000er Jahre geschuldet: „*Sales of public sector enterprises, high oil prices, remittances from migrant workers, a surge in tourism, and increased Suez Canal tolls, boosted Egypt's foreign reserves and current account balance.*“ (Beinin 2009: 30)

Das Wirtschaftswachstum war daher auch nicht nachhaltig und ging mit der Verschlechterung der sozialen Verhältnisse vieler Ägypter einher. Die Privatisierungen führten dazu, dass die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor erheblich zurückging. Diese hatte sich bereits zwischen 1994 und 2001 halbiert, und sank bis 2005 weiter. Die zunehmend prekäre Situation der Arbeiter, Angestellten und Beschäftigten im informellen Sektor wird auch dadurch deutlich, dass der Mindestlohn, ausgedrückt als Anteil am Bruttonationalprodukt, pro Kopf von 60% 1984 auf 13% im Jahr 2007 gesunken ist, was eine der niedrigsten Raten weltweit darstellt (vgl. Hanieh 2011: 31). In der Zeit von 2000 bis 2009 erhöhte sich der Anteil jener, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen, nach offizieller Statistik von 16,7 auf 21,6% (vgl. ebd. 32 f.).

Die hier angeführten Zahlen sollen exemplarisch darstellen, was viele Indikatoren ausdrücken. Die soziale Situation eines Großteils der Ägypter verschlechterte sich im Jahrzehnt vor dem Arabischen Frühling, trotz der teilweise hohen Wachstumsraten des BIP. Besonders betroffen waren hiervon vor allem Jugendliche und junge Erwachsene. Die demographische Entwicklung Ägyptens³² übersteigt die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes, die sich wiederum durch die Strukturanpassung der letzten zwei Jahrzehnte verringert hat. 2010 gehörten 23,5% der Ägypter der Altersgruppe zwischen 18 und 29 Jahren an, was fast 20 Millionen Menschen entspricht (vgl. UNDP 2010: 2). Die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe wird im *Human Development Report* von 2012 mit 16,7% angegeben, wobei hier nur jene Personen einbezogen werden, die aktiv nach Arbeit suchen (vgl. ebd. 150). Die Rate dürfte in Wirklichkeit daher um einiges höher liegen. Die dadurch verursachte Perspektivlosigkeit vieler junger Ägypter ist eines der größten gesellschaftlichen Probleme und wird durch die überproportional hohe Teilnahme von jungen Menschen an den Protesten verdeutlicht.

³² Das Bevölkerungswachstum in Ägypten betrug zwischen 1996-2006 2%. Es flacht sich aktuell langsam ab. Heute leben in Ägypten ca. 80 Millionen Menschen (vgl. UNDP 2010).

Diese Entwicklungen zeigen auch, dass das Regime insbesondere im letzten Jahrzehnt nur noch wenig Wert darauf legte, eine auf die breite Bevölkerung ausgerichtete Politik zu verfolgen. Der Konsens mit der Gesellschaft, der etwa in Form des informellen Gesellschaftsvertrags unter Nasser bestand und unter Sadat bereits erodierte, wurde unter Mubarak vollständig aufgegeben. „*From the eighties onwards, this contract was eroded, but it was not until the new millennium that it was fully abrogated.*” (Kandil 2011: 17) Zu Zeiten des Bestehens des Gesellschaftsvertrages gab es auch Korruption, Klientelismus und Repression gegenüber Kräften, die die politische Macht des Regimes herausforderten. Gleichzeitig versuchte das Regime aber auch ihre politische Hegemonie durch die Einbeziehung sozialer Kräfte abzusichern. Dies geschah etwa durch Sozialleistungen und durch eine Vielzahl an Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Sektor. Den Menschen, so Kandil (ebd.), war dieser Handel durchaus auch bewusst: „*In other words, people understood that they were trading their political rights for social welfare.*” Dies ist ein Aspekt, der die relative Stabilität des autoritären Systems über längere Zeit erklärt. Es bestand mit einem großen Teil der Bevölkerung Konsens über das politische Projekt und Zwang in Form von Repression wurde nur gegen die eingesetzt, die sich gegen diesen Konsens stellten.

Unter Mubarak wurde der Konsens zwischen der politischen und zivilen Gesellschaft zu Gunsten einer Politik aufgegeben, die im Wesentlichen nur noch darauf abzielte, einer Koalition aus einer international bestens vernetzten Unternehmerschicht zu privilegieren. „*By this time [from 2000] the regime felt that it had eliminated organized resistance so thoroughly that it no longer needed to pay the traditional social bribes to guarantee social acquiescence.*” (Kandil 2011: 17) Der Bedeutungsgewinn der Unternehmerklasse wurde aber auch von der Armee mit zunehmender Skepsis betrachtet. Denn ihre Privilegien waren unter Mubarak zwar nach wie vor gegeben, sie waren aber nicht mehr unumstritten und im Vergleich zum Reichtum und Wohlstand der neuen Unternehmerschicht marginal. In vielen Bereichen gab es zwar Überschneidungen in den gemeinsamen Interessen, so fungierten Mitglieder der Unternehmerklasse als Berater etwa in Rüstungsgeschäften der Armee, gleichzeitig gab es aber auch Konflikte, da die beiden Akteure in manchen Bereichen in direkter Konkurrenz zueinander standen. Beispielhaft kann hier der Markt für abgefülltes Trinkwasser angeführt werden, in dem die Marke des Militärs, *Safi*, als Marktführer in direkter Konkurrenz zu den internationalen Marken, etwa von *Nestlé*, aber auch zur Marke *Hayat* der Mansour-Gruppe, steht. Den größten Konfliktpunkt stellte allerdings das qua Gesetz bestehende Vetorecht des Militärs bei der Privatisierung von Bauland dar. Unternehmer kritisierten diese Befugnis des Militärs immer wieder, da sie, wenn sie Land für

den Bau von Fabriken oder touristischen Anlagen erwerben, immer auch Gefahr liefen, dass die Armee im Sinne der nationalen Sicherheit ein Veto einlegt oder das Land ganz konfisziert (vgl. Roll 2013: 10).

7 Der Arabische Frühling in Ägypten als Rückkehr des Militärs als politischer Akteur

Der Ausgang einer Revolution, ihr Erfolg oder Misserfolg, hängt ganz entscheidend davon ab, wie die Träger des staatlichen Gewaltmonopols – Polizei, Sicherheitsdienste und Armee – auf diese reagieren. Dies wurde auch im Zuge des Arabischen Frühlings deutlich. Die Reaktion der Armee wird dabei von vielen Faktoren beeinflusst. Die Forschung zu zivil-militärischen Beziehungen betont hierbei insbesondere den Grad der Institutionalisierung der Streitkräfte, der im Wesentlichen dem Grad ihrer Professionalisierung entspricht, als zentralen Faktor. „*Institutionalization in this context refers to the fact that the armed forces or the coercive apparatus more generally, are rule-bound and based on meritocratic principles.*” (Lutterbeck 2013: 31)

In der folgenden Auseinandersetzung sollen die wichtigsten Ereignisse der letzten drei Jahre noch einmal rekapituliert werden, und insbesondere auf das konkrete Verhalten und die an den Tag gelegten Strategien des Militärs und seiner Führungselite eingegangen werden. Im Zentrum stehen die Fragen nach der Veränderung der zivil-militärischen Beziehungen im Zuge der Proteste und der postrevolutionären Phase sowie der Konflikt zwischen dem Militär und den Muslimbrüdern, die nach den ersten freien Wahlen zur stärksten politischen Kraft aufgestiegen sind.

7.1 Revolution und Rücktritt Mubaraks

Die Gründe für den Ausbruch der Proteste, darüber besteht im Großen und Ganzen Konsens, sind in der sich unter der Ära Mubarak kontinuierlich verschlechternden sozialen Verhältnisse des Großteils der Ägypter zu verorten sowie in der immer willkürlicher gewordenen Repression, die unter Mubarak überhandgenommen hat und vor niemandem mehr Halt machte (vgl. Kandil 2011: 19). Die Gerüchte, dass Hosni Mubarak plane, seinen Sohn Gamal als Nachfolger zu installieren, trugen ihr Übriges zur Ablehnung der Ägypter gegenüber dem System Mubarak bei. Gamal Mubarak war das Symbol für die zunehmende Macht der *crony capitalist*, die unter Mubarak kontinuierlich an Einfluss gewannen und die im Zuge der ab den 90ern forcierten Privatisierungspolitik zu erheblichem Reichtum kamen.

Die überraschend starke Mobilisierung, die ohne dem Bestehen einer geeinten Oppositionsbewegung zu Stande kam, war für viele Beobachter überraschend und ist

unterschiedlichen Umständen geschuldet: Zum einen haben sicherlich die erfolgreich verlaufenen Proteste in Tunesien den Ägyptern die Hoffnung auf einen möglichen Systemwechsel zurückgegeben. Zum anderen haben die oft zitierten sozialen Medien und ihre Popularität bei der jungen ägyptischen Bevölkerung die Verbreitung von Informationen und die Koordination der ersten Demonstrationen erheblich erleichtert. Insofern ist der in den westlichen Medien aufgekommenen Bezeichnung der *facebook-Revolution* nicht gänzlich zu widersprechen, wenn sie auch in Anbetracht der brutalen Szenen auf den Straßen ein etwas verharmlosendes Bild erzeugt und der Tragweite der sozialen und politökonomischen Entwicklungen, die zu den Protesten führten, nicht ansatzweise gerecht wird.

Im Zentrum der Mobilisierung für die erste Massendemonstration am 25. Jänner 2011 stand die Bewegung *We are all Khaled Said*. Khaled Said, ein junger Mann Anfang zwanzig, wurde in einem Internetkaffee in Alexandria von Mitgliedern einer zivilen Polizeieinheit verprügelt und erlag später seinen Verletzungen.³³ Durch Zufall entstanden Aufnahmen des Vorfalls, die sich schnell im Internet verbreiteten. Dieser Vorfall wurde von einem in Dubai ansässigen *google*-Manager zum Anlass genommen, eine facebook-Gruppe einzurichten, in der aufgerufen wurde, von ähnlichen Vorfällen zu berichten. Die Seite erlebte einen enormen Zulauf und Khaled Said wurde zu einem Symbol für willkürliche Repression und den Mangel jeglicher Rechtsstaatlichkeit in Ägypten. Zur aufgerufenen Demonstration kamen mehr als 20.000 Menschen. Diese Demonstration am *Police Day*³⁴ wird heute als Startpunkt für die weiteren Proteste angesehen. In den folgenden Tagen kam es zu erneuten Kundgebungen, die schließlich in einer gewaltigen Demonstration nach dem Freitagsgebet am 28. Jänner mündeten. An diesem *Tag der Wut* war die Protestbewegung bereits stark angewachsen, andere Jugendbewegungen wie die *Bewegung des 6. April* aber auch zunehmend Mitglieder von religiösen Bewegungen, der Linken und, besonders für den Kampf auf der Straße nicht unerheblich, Fußballfans von den beiden Kairoer Großklubs *Al-Ahly* und *Zamalek* hatten sich den Protesten angeschlossen (vgl. Kandil 2012: 223 f.). Die Protestbewegung war von der Zusammensetzung her äußerst heterogen, aber in der Sache geeint. „*In short, the Egyptian opposition in the eve of the revolt was little more than an amalgam of loosely organized*

³³ Aktuell findet der Berufungsprozess gegen die beiden im Oktober 2011 ursprünglich zu sieben Jahren Haft verurteilten Polizisten statt. Im Zuge der Verhandlung kam es zu erneuten Protesten und Ausschreitungen vor dem Gericht in Alexandria. Aktuell liegt noch kein Urteil vor, es deutet aber vieles darauf hin, dass es zu einem Freispruch der Polizisten kommen könnte. Im Gegenzug wurden aktuell drei Mitglieder der Bewegung des 6. April wegen Teilnahme an einer illegalen Demonstration zu mehreren Jahren Haft verurteilt (vgl. Al Ahram 2014).

³⁴ Der „Police Day“ ist ein ägyptischer Nationalfeiertag, an dem an die im Jahr 1952 von den Briten getöteten ägyptischen Polizisten gedacht wird (vgl. Kandil 2012: 222).

platforms with overlapping memberships, representing all political affiliations and age groups.” (Kandil 2012: 223)

Es kam zu einer ersten großen Eskalation auf der *Qasr al-Nil* Brücke, in der chaotisch agierende Polizeieinheiten den Massen nicht standhalten konnten, und es in der Folge zur Stürmung des Hauptquartiers der NDP kam. Dies war auch der Beginn der Intervention der ägyptischen Armee, die in der Folge an strategisch wichtigen Stellen Position bezog und von nun an als Speerspitze der staatlichen Repression agieren sollte, wie sie es in der Vergangenheit immer wieder gemacht hatte, wenn die Polizei nicht mehr in der Lage dazu gewesen war. Am Abend des 28. Jänner wurde eine Ausgangssperre verhängt, die allerdings keine Wirkung zeigte. Die Protestbewegung sammelte sich erneut am *Tahrir*-Platz und besetzte den Platz von nun an durchgehend (vgl. Kandil 2012: 221 f.). Der *Tahrir*-Platz wurde zum Zentrum der Protestbewegung und zum Symbol des Arabischen Frühlings in Ägypten.

Die Repression wurde in dieser frühen Phase der Proteste von der Polizei und den anderen Einheiten des Innenministeriums übernommen. Nach der ersten Demonstration am 25. Jänner wurden bereits mehr als 4000 Personen festgenommen, unter ihnen führende Köpfe der Muslimbrüder wie etwa Mohammed Mursi, aber auch viele Journalisten, die sich weigerten die Berichterstattung an jene der staatlichen Medienagentur anzupassen (vgl. Kandil 2012: 223). Am Tag darauf wurde das Internet und die Telefonleitungen abgestellt und ein Communiqué veröffentlicht, in dem die Protestierenden vor weiteren Aktionen gewarnt wurden. Im Nachhinein gibt es Spekulationen, ob nicht das Militär selbst der Drahtzieher hinter der Abschaltung der Telefon- und Internetdienste gewesen war. Mubarak, sein Innenminister Habib Al-Adly sowie Premierminister Ahmed Nazif wurden im Mai von einem Gericht zu einer Strafzahlung von 90.000 US-Dollar für dieses ihnen angelastete Vergehen verurteilt. Mubarak ließ daraufhin über seinen Anwalt verlautbaren, dass nicht er, sondern ein Gremium um Verteidigungsminister Hussein Tantawi diese Anordnung getroffen hätte. Tantawi wies diese Anschuldigung zwar zurück, Zeugenberichte, die besagen, dass die Polizisten auf der Straße von der Abschaltung völlig überrascht wurden, Armeeinghörige aber weiterhin telefonierend gesichtet wurden, gibt Spekulationen Auftrieb, dass die Armee hinter dieser Aktion stand. Dadurch wurde Mubaraks „Lebensversicherung“, die Polizei- und Sicherheitsdienste entscheidend geschwächt und der Weg war frei für die Armee, um ihrerseits die Führungsrolle im Umgang mit den Protesten einzunehmen (vgl. Schumacher/Osman 2012: 129 f.).

Letztendlich war der Bann aber bereits gebrochen und die Demonstrationen waren durch Sabotageakte dieser Art nicht mehr aufzuhalten. Die Ägypter sahen ihre Chance gekommen, das völlig diskreditierte und verhasste System Mubarak loszuwerden. Nach dem *Tag der Wut* wurde neben Kairo auch das restliche Ägypten von den Protesten erfasst. Vor allem in Alexandria, in Suez aber auch in vielen kleineren Städten in Oberägypten sammelten sich die Menschen auf den Straßen, um den Rücktritt Mubaraks zu fordern (vgl. Schumacher/Osman 2012: 129 f.).

Nun musste Mubarak reagieren. In einer Rede vom Abend des 28. Jänner verkündete er die Auflösung der Regierung sowie die seit 30 Jahren nicht erfolgte Ernennung eines von der Verfassung vorgesehenen Vizepräsidenten. Mubarak wollte mit kleinstmöglichen Zugeständnissen die Proteste abschwächen. Auf dem *Tahrir*-Platz hatte man sich aber bereits darauf verständigt, dass sein Rücktritt eine Grundforderung darstellt und so blieben auch seine weiteren Versuche, die Proteste mit Reformversprechen zu beenden, wirkungslos. Insbesondere als bekannt wurde, dass die Reformen darin bestanden hätten, Omar Soleiman, den Chef des Geheimdienstes *Muchabarat*, zum Vizepräsidenten und Ahmed Shafiq, ehemals Luftwaffenchef und Minister im aufgelösten Kabinett, zum neuen Kabinettsvorsitzenden zu ernennen. Nachdem absehbar geworden war, dass das Innenministerium mit der ihr unterstehenden Polizei, Mubaraks zentrales Repressionsorgan der letzten dreißig Jahren, nicht in der Lage war, die Proteste selbstständig zu beenden, musste er auf die Hilfe der Armee hoffen, und obwohl der Großteil der Hohen Offiziere ihm gegenüber loyal eingestellt war, war die Armeeführung, auch auf Grund der Sympathiebekundungen der Soldaten auf der Straße, nicht bereit mit Gewalt gegen die Demonstranten vorzugehen, sondern sie, zumindest rhetorisch, sogar zu unterstützen. Hätte die Armeeführung auf Härte gesetzt, wäre eine Spaltung zwischen den oberen und unteren Rängen nicht unwahrscheinlich gewesen (vgl. Kandil 2012: 226).

Der Oberste Militärrat (SCAF)³⁵ veröffentlichte am 31. Januar ein erstes Communiqué, in dem er klarstellte, dass die Armee keine Gewalt gegen die Demonstranten anwenden werde und ihre Forderungen als legitim erachtet (vgl. Kandil 2012: 227). Damit war aber das Ende der Gewalt noch nicht erreicht. Zwei Tage darauf, nachdem sich am ersten Februar mehr als eine Million Menschen auf dem Tahrir-Platz versammelt hatten, folgte die heftigste Eskalation auf

³⁵ Das *Supreme Council of the Armed Forces* ist ein Gremium, das sich aus hochrangigen Militärs zusammensetzt und im Kriegs- oder Katastrophenfall einberufen wird, um die Operationen der Armee zu koordinieren. Der Präsident als Oberbefehlshaber der Armee ist laut Gesetz Vorsitzender des Gremiums (vgl. Schumacher/Osman 2012: 132).

und um den Tahrir-Platz, als das Regime eine Pro-Regierungsdemonstration inszenierte, und bewaffnete Schläger die Demonstranten attackierten (vgl. Dabashi 2012: 18).

Nachdem die Repressionsstrategie ihre Wirkung verfehlt hatte, überschlugen sich am 10. Februar die Ereignisse. Der Oberste Militärrat kam ohne ihren gesetzlich vorgesehenen Vorsitzenden Mubarak zu einem Treffen zusammen, was sofort als ein *sanfter Putsch* gedeutet wurde. In der *Deklaration Nr. 1* wurde der Öffentlichkeit vom Militärrat mitgeteilt, „er sei *zusammengetreten aufgrund seiner Aufgabe, das Land zu schützen, und werde weiter tagen, um über geeignete Maßnahmen zum Schutz des Landes zu beraten.*“ (Schumacher/Osman 2012: 133) Im amerikanischen Kongress traf CIA-Direktor Leon Panetta die Aussage, Mubarak würde noch am selben Tag zurücktreten. Die mit Spannung erwartete Rede Mubaraks in den Abendstunden des 10. Februars konnte die Protestbewegung nicht besänftigen. Mubarak kündigte an, das Präsidentenamt vorübergehend an den soeben erst ernannten Vizepräsidenten abzugeben, vermied es aber seinen endgültigen Rücktritt bekanntzugeben. Eine große Menge an Demonstranten setzte sich daraufhin in Bewegung und traf erst in den frühen Morgenstunden an ihrem Ziel, dem 40 Kilometer vom Tahrir-Platz entfernt liegenden Präsidentenpalast ein, umstellte diesen und forderte weiter den endgültigen Rücktritt des Präsidenten. Die Spannung löste sich erst, als am frühen Nachmittag ein Helikopter mit Mubarak an Bord den Präsidentenpalast Richtung Sharm el-Sheik verließ und Vizepräsident Shafiq eine Erklärung abgab, in der die Übertragung der präsidentialen Befugnisse auf den Hohen Militärrat bekannt gegeben wurde. Die Armeeführung war somit, nach Jahren des politischen Bedeutungsverlustes, vorerst wieder an die Spitze des Staates zurückgekehrt. In einem weiteren Communiqué versprach sie dem ägyptischen Volk die Transitionsphase zu leiten, und freie Parlaments- und Präsidentschaftswahlen durchführen zu lassen. Nach spätestens sechs Monaten werde, so das Communiqué, die politische Führung an ein neu gewähltes ziviles Regime übergeben werden (vgl. Kandil 2012: 228).

7.2 Die Armee während der Revolution

Die Popularität der Armee erreichte nach dem erzwungenen Abgang Mubaraks und der Ankündigung, sie würde den Transitionsprozess zu einer gewählten zivilen Regierung leiten, einen Höhepunkt. In den Augen vieler Ägypter war sie ihrer stets selbst zugedachten Rolle als „Beschützerin der Nation“ gerecht geworden (vgl. Schumacher/Osman 2012: 134).

Hätte die Armee anders reagiert, wäre das Ende des Systems Mubarak sehr wahrscheinlich nicht so schnell gekommen. Die Armeeführung hat nach einer Zeit des Zögerns erkannt, dass angesichts der Breite der Proteste, ein gewalttätiges Vorgehen ihre Interessen massiv gefährdet hätte. Die Armee sah in der Revolution aber auch eine Möglichkeit, ihre Position im Staat wieder zu stärken, und neben der ökonomischen, auch wieder Relevanz in der politischen Sphäre zu erlangen. Die ökonomischen Privilegien, die der Armee in der Ära Mubarak zu Teil wurden, konnten die Armee nie ganz die verlorene Macht vergessen lassen, die sie einst im Militärregime Nassers als stärkste Armee der arabischen Welt, als Speerspitze der Hegemonialmacht Ägypten inne hatte. Hazem Kandil beschreibt das ägyptische politische System seit 1952 im Wesentlichen als den Kampf dreier unterschiedlicher Interessensverbände: „*After having been sidelined by the security and political apparatuses for years, the military saw the revolt as an opportunity to outflank its partners and get back on top.*” (Kandil 2012: 229) Kandil bezieht sich hier in erster Linie auf die „politische Gesellschaft“ und lässt die zivile Gesellschaft in dieser Betrachtung außen vor. Doch gerade die stärkste zivilgesellschaftliche Kraft, die Muslimbrüder, die sich in Anbetracht ihres Verbots schon seit Jahrzehnten auf eine, im gramscianischen Sinn, gegenhegemoniale Strategie verlagert hatten, sollten in der post-revolutionären Phase neben dem Militär die größte Rolle spielen.

Die Phase der scheinbaren Solidarisierung zwischen Armee und der Protestbewegung dauerte nicht allzu lange. Die Haltung des Hohen Militärrats, keine Gewalt gegen Demonstranten einzusetzen, hatte ihr Ende, als die Proteste nach der Absetzung und Inhaftierung von Mubarak kein Ende nahmen und sich gegen eine drohende Militärdiktatur richteten. Im März 2011 kam es zu Auflösungen von Demonstrationen und Sitzstreiks auf dem Tahrir-Platz. Von da an schienen die Polizeieinheiten des Innenministeriums wieder die gleiche Rolle wie unter Mubarak einzunehmen. Die zunehmende Brutalität im Vorgehen gegen Teile der Protestbewegung, die in ihrer Hoffnung auf eine rasche Demokratisierung enttäuscht wurden, gipfelte in einem brutalen Vorfall in Port Said vom Februar 2012, als die bekannt regimekritischen Fußballfans des Kairoer Klubs *Al-Ahly*, die in den Protesten zuvor auch den Hohen Militärrat kritisierten, von einer Übermacht gegnerischer Fans attackiert wurden, während die Sicherheitskräfte untätig zusahen. Dieser Vorfall steht symbolisch für eine Reihe ähnlicher Vorfälle, die, so eine einleuchtende These, die aktivsten Gruppierungen der Protestbewegung vor weiteren Aktionen warnen sollten (vgl. Dorsey 2013).

Die Armee hatte, was von mancher Seite in der ersten Euphorie zum Teil übersehen wurde, keine revolutionäre Agenda und unterstützte die Protestbewegung aus Gründen des

Eigeninteresses. Die Armeeführung war nicht mehr mit jener zu vergleichen, welche 1952 mit einem dezidiert revolutionären Anspruch an die Macht gekommen war. „*In short, although SCAF decapitated the political and security institutions, it refused to carry out the revolutionary changes that its forerunners resorted to in 1952 to reconfigure the regime.*” (Kandil 2012: 231)

7.3 Die postrevolutionäre Phase

Nachdem der Hohe Militärrat durch den sanften Putsch von Anfang Februar 2011 die exekutiven und legislativen Vollmachten im Staat übernommen hatte und einen Tag nach der Absetzung Mubaraks das Kabinett aufgelöst hatte, bildete sie eine Übergangsregierung aus Technokraten sowie ein Komitee, das die Verfassung von 1971 überarbeiten sollte, um den Weg für Parlaments- und Präsidentschaftswahlen frei zu machen. Am 19. März 2011 wurde die reformierte Verfassung, dessen Änderungen sich besonders auf die Kompetenzen des Präsidenten bezogen, mit über 77% angenommen. Kurz darauf, am 30. März, erließ der Hohe Militärrat eine 63 Artikel umfassende Verfassungserklärung, in der die Durchführung von Parlamentswahlen innerhalb von sechs Monaten vorgesehen waren. Dem gewählten Parlament oblag dann die Aufgabe, einen aus 100 Personen bestehenden Verfassungsrat zu bestimmen, der die Ausarbeitung einer neuen ägyptischen Verfassung zur Aufgabe hat (vgl. International Crisis Group 2012: 3).

Die Zustimmung zur Verfassungsänderung wurde vom Militärrat als Unterstützung ihrer Vorgehensweise betrachtet und bestärkte ihre Ansicht, dass ein Großteil der Ägypter eine weiterhin starke Stellung der Armee im Staat begrüße. In der Folge legte die Armee eine Strategie an den Tag, die von sich regelmäßig verändernden Zeitplänen für die Übergabe der Macht an eine zivile Regierung und einer allgemeinen Unbestimmtheit über die weitere Vorgehensweise gekennzeichnet war. Dies führte auch zu den immer wieder aufflammenden Protesten der Revolutionsbewegung, deren Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Pläne für einen demokratischen Umbau des Systems, auch angesichts der wieder stark zugenommenen Repression ab Mitte 2011, anwuchsen (vgl. International Crisis Group 2012: 4).

Im November 2011 wurden im sogenannten *El-Selmi Dokument*, benannt nach dem stellvertretenden Premierminister der von der Armee eingesetzten Übergangsregierung, Pläne bekannt, nach welchen Prinzipien sich eine zukünftige Verfassung richten sollte. Darin war unter anderem zu lesen, dass die Armee weitgehende Rechte bei der Zusammenstellung der verfassungsgebenden Versammlung erhalten sollte und das Militärbudget vor

parlamentarischer Kontrolle ausgenommen bleiben würde. Außerdem sollte die Armee ein Veto-Recht in Kriegsfragen behalten und der Staat nach zivilen und demokratischen Grundsätzen organisiert werden, was eine potentielle theokratische Ausrichtung verhindern sollte. Nachdem der Inhalt dieses Dokuments bekannt geworden war, begannen auch die Anhänger der Muslimbrüder und anderer religiöser Parteien wieder verstärkt den Militärrat zu kritisieren und die Proteste verlagerten sich erneut auf die Straße (vgl. International Crisis Group 2012: 5).

Dies alles geschah zu einer Zeit, in der auch die wirtschaftliche Lage im Land immer prekärer wurde. Die Fremdwährungsreserven verringerten sich 2011 um 80%, der Tourismus brach um über 30% ein und Ägypten musste zunehmend Kredite aufnehmen, um einen wirtschaftlichen Kollaps zu verhindern. Die Armee geriet auf Grund dieser Entwicklungen immer stärker unter Druck. „*For the SCAF, a difficult situation was becoming increasingly untenable. The protracted, contentious transition was beginning to take a heavy toll, eroding its image and weakening popular support and respect.*” (International Crisis Group 2012: 6) Erneute Großdemonstrationen, die einen Rückzug des Hohen Militärrates und der von ihr eingesetzten Übergangsregierung unter Essem Sharaf forderten, zwangen Innenminister Tantawi dazu, die Pläne des *El-Selmi-Dokuments* zurückzunehmen, die Abhaltung der Parlamentswahlen zu bestätigen und Präsidentschaftswahlen für spätestens Mitte 2012 anzukündigen (vgl. ebd.).

7.3.1 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen

Die in zwei Runden durchgeführten Wahlen für das Ober- (*Peoples Assmebly*) und Unterhaus (*Shura*) führten Anfang des Jahres 2012 zu einem deutlichen Sieg des religiösen Lagers. Die Partei der Muslimbrüder, die *Freiheits- und Gerechtigkeitspartei* konnte mit rund 36% der Stimmen über 47% der Sitze im ägyptischen Unterhaus erringen. Als zweite Kraft etablierte sich die *al-Nour-Partei*, die eine salafistische Auslegung des Islam vertritt und mit 23% der Stimmen rund 25% der Sitze im Parlament gewinnen konnte. Das Ergebnis zur Wahl des politisch weniger wichtigen Oberhauses fiel annähernd gleich aus. Entgegen den Erwartungen konnten die neu gegründeten Parteien, in denen sich die Mitglieder der aufgelösten NDP sammelten, nur wenig Zuspruch erlangen. Die Jugendbewegungen die sich zum Bündnis *The Revolution continous* zusammengeschlossen hatten, wurden ebenfalls schwer geschlagen und erreichten nur rund 3% der Sitze im Parlament (vgl. Kienle 2012: 536).

Auch die Präsidentschaftswahlen vom Juni 2012 endeten mit einem knappen Sieg des Kandidaten der Freiheits- und Gerechtigkeitspartei, Mohammed Mursi, und somit mit einem Sieg des religiös-konservativen Lagers. Der bevorzugte Kandidat des Militärs und Mitglied des *ancien régime* Ahmed Shafik unterlag, da Mursi auch von vielen säkularen und liberalen Ägyptern gewählt wurde, die einen deutlichen Bruch mit dem alten System herbeisehnten. Die Phase nach Präsidentschaftswahlen war durch einen erbitterten Machtkampf zwischen den beiden Lagern geprägt. Große Teile der Protestbewegung vom Tahrir-Platz, vor allem junge Ägypter, die für bürgerliche Freiheiten und soziale Gerechtigkeit auf die Straße gegangen waren, wurden zwischen diesen beiden Seiten aufgerieben. Es war ihnen auf Grund ihrer Heterogenität nicht gelungen, ein gemeinsames politisches Programm zu verabschieden und die Kräfte zu bündeln. Auch hatten sie dafür nur unzureichend Zeit. Durch ihr schlechtes Abschneiden bei den Parlamentswahlen spielten sie politisch nur noch eine untergeordnete Rolle in der turbulenten Transitionsphase, wenngleich sie auf der Straße aktiv blieben (vgl. Pott 2012: 41).

Die Erarbeitung einer neuen Verfassung war das zentrale Element der Transitionsphase und dementsprechend von politischen Machtkämpfen begleitet, die vor allem zwischen der Freiheits- und Gerechtigkeitspartei als stärkster politische Kraft und dem Hohen Militärrat ausgetragen wurde. Der Militärrat wollte auf jeden Fall verhindern, dass Forderungen nach einer stärkeren Kontrolle ihrer Kerninteressen, wie dem Verteidigungsetat und die wirtschaftlichen Aktivitäten, in der neuen Verfassung Eingang finden. Sie bestand zwar nicht mehr Länger auf die im *El-Selmi-Dokument* vorgesehenen *überkonstitutionellen Rechte*, letztendlich wurde ein Teil dieser Bestimmungen aber doch in die Verfassung von 2012 übernommen (vgl. El Dine 2013: 3). Nachdem der Verfassungsentwurf Ende 2012 den Bürgern zur Abstimmung vorgelegt und mit deutlicher Mehrheit angenommen wurde, schien vieles dafür zu sprechen, dass es zwischen dem Militär und den Muslimbrüdern zu einer Machtteilung kommen würde. Während der Armee eine weitgehende Autonomie bei ihren Kerninteressen erhalten blieb, konnte Mursi vor allem innenpolitisch viele Kernprojekte der Muslimbruderschaft verfolgen.

7.3.2 Der Konflikt zwischen dem Militär und den Muslimbrüdern

Die politische Krise, die Ägypten seit der Machtergreifung der Muslimbruderschaft erfasste, ist auch Ausdruck der mangelnden Kooperationsbereitschaft der politischen Akteure. Dies trifft gleichsam auf die Führungsriege der Muslimbruderschaft um Mohammed Mursi und

Khairat al-Shater wie auch auf wichtige Vertreter der Opposition zu, die sich Ende 2012 in der *National Salvation Front* (NSF) sammelten. Von der Opposition wurde Mursi von Beginn an vorgeworfen, dass er völlig kompromisslos regiere und anstrebe, die Institutionen des Staates nur mit Mitgliedern des religiösen Lagers zu besetzen (vgl. International Crisis Group 2013: 3).

Schon vor Verabschiedung der Verfassung gab es heftige Kritik an einem Dekret, dass kurz vor der eigentlichen Verfassungsabstimmung bekannt wurde und die Macht des Präsidenten beträchtlich ausgebaut hätte. Das Dekret vom 22. November 2012 sah vor, die Rechte des Obersten Verfassungsgerichts einzuschränken sowie die exekutiven Rechte des Präsidenten auszuweiten. Dies war auch eine Reaktion auf die zuvor angeordnete Auflösung des Unterhauses durch das Verfassungsgericht. Auf Grund der heftigen Proteste zog Mursi das Dekret zwar zurück, die Abstimmung zur Verfassung, deren Ausarbeitung von der Opposition größtenteils boykottiert wurde, fand kurz darauf aber dennoch planmäßig statt. Mursis Präsidentschaft begann somit schon mit einer ungelösten Krise, die das Verhältnis zwischen Opposition und Regierungspartei bereits nachhaltig beschädigt hatte. Ein Dialog zwischen Regierung und Opposition war von diesem Zeitpunkt an kaum noch möglich. Die Opposition lehnte in der Folge auch jegliche Aufforderungen für einen Dialog von Seiten Mursis ab, da sie darin nur den Versuch sah, seiner aus ihrer Sicht autoritären Politik mehr Legitimation zu verleihen (vgl. International Crisis Group 2013: 3 f.).

Die Kritik an Mursi und seiner Regierung verstärkte sich ab Anfang 2013 kontinuierlich. Die Kritiker sammelten sich in der *Tamarrod-Bewegung*.³⁶ In ihr waren Angehörige unterschiedlicher Oppositionsparteien, parteilose Aktivisten aber auch Mitglieder des alten Establishments vertreten. Viele Ägypter, die sich den Protesten gegen Mursi anschlossen, taten das auch auf Grund der sich weiter verschlechternden wirtschaftlichen Lage und der zunehmend prekären Sicherheitssituation. Im Juni 2013 erreichten die Proteste ihren Höhepunkt. Die Armee, deren Verhältnis zu Mursi sich zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich abgekühlt hatte, verkündete über Verteidigungsminister al-Sisi, dass sie, wenn es nicht zu einer politischen Einigung kommen werde, intervenieren müsse, um eine Eskalation der Situation zu verhindern (vgl. International Crisis Group 2013: 4). Nachdem es am 30. Juni 2013 zu den größten Protesten seit dem Rücktritt Mubaraks gekommen war und Mursi nicht

³⁶ Die Gründer der *Tamarrod-Bewegung* sind größtenteils ehemalige Aktivisten der *Kifaya-Bewegung*, die sich 2004 gründete und gegen eine erneute Kandidatur Mubaraks sowie eine Übergabe der Macht an seinen Sohn Gamal protestierte. Die *Kifaya-Bewegung* entwickelte sich zu einer der größten Oppositionsbewegungen der Ära Mubarak. Im Zuge der Proteste gegen Mursi sammelte die Bewegung mehr als 15 Millionen Unterschriften für seinen Rücktritt (vgl. International Crisis Group 2013: 3).

auf die Forderung nach einer vorgezogenen Präsidentschaftswahl eingegangen war, setzte die Armeeführung am 1. Juli Mursi ein 48-stündiges Ultimatum, die Forderungen der Demonstranten zu erfüllen. Mursi selber rechnete wohl nicht mit einer tatsächlichen Intervention der Armee und ließ das Ultimatum verstreichen. Daraufhin verkündete die Armeeführung die Aufhebung der Verfassung von 2012 und die Absetzung des Präsidenten.³⁷ Am selben Tag stellte die Armeeführung dann ihre *roadmap* vor. Adly Mansour, der Vorsitzende des Obersten Verwaltungsgerichts wurde als Übergangspräsident bestimmt und ein neuer Verfassungsgebungsprozess wurde beschlossen (vgl. ebd. 5 f.).

Die oft vermutete Allianz zwischen Armee und der Muslimbruderschaft (vgl. Roll 2012) war somit nur von kurzer Dauer, wenn sie überhaupt jemals bestand. Die Armeeführung war insbesondere durch das eigenständige Vorgehen in außenpolitischen Fragen erzürnt, da sie diesen Bereich als Teil ihrer angestammten Domäne, der Sicherheitspolitik, ansah. So verkündete Mursi unter anderem den Abbruch diplomatischer Beziehungen zu Syrien, was in der Armee auf Unverständnis stieß (vgl. International Crisis Group 2013: 4 f.).

Die Ereignisse seit der Absetzung Mursis zeigen, dass die Armee und die ägyptischen Sicherheitsapparate mit äußerster Brutalität gegen Anhänger der Bruderschaft vorgehen. Die Räumung der Protestcamps und das Vorgehen gegen Demonstrationen haben viele Todesopfer gefordert. Doch es wird nicht nur gegen die Muslimbrüder vorgegangen, auch die Repression gegenüber den revolutionären Jugendbewegungen hat sich weiter erhöht. Gewalt ist zu einem zentralen Element der politischen Auseinandersetzung in Ägypten geworden und macht einen zukünftigen Kompromiss zwischen den verschiedenen politischen Spektren zunehmend unwahrscheinlich. Aktuell scheint General al-Sisi, der neben dem Amt des Verteidigungsministers, nun auch das des stellvertretenden Ministerpräsidenten innehat, der neue starke Mann im Staat zu sein. Dem Leiter der Übergangsregierung Adli Mansour oblag es, ein Komitee für einen neuen Verfassungsgebungsprozess³⁸ zu nominieren. Die neue Verfassung wurde Mitte Jänner 2014 angenommen (vgl. International Crisis Group 2013: 6). Die Armee um al-Sisi, der sehr wahrscheinlich auch zu den terminlich noch nicht fixierten Präsidentschaftswahlen antreten wird, hat sich im internen Machtkampf durchgesetzt. Der autoritäre Charakter Ägyptens scheint sich somit auch in absehbarer Zeit nicht zu ändern. Das

³⁷ Mursi, al-Shater und viele weitere Mitglieder der Führungsriege der Muslimbrüder wurden daraufhin verhaftet und in mehreren Punkten angeklagt. Mursi wird unter anderem Hochverrat vorgeworfen. Insgesamt dürften seitdem mehr als 3500 Mitglieder der Muslimbrüder verhaftet worden sein. Bei den Protesten, die sich gegen Mursis Absetzung richteten, wurden über 1300 Personen getötet (vgl. Human Rights Watch 2013).

³⁸ Die Mitte Jänner 2014 verabschiedete Verfassung ist kein völlig neuer Entwurf, sondern eine abgeänderte Form der Verfassung von 2012. Das von Adli Mansour ernannte 50-köpfige Verfassungskomitee kann aber in keiner Weise als demokratisch legitimiert bezeichnet werden. Der religiöse Charakter wurde in der neuen Version deutlich abgeschwächt und die Rolle der Armee weiter gestärkt (vgl. Gehlen 2014)

völlige Fehlen eines Konsenses über die weitere Entwicklungsrichtung Ägyptens zwischen den wichtigsten Akteuren, schürt Befürchtungen, dass die zukünftige Entwicklung keine friedliche sein wird.

7.4 Kein Ende prätorianischer Verhältnisse? Zur Frage der politischen Kontrolle des Militärs

Die hier dargestellten postrevolutionären Entwicklungen haben letztendlich dazu geführt, dass Ägypten heute, viel mehr noch als unter der Herrschaft von Sadat und Mubarak, wieder als Militärregime bezeichnet werden muss. Die kurze Phase der politischen Liberalisierung erwies sich als nicht stabil genug, um einen Rückfall in ein autoritäres und von mangelnder Gewaltentrennung gekennzeichnetes System zu verhindern. Die Armee ist auch im postrevolutionären Ägypten die bei weitem durchsetzungsstärkste Kraft in der institutionellen Landschaft. Die wenigen Institutionen, die neben der Armee im Staat etabliert sind, sind nicht unabhängig genug, um eine freiere politische Ordnung zu gewährleisten. In der Arbeit wurden bereits einige Ansätze dargestellt, die sich auf endogene Ursachen der Persistenz autoritärer politischer Systeme konzentrieren. Joél Migdal (1988) sieht die Schwäche postkolonialer Staaten darin begründet, dass die staatlichen Institutionen oft nicht in der Lage sind, die Gesellschaften soweit zu durchdringen, dass diese ihr Handeln an die staatlichen Vorstellungen anpassen. Der Ansatz der Neopatrimonialismus und sein politökonomisches Pendant, die Rentenstaatstheorie, betrachten die Abgeschlossenheit des politischen und ökonomischen Systems als Folge enger Patronagebeziehungen zwischen dem Patron und den restlichen Eliten der dominanten Klassen.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt der Neo-Institutionalismus, auch neue Institutionenökonomik genannt, dessen bekanntester Vertreter Douglass North ebenfalls, wie Migdal, eine historische Perspektive einnimmt, um die Schwäche staatlicher Institutionen bzw. Organisationen zu erklären. Auf North geht das Konzept des *natural state* zurück. Im Kern besagt Norths Charakterisierung eines *natural state*, dass in solchen Staaten die politische Entscheidungsfindung weitestgehend abgeschlossen ist. An der Spitze des Staates hat sich eine Elite positioniert, deren Netzwerk auf persönlichen Beziehungen beruht und die durch Sicherung und Monopolisierung der Renteneinkommen³⁹ einen Anreiz haben, die

³⁹ Die Definition von Renten weicht in der Institutionenökonomik von dem in dieser Arbeit verwendeten, auf den Rentenstaatsansatz zurückgehenden Rentenbegriff ab. Die Definition lautet: „Eine Rente ist jener Teil des

Elitenkoalition aufrecht zu erhalten (vgl. North/Wallis/Weingast 2011: 21). North verzichtet zwar auch auf Grund seiner historischen Perspektive auf den Terminus des Autoritarismus, im Grunde gleichen sich aber viele Aspekte zwischen natürlichen und autoritären Staaten. Deshalb ist es auch für den Fall von Ägypten von Interesse sich näher mit den von North ausgiebig dargestellten Übergangsbedingungen auseinanderzusetzen, die einen *natural state* in einen Staat mit „Zugangsfreiheit“, also einem offenen politischen System mit Gewaltentrennung, transformieren können.

Was im Neo-Institutionalismus besonders deutlich hervorgehoben wird, ist die Bedeutung von Institutionen. Unter Institutionen werden bei North aber nicht nur materialisierte staatliche Institutionen verstanden, die er als Organisationen bezeichnet, sondern der Begriff hat eine weiter gefasste Bedeutung und bezieht sich auf die allgemeinen „Spielregeln“ einer Gesellschaft. Dazu zählen Regeln, Konventionen, geschriebenes Recht aber auch gemeinsame Vorstellungen über die Welt und wie diese durchgesetzt werden sollen (vgl. North/Wallis/Weingast 2011: 16). Der in Ägypten vorerst gescheiterte Übertritt in ein demokratischeres, offeneres politisches System ist in dieser Perspektive auf das Fehlen solcher formloser Institutionen zurückzuführen, die einen gewaltfreien Umgang zwischen den einzelnen Akteuren ermöglichen hätten können. Die jahrzehntelange autoritäre Herrschaft hat ein politisches System hinterlassen, dessen Institutionen, verstanden als „Spielregeln“, aber auch als staatliche Organisationen, noch immer von den Konflikten der autoritären Ära geprägt sind. Nathan Brown (2013: 52) sieht das Scheitern einer möglichen demokratischen Transformation gerade darin begründet, dass sich die politischen Akteure der Post-Mubarak Zeit nicht von den alten „Spielregeln“ verabschieden konnten und so ein Konsens zwischen ihnen unmöglich gemacht wurde.

A virtually permanent official state of emergency may have come to an end in 2012, but authoritarian practices and procedures had become so deeply woven into laws and institutions that it sometimes seemed to political rivals as if their only way to deal with one another was to reach for the very sticks that had been wielded against them in the past.

Das Erbe des ägyptischen Autoritarismus mit seinem pseudodemokratischen Anstrich und den bedeutungslosen Wahlen haben dazu geführt, dass die einzelnen Akteure auch mit falschen Erwartungen in den demokratischen Prozess eingestiegen sind. Das Misstrauen, das zwischen den Akteuren vorherrschte und die Skepsis gegenüber den demokratischen Prozessen konnte in der kurzen Zeit nicht überwunden werden. „*Everyone was suspicious that democratic*

Ertrages eines wirtschaftlichen Gutes, der den Ertrag desselben in seiner zweitbesten Verwendung übersteigt.“ (North/Wallis/Weingast 2011: 20)

promises were worth little [...], and that democratic procedures were nothing but traps destined to end up helping only one's rivals.“ (Brown 2013: 53)

Diese institutionellen Rahmenbedingungen erleichterten es der Armee als einzig kohärente Institution den Anschein zu erwecken, sie sei der Akteur, der das Land vor einem politischen Chaos schützen könnte. Das augenscheinlichste Problem in Bezug auf einen demokratischen Wandel in Ägypten, ist die nicht vorhandene Kontrolle des Militärs als wichtigsten Teil jener Koalition, die den Staat und seine Organisationen im Sinne Norths kontrolliert und somit staatliche Macht eng mit den Mitgliedern der Elitenkoalition verknüpft.

Wenn aktive Unterstützung von Seiten der Streitkräfte erforderlich ist, um die Kontrolle über zivile staatliche Einrichtungen zu bewahren oder zu erlangen, dann gibt es in dieser Gesellschaft keine politische Kontrolle des Militärs. Wenn in zivilen Institutionen, sei es in der Gesetzgebung oder in der Verwaltung, Offiziere als (gleichsam uniformierte) Beamte tätig werden, dann gibt es in dieser Gesellschaft keine politische Kontrolle des Militärs. Wenn das Militär als Organisation Eigentümer erheblicher wirtschaftlicher Werte ist, die es ohne Zustimmung ziviler Behörden veräußern oder erwerben kann, dann gibt es in dieser Gesellschaft keine politische Kontrolle des Militärs. (North/Wallis/Weingast 2011: 183)

Ägypten steht vor dem Dilemma, wie eine politische Kontrolle des Militärs erreicht werden kann, wenn diese doch auch gleichzeitig der wichtigste Teil der politischen Allianz an der Staatsspitze ist. Unter diesen Umständen erscheinen eine Konsolidierung ziviler demokratischer Herrschaft und eine zivile Kontrolle der Armee fast ausgeschlossen. Letztendlich geht es um die Frage wie der prätorianische Charakter der ägyptischen Armee beseitigt werden kann. In diesem Zusammenhang wird von vielen Seiten immer wieder auch auf das „Türkische Modell“ verwiesen. Die Türkei hat eine ähnlich lange Geschichte an militärischen Interventionen in die Politik, scheint in den letzten beiden Jahrzehnten allerdings einen Weg gefunden zu haben, das Militär soweit zu kontrollieren, dass es von direkten Eingriffen in die Politik absieht. Ägypten und die Türkei weisen auf den ersten Blick auch viele Ähnlichkeiten auf: Beide haben ein verhältnismäßig großes Militär mit einer jeweils langen Geschichte an politischer Einflussnahme und dem Selbstverständnis das politische System „überwachen“ zu müssen. Beide sind sehr bevölkerungsreiche Länder, haben starke religiös motivierte Organisationen und tendenziell religiöse Mittelschichten (vgl. Hashim 2011: 120). Hashim zu Folge gibt es zwei unterschiedliche Diskurse über das türkische Modell. Den ersten, der vorwiegend im Westen beheimatet ist, beschreibt er wie folgt: Die türkische Armee intervenierte zwischen 1960 und 1997 viermal und immer dann, wenn sich die Regierungen ihrer Ansicht nach zu sehr von den säkularen Prinzipien des Staatsgründers der modernen Türkei, Kemal Atatürk, entfernt hatten. Das Militär übertrug nach den Interventionen die politische Macht aber jeweils wieder an zivile Kräfte. Kritiker

sehen darin aber eher die Lehre, dass die Türkei sich weniger auf Grund einer sich professionalisierten Armee demokratisierte, sondern trotz ihr. Hashim ist daher auch der Meinung, dass die demokratischen Reformen eher auf strukturelle Faktoren zurückzuführen sind. Hier nennt er vor allem die Beitrittsperspektive der Türkei zur Europäischen Union (vgl. ebd. 121). Solche Anreize fehlen allerdings in Ägypten völlig. Vielmehr scheint es so zu sein, dass die internationalen Akteure, wie die USA, die Einfluss in Ägypten haben, wenig Anreize setzen, um die einzelnen Akteure dazu zu bewegen, sich mehr an demokratische Normen zu halten. *„There is no critical external actor to play the role of The European Union and constrain the Egyptian military from threatening democratization.“* (ebd.)

Die zweite Form des Diskurses über das türkische Modell, die Hashim vornehmlich in der arabischen Welt verortet, ist der Wandel des türkischen Sicherheitssektors unter der Regierung der demokratisch-islamischen AKP unter Tayyip Erdogan. *„It will be a long time before the arab world begins to approximate what Turkey has achieved so far in formulating and implementing an ethos of civilian control over the military, particularly with respect to national security and budgetary issues.“* (Hashim 2011: 121) Auch Pott verweist auf die Transformation zivil-militärischer Beziehungen unter der AKP als mögliches Szenario für Ägypten, um eine „islamische Demokratie“ zu konsolidieren. Ihm zufolge ist die breitere Unterstützung der AKP, auch durch liberale Kräfte, darauf zurückzuführen, dass sie sich vom „ideologischen Islamismus“ verabschiedet hat, und wirtschaftliche Reformen und eine Zuwendung zu Europa in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt hat (vgl. Pott 2012: 191 f.).

7.5 Der Arabische Frühling als Ende einer hegemonialen Konstellation

Aus einer von Gramscis Hegemonie-Konzept inspirierten Perspektive kann der Arabische Frühling als das Ende einer stabilen hegemonialen Konstellation auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene bzw. als ein Zusammenbruch der alten hegemonialen Konstellation gedeutet werden. Die für längere Zeit bestehenden Kompromisse waren demnach nicht mehr wirkungsvoll genug, um die „Subalternen“ zufrieden zu stellen bzw. konnten oder wollten die Herrschenden diese Kompromisse nicht mehr aufrechterhalten. Aktuell scheint ein neuer Hegemoniebildungsprozess noch nicht abgeschlossen und es muss die Frage gestellt werden, ob eine stabile hegemoniale Konstellation unter den derzeitigen Bedingungen überhaupt möglich ist, oder ob die Ereignisse der letzten drei Jahre nicht der Beginn einer instabilen Phase sind, in der die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse nur durch Zwang aufrecht

erhalten werden können, es aktuell also auf eine „*Diktatur ohne Hegemonie*“ (Morton 2012: 189) hinausläuft.

Auf nationaler Ebene sind die vorläufigen Ergebnisse in gewisser Weise widersprüchlich. Hatte sich bis Mitte 2013 eine vordergründig völlig neue politische und gesellschaftliche Ausrichtung abgezeichnet, so betonen viele Autoren, dass sich auf dem zweiten Blick auch unter Mursi die grundlegende politökonomische Ausrichtung nicht so sehr gewandelt hätte. Wirtschaftspolitisch hätten die Muslimbrüder nichts Wesentliches an der neoliberalen Ausrichtung des alten Regimes verändert. Dem Privatsektor wurde im wirtschaftspolitischen Programm der Bruderschaft weiter eine zentrale Rolle eingeräumt, insbesondere die Bedeutung von *Public Private Partnership*-Initiativen wurde mehrfach hervorgehoben, und auch ein Umbau des Steuersystems wurde nicht anvisiert. Die Führungsriege der Muslimbruderschaft um den verhinderten Präsidentschaftskandidaten und größten Financier der Organisation, Kheirat al-Shater, gilt selbst als Teil des Unternehmertums und dürfte somit wenig Interesse an einer Politik gehabt haben, die auf eine stärkere Besteuerung dieser hinausläuft. Auch in anderen Bereichen war die Wirtschaftspolitik eher von Kontinuität denn von großem Reformeifer geprägt. Die Zusammenarbeit mit dem IWF wurde weiter geführt, wenn es auch nicht zu dem anvisierten Abschluss eines neuen Kreditprogrammes kam (vgl. Roll 2013: 13 ff.).

Der Arabische Frühling kann aber auch als eine Folge der allgemeinen Krise des neoliberalen Projekts auf globaler Ebene interpretiert werden. „*As is evident from Greece, Spain and the UK, the unrest is not limited to the Arab or to the Muslim world. [...] From Senegal through to Zimbabwe and Djibouti, African countries are equally affected by these uprisings [...].*“ (Dabashi 2012: 24) Hamid Dabashi sieht die Proteste in der arabischen Welt nur als Teil einer globalen Legitimationskrise des Neoliberalismus im Zuge der global zu beobachtenden Austeritätsmaßnahmen als Antwort auf die Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen trotz der oft anzutreffenden Meinung, diese wäre auf die kapitalistisch weiter entwickelten Zentren wie Europa und Nordamerika beschränkt gewesen, global zu spüren sind (vgl. Hanieh 2011: 43).

Die Krise der neoliberalen Akkumulationsstrategie auf globaler Ebene trifft auch mit dem Ende des US-amerikanischen Unilateralismus zusammen. Der Bedeutungsverlust der USA im Weltsystem wird schon seit den 80ern thematisiert. Im Kontext des Nahen und Mittleren Ostens sieht Peter Pawelka einen Niedergang *struktureller Hegemonie* der USA, die in eine Phase *imperialer Hegemonie* übergegangen ist. Die strukturelle Hegemonie, die, so Pawelka bis Mitte der 1980er andauerte, ist durch „*eine hochentwickelte strukturelle Kontrolle und*

eine schwache direkte Kontrollkapazität geprägt.“ (Pawelka 1998: 116) In der darauffolgenden Phase *imperialer Hegemonie* setzte die USA wieder verstärkt auf Mittel des Zwangs, also auf direkte militärische Eingriffe, eine verstärkte Militärpräsenz und eine Ausweitung militärischer Hilfen an ihre Klientelstaaten (ebd.). Diese Phase kann angesichts der auch seit 2000 andauernden militärischen Interventionen, wie dem Irak- und Afghanistankrieg als nach wie vor andauernd angesehen werden.

8 Conclusio

Die historische Auseinandersetzung über die Bedeutung der Armee für das autoritäre politische System Ägyptens und die Gründe, weshalb die Armee nach wie vor eine derart große Rolle spielt, eröffnete viele interessante Einsichten in die Entwicklung in dieses zur Zeit von so vielen Problemen heimgesuchte Land. Als im Westen beheimateter Beobachter neigt man dazu, das normativ aufgeladene Konzept der Demokratie als einzig anzustrebendes Ziel zu sehen und verkennt dabei oft regionale, historisch gereifte Spezifika, die einer solchen gesellschaftlichen Entwicklung entgegenstehen. Die in der Arbeit eingenommene historische Perspektive sollte der konflikthaften, historischen Entwicklung Rechnung tragen und etwas zur Beantwortung der Frage beitragen, weshalb die Staaten des Nahen und Mittlere Osten im Allgemeinen, und Ägypten im Speziellen, einen derart robusten autoritären Charakter angenommen haben und eine Transformation zu einem freieren politischen System in vielen Fällen einen derart konflikthaften Verlauf annimmt.

Die historische Perspektive hat verdeutlicht, dass der ägyptische Entwicklungsweg im 19. und 20. Jahrhundert durchgehend von externen Einflussnahmen geprägt war. Als Beginn dieser Phase kann die Ära Mehmed Alis gesehen werden, in dessen Herrschaft die Grundlagen des modernen ägyptischen Staats gelegt wurden. Seine Herrschaft hinterließ aber auch eine Gesellschaft, die von Zwang und Disziplinierung geprägt wurde, um ein staatsgeleitetes Modernisierungsprogramm zu initiieren, in dessen Zentrum der Aufbau einer modernen Armee stand. Dieses Entwicklungsmodell stieß bald an seine Grenzen, da einerseits die nötige Ressourcenbasis fehlte und andererseits die europäischen Mächte zunehmend über das Aufkommen einer neuen Hegemonialmacht in der strategisch so wichtigen Region besorgt waren. Die europäische Einflussnahme wurde in der Folge vor allem durch die zugenommene finanzielle Abhängigkeit Ägyptens erreicht, die auf die Politik der Nachfahren Mehmed Alis zurückzuführen war. Durch diese Abhängigkeit vergrößerte sich der Einfluss der europäischen Mächte, und mündete schließlich in der britischen Kolonialherrschaft, die den Beginn der Peripherisierung der ägyptischen Wirtschaft einläutete. Die Nationalbewegung wurde bis zum Beginn der britischen Herrschaft vor allem durch die ägyptische Armee geprägt, die zu dieser Zeit in der ägyptischen Gesellschaft der einzige Akteur war, der die Allianz aus Königshaus, Landaristokratie und Kolonialmacht herausfordern konnte.

Auch nach dem offiziellen Ende der britischen Kolonialherrschaft bestand der Einfluss Großbritanniens durch die Allianz zum ägyptischen Königshaus weiter. Die politische und wirtschaftliche Lage im Land sowie die regionalen Turbulenzen infolge der israelischen

Staatsgründung, führten zum Putsch der ägyptischen Armee um General Nasser, die ihre Machtergreifung als Fortsetzung der revolutionären Tradition der Armee darstellte und von da an zur zentralen Institution im Staat avancierte.

Diese Arbeit war auch der Versuch, die Strategien und Methoden der ägyptischen Armee darzustellen, die ihr eine bestimmende Position im ägyptischen Staat seit der Machtergreifung durch die Freien Offiziere sichern sollten. Die zentrale Frage bezog sich darauf, wie die ägyptische Armee gegen andere gesellschaftliche Akteure ihre hegemoniale Position im Staat verteidigte.

Die These einer hegemonialen Stellung der Armee lässt sich angesichts der historischen Analyse nicht aufrechterhalten. Es kann zumindest nicht von einer konsensgetragenen Hegemonie gesprochen werden. Die Armee war stets ein wichtiger Teil des Regimes, dessen Stabilität einer wechselhaften Konjunktur unterworfen war. In manchen Phasen, etwa unter Nasser, kann man von einer konsensual abgesicherten Herrschaft sprechen. Der Gesellschaftsvertrag führte dazu, dass auch der Großteil der Bevölkerung die politische Hegemonie Nassers mittrug. Dennoch spielte auch unter Nasser die Repression als Zwangsmittel gegenüber Akteuren, die die Stabilität gefährdeten, eine große Rolle. Dies gilt auch für Sadats und Mubaraks Amtszeit gleichermaßen. Der Konsens, der die hegemoniale Konstellation absicherte, wurde vor allem durch die Öffnung der ägyptischen Wirtschaft und einer damit einhergehenden Erosion sozialer Absicherung und einer zunehmend willkürlichen Repressionsstrategie aufgelöst.

In der Folge wandelte sich die Rolle der Armee. Ihre unter Nasser hochgehaltene Selbstdarstellung als Befreierin der Nation und als anti-imperialistisches Bollwerk rückte in den Hintergrund. Nach dem Friedensschluss mit Israel wurde sie in ein von den USA geleitetes militärisches Bündnis integriert und die ägyptische Wirtschaft zunehmend marktwirtschaftlichen Prinzipien ausgesetzt. Diese damit eingeleitete Entwicklung führte zu einer Fragmentierung und Polarisierung innerhalb der ägyptischen Gesellschaft, zu einem weiteren Erstarken gegenhegemonialer Bewegungen wie der Muslimbruderschaft und zu einem politischen System, in dem der Zwang gegenüber einem Konsens deutlich überwog.

Die Armee war lange Zeit auch das bevorzugte Mittel des Regimes, um diejenigen Kräfte zu unterdrücken, die die Stabilität des Regimes gefährdeten. Unter Sadat und insbesondere unter Mubarak wandelte sich die Rolle der Armee im Staat. Die Repression wurde von den kontinuierlich ausgebauten Sicherheitskräften, die dem Innenministerium unterstehen, übernommen und die Armee zog sich zunehmend aus dem politischen Tagesgeschäft zurück.

In Phasen der Krise blieb die Armee aber nach wie vor die letzte Option des Regimes, um gegen politische Herausforderungen vorzugehen. Seit Sadats Infitah-Politik verlagerte die Armee ihren Fokus vor allem auf die wirtschaftlichen Aktivitäten, die ihr im Zuge des Friedensschlusses mit Israel von der politischen Führung gewährt wurden, um den mächtigen Militärapparat weiterhin in das Herrschaftssystem zu integrieren und ihn nicht zu einem potentiell destabilisierenden Faktor werden zu lassen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Armee ergibt sich aus mehreren Bereichen, deren Erträge besonders der Führungselite zu Gute kommen, die aber auch dafür verwendet werden, der Offiziersklasse ein im Vergleich zur breiten Bevölkerung relativ angenehmes Leben zu ermöglichen. Als die wichtigsten Bereiche fungieren zum einen die Rüstungsindustrie, die als die größte im arabischen Raum gilt, aber dennoch auf internationaler Ebene nur bedingt konkurrenzfähig ist. Der zweite wichtige Bereich sind die zivilwirtschaftlichen Aktivitäten der Armee, deren Grundlage mit der Gründung der NSPO unter Sadat gelegt wurde und bis heute ein weitreichendes Netzwerk an in unterschiedlichen Bereichen tätigen Unternehmen unterhält. Die Darstellung dieser Aktivitäten stellte sich allerdings als schwieriger heraus als gedacht, da nur wenige Unternehmen wirklich namentlich zu eruieren sind und die vorhandene Forschung dazu meist schon länger zurückliegt. Im Zuge des Arabischen Frühlings entwickelte sich zwar ein reges Interesse an diesem Aspekt, viele Arbeiten beziehen sich aber immer noch auf wenige Quellen und kratzen daher nur an der Oberfläche. Die Aufrechterhaltung der ökonomischen Macht war für die Armee jedenfalls ein wichtiger Grund, um von Hosni Mubarak abzurücken und die Protestbewegung Anfang 2011 vordergründig zu unterstützen. Für die Armee war der Umbruch von 2011 auch eine Gelegenheit, ihre Position gegenüber der Unternehmerklasse zu stärken, die unter Mubarak erstarkte und mit der sie in vielen Bereichen in direkter Konkurrenz stand.

Noch wichtiger als die ökonomische Dimension ist die externe Dimension für die dominante Stellung der Armee im Staat. Die Armee und ihre Wunsch nach einer Bewaffnung, die durch eigene Produktion nicht erreicht werden konnte, beeinflusste bis zum ägyptisch-israelischen Friedenvertrag das politische System Ägyptens deutlich. Im Inneren kam es im Zuge des Aufbaus des neopatrimonialen bürokratisch-autoritären Staates zu einer Verschmelzung zwischen militärischer und politischer Elite, welche vor allem unter Nasser sichtbar wurde. Dies wirkte sich direkt auf die ägyptische Außenpolitik aus, die erheblich vom Streben der Armee nach einer modernen Bewaffnung beeinflusst wurde, um die angepeilte Führungsrolle in der Region auch mit militärischer Schlagkraft abzusichern. Die militärische Allianz zur

Sowjetunion wurde mehr von diesen pragmatischen Überlegungen als von ideologischer Überzeugung getragen.

Die unter Sadat begonnene Zuwendung zum Westen und insbesondere zur USA, war zwar nicht mehr in dem Ausmaß militärischen Überlegungen geschuldet, sie spielten aber dennoch eine Rolle. Für die USA war eine enge Allianz zu Ägypten, vor allem auch vor dem Hintergrund geopolitischer Veränderungen im Nahen und Mittleren Osten, relevant. Für Ägypten bot die Allianz die Möglichkeit die Armee zu modernisieren und politische Renten zu lukrieren, gleichzeitig musste sie dadurch aber auch ihre Führungsrolle in den panarabischen Bestrebungen aufgeben, Israel zu einem Abzug aus den besetzten Gebieten zu bewegen.

Die Armee hat aktuell, wie die post-revolutionären Ereignisse gezeigt haben, eine enorme Macht. Diese Macht ist aber nur bedingt konsensual abgesichert und deutlich stärker durch Zwangselemente geprägt. Es besteht wohl kein Zweifel, dass ein nicht kleiner Teil der Bevölkerung die Armee nach wie vor als jene Institution betrachtet, die am ehesten dazu in der Lage ist, die Nation durch die derzeitige Krise zu führen. Gleichzeitig hat sie durch ihre Interventionen im politischen Transformationsprozess gegen die Muslimbruderschaft ihre selbst zugeschriebene Position als Hüterin der Nation endgültig aufgegeben und den historisch gereiften Konflikt neu entfacht. Das politische System Ägyptens weist daher noch immer einen prätorianischen Charakter auf, wenngleich die Ursachen hierfür nicht nur endogener sondern auch exogener Natur sind.

Auf internationaler Ebene ist die Einbindung Ägyptens in die globale hegemoniale Konstellation nicht unbedingt durch direkte Formen der Gewalt oder ihrer Androhung geprägt. Gleichwohl ist es seit Beginn der 80er zum Bedeutungsgewinn einer international orientierten Unternehmerklasse gekommen, die die Integration Ägyptens in die globalisierte Wirtschaft massiv vorangetrieben hat. Die Armee scheint hierbei keine aktive Rolle gespielt zu haben, profitierte aber durch die Einbindung in die militärische Allianz zu den USA. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Armeeführung, die allem Anschein nach nicht vorhat, sich schnell aus der politischen Sphäre zurückzuziehen, gegenüber der Hegemonialmacht USA verhalten wird. Ein Kurswechsel scheint allerdings ausgeschlossen zu sein und weder von Ägypten noch von den USA, die nur kurzzeitig mit der Aussetzung militärischer Unterstützung drohten, angestrebt zu werden.

Als zentrales Problem bleibt die Tatsache, dass die innenpolitische Landschaft auf absehbare Zeit stark polarisiert bleiben wird und eine Überwindung der Bruchlinien zwischen den

gesellschaftlichen Kräften zurzeit höchst unwahrscheinlich erscheint. Die Armee wird ihre politische Macht nur durch Repression und Zwang aufrechterhalten können. Eine Normalisierung der Beziehungen zur mittlerweile wieder verbotenen Muslimbruderschaft ist derzeit nicht zu erwarten und eine weitere Radikalisierung von Teilen ebendieser zu befürchten. Der Militarismus der letzten Jahrzehnte, die unter Mubarak enorm zugenommene Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft, verursacht vor allem auch durch eine Wirtschaftspolitik, die der wirtschaftlichen Struktur Ägyptens entgegensteht, haben ein Land hinterlassen, in dem auf absehbare Zeit eine weitere Verschärfung ökonomischer und politischer Probleme droht.

9 Literaturverzeichnis

Monographien

- Abdel-Malek, Anouar (1971): Ägypten: Militärgesellschaft. Das Armeeregime, die Linke und der soziale Wandel unter Nasser. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Barnett, Michael N. (1992): Confronting the Costs of War: military power, state, and society in Egypt and Israel. New Jersey: Princeton University Press
- Bromley, Simon (1991): American hegemony and World Oil: The Industry, the state System and the World Economy. Cambridge: Polity
- Cook, Steven A. (2012): The struggle for Egypt: from Nasser to Tahrir Square. Oxford: Oxford University Press
- Cook, Steven A. (2007): Ruling but not governing: the military and political development in Egypt, Algeria, and Turkey. Baltimore: John Hopkins University Press
- Dabashi, Hamid (2012): The Arab Spring: The End of Postcolonialism. London, New York: Zed Books
- Fahmy, Khaled (2002): All the Pasha's Men: Mehmed Ali, his army and the making of the modern Egypt. Kairo: American University in Cairo Press
- Fitzi, Gregor (2004): Max Webers politisches Denken. Konstanz: UVK
- Hanieh, Adam (2011a): Capitalism and Class in the Gulf Arab States. New York: Palgrave Macmillan
- Hinnebusch, Raymond (2003): The international politics of the Middle East. Manchester: Manchester University Press
- Hinnebusch, Raymond (1985): Egyptian Politics under Sadat. The Post-Populist Development of an Authoritarian-Modernizing State. London, Boulder: Lynne Rienner
- Huntington, Samuel P. (1981): The soldier and the state: the theory and politics of civil-military relations. Cambridge: Belknap

- Kandil, Hazem (2012): *Soldiers, spies, and statesmen: Egypt's road to revolt*. London: Verso
- Krämer, Gudrun (1986): *Ägypten unter Mubarak: Identität und nationales Interesse*. Baden-Baden: Nomos
- Migdal, Joél S. (1988): *Strong Societies and Weak States. State-Society Relations and State Capabilities in the Third World*. New Jersey: Princeton University Press
- Müller-Mellin, Matthias (2011): *Militärbourgeoisie und militärisch-industrieller Komplex in Ägypten*. Kiel: Graubereich
- North, Douglass; Wallis, John; Weingast, Barry (2011): *Gewalt und Gesellschaftsordnung: eine Neudeutung der Staats- und Wirtschaftsgeschichte*. Tübingen: Mohr Siebeck
- Osman, Tarek (2010): *Egypt on the Brink. From Nasser to Mubarak*. New Haven, London: Yale University press
- Perlmutter, Amos (1977): *Military and politics in modern times: on professionals, praetorians, and revolutionary soldiers*. New Haven: Yale University Press
- Pott, Marcel (2012): *Der Kampf um die arabische Seele. Der steinige Weg zur islamischen Demokratie*. Köln: Kiepenheuer&Witsch
- Schlumberger, Oliver (2008): *Autoritarismus in der arabischen Welt: Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung*. Baden-Baden: Nomos
- Schumacher, Juliane; Osman, Gaby (2012): *Tahrir und kein zurück: Ägypten, die Bewegung und der Kampf um die Revolution*. Münster: Unrast
- Tibi, Bassam (1973): *Militär und Sozialismus in der Dritten Welt. Allgemeine Theorien und Regionalstudien über arabische Länder*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Vatikiotis, Panayiotis J. (1991): *The history of modern Egypt: From Muhammad Ali to Mubarak*. London: Weidenfeld and Nicholson
- Weiber, Gerhard (1978): *Militär und Entwicklung in der Türkei 1945-1973. Ein Beitrag zur Untersuchung des Militärs in der Entwicklung der Dritten Welt*. Opladen: Leske&Budrich

Hochschulschriften

- Grau, Joachim (2001): Zivil-militärische Beziehungen in Demokratisierungsprozessen: Argentinien und Uruguay im Vergleich. Dissertation, Frankfurt am Main
- Zeid, Abd elhamid (1991): Der politische Transformationsprozess und die Krise der Demokratie im heutigen Ägypten. Dissertation, Universität Wien

Beiträge in Sammelbänden

- Albrecht, Holger (2007): Authoritarian Opposition and the Politics of Challenge in Egypt. In: Schlumberger, Oliver (Hg.): Debating Arab authoritarianism: dynamics and durability in nondemocratic regimes. Stanford: Stanford University Press, 59-74
- Beinin, Joel (2009): Neo-liberal Structural Adjustment, Political Demobilization, and Neo-authoritarianism in Egypt. In: Guazzone, Laura; Pioppi, Daniela (Hg.): The Arab State and Neoliberal Globalization: The Restructuring of State Power in the Middle East. Reading: Ithaca, 19-46
- Brand, Ulrich (2007): Die Internationalisierung des Staates. In: Becker, Joachim (u.a.) (Hg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum, 260-279
- Brock, Lothar (1989): Die alte Weltmilitärordnung. Zusammenhänge und Widersprüche der globalen militärischen Entwicklung. In: Steinweg, Rainer (Redaktion): Militärregime und Entwicklungspolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 15-57
- Büttner, Friedemann (1989): Militärregime in der Dritten Welt. Eine Einführung. In: Steinweg, Rainer (Redaktion): Militärregime und Entwicklungspolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 58-84

- Candeias, Mario (2005): Imperiale Gewalt als Bearbeitungsform neoliberaler Widersprüche. In: Badziura; Alexander (u.a.) (Hg.): Hegemonie – Krise – Krieg. Widersprüche der Globalisierung in verschiedenen Weltreligionen. Hamburg: VSA, 11-32
- Droz-Vincent, Philippe (2007): From political to economic actors: The Changing Role of Middle Eastern Armies. In: Schlumberger, Oliver (Hg.): Debating Arab authoritarianism: dynamics and durability in nondemocratic regimes. Stanford: Stanford University Press, 195-211
- Droz-Vincent, Philippe (2009): The Security Sector in Egypt: Management, Coercion and External Alliance under the Dynamics of Change. In: Guazzone, Laura; Pioppi, Daniela (Hg.): The Arab State and Neoliberal Globalization: The Restructuring of State Power in the Middle East. Reading: Ithaca, 219-246
- Englert, Birgit (u. a.) (2006): Globale Ungleichheit in historischer Perspektive. In: Englert, Birgit (u.a.) (Hg.): Nord-Süd-Beziehungen. Kolonialismen und Ansätze zu ihrer Überwindung. Wien: Mandelbaum, 13-28
- Fischer, Karin; Hödl, Gerhard; Parnreiter, Christoph (2004): Entwicklung – eine Karotte, viele Esel? In: Fischer, Karin et al. (Hg.) (2004): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum, 13-55
- Haikal, Abd Al-Fatah (1964): Die Auswirkungen der britischen Kolonialpolitik auf die Wirtschaft Ägyptens. In: Markov, Walter (Hg.): Kolonialismus und Neokolonialismus in Nordafrika und Nahost. Berlin: Akademia, 180-196
- Klein, Bradley S.; Unger, Frank (1989): Die Politik der USA gegenüber Militärdiktaturen in der „Dritten Welt“. In: Steinweg, Rainer (Redaktion): Militärregime und Entwicklungspolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 392-421
- Marischka, Christoph (2012): Ägypten: Revolution und Putsch vom Sicherheitssektor her gedacht. In: Preiss, Bert (Hg.): Zeitenwende im arabischen Raum. Welche Antwort findet Europa? Wien, Münster: LIT Verlag, 238-259
- Morton, Adam David (2011): Geopolitik und passive Revolution. In: Opratko Benjamin; Prausmüller, Oliver (Hg.): Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie. Hamburg: Argument Verlag, 184-206

- Opratko, Benjamin; Prausmüller, Oliver (2011): Neogramscianische Perspektiven in der IPÖ. Eine Einführung. In: Opratko Benjamin; Prausmüller, Oliver (Hg.): Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie. Hamburg: Argument Verlag, 11-38
- Richter, Thomas (2007): The Political Economy of Regime Maintenance in Egypt: Linking External Resources and Domestic Legitimation. In: Schlumberger, Oliver (Hg.): Debating Arab authoritarianism: dynamics and durability in nondemocratic regimes. Stanford: Stanford Univ. Press, 177-193
- Winter, Jens (2011): Dimensionen einer hegemonialen Konstellation. Eckpunkte einer akteursorientierten kritisch-hegemonietheoretischen Forschungsperspektive. In: Opratko Benjamin; Prausmüller, Oliver (Hg.): Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie. Hamburg: Argument Verlag, 145-162.

Aufsätze in Zeitschriften

- Adly, Amr Ismail Ahmed (2011): When Cheap is Costly: Rent Decline, Regime Survival and State Reform in Mubarak's Egypt (1990-2009). In: Middle Eastern Studies, Vol. 47, Nr. 2; S. 295-313
- Amar, Paul (2012): Egypt as a Globalist Power: Mapping Military Participation in Decolonizing Internationalism, Repressive Entrepreneurialism, and Humanitarian Globalization Between the Revolutions of 1952 and 2011. In: Globalizations, 9/1, 179-194
- Batou, Jean (1991): L'Égypte de Mihammad-'Ali. Pouvoir Politique et Développement Économique. In: Annales Histoire, Sciences Sociales, Nr. 2 ; Mar. – Apr. 1991, 401-428
- Brown, Nathan J. (2013): Egypt's Failed Transition. In: Journal of Democracy, 24/4, Oktober 2013, 45-58
- Demmelhuber, Thomas (2012): Ägypten nach Mubarak: Zum Militär und Monopoly der Macht. In: Der Bürger im Staat. Heft 1/2 -2012, 26-43

- Hashim, Ahmed (2011): The Egyptian Military, Part One: From the Ottomans through Sadat. In: Middle East Policy, 18/3, S. 63-78.
- Hashim, Ahmed (2011a): The Egyptian Military, Part Two: From Mubarak Onward. In: Middle East Policy, 18/4, 106-128
- Kandil, Hazem (2011): Revolt in Egypt. In: New Left Review Nr. 68, 17-55
- Kienle, Eberhard (2012): Egypt without Mubarak, Tunisia after Bin Ali: theory, history and the 'Arab Spring'. In: Economy and Society. 41/4, 532-557
- Lutterbeck, Derek (2013): Arab Uprisings, Armed Forces, and Civil-Military Relations. In: Armed Forces & Society, 39/1, 28-52
- Paul, Jim (1983): The Egyptian Arms Industry. In: MERIP Reports Nr. 112, 26-28
- Pawelka, Peter (1998): Der Vordere Orient in der Weltpolitik. Eine politische Ökonomie der US-amerikanischen Außenpolitik. In: Der Bürger im Staat. Heft 3-1998, 115-121
- Rostow, W. W. (1959): The stages of Economic Growth. In: The Economic History Review. 12/1, 1-16

Onlinequellen

- Al Ahram (2014): Khaled Said trial protesters jailed for two years. 2.1.2014. <http://english.ahram.org.eg/News/90663.aspx> [Letzter Zugriff: 30.01.2014]
- Bank, André (2009): Die Renaissance des Autoritarismus. Erkenntnisse und Grenzen neuerer Beiträge der Comparative Politics und Nahostforschung. In: Hamburg Review of Social Sciences. Vol. 4, Issue 1 http://www.hamburg-review.com/fileadmin/pdf/04-01/Andre_Bank_-_Renaissance_des_Autoritarismus.pdf [Letzter Zugriff: 08.02.2014]
- Brozus, Lars; Roll, Stephan (2013): Verfassungsreferendum im Ägypten: Internationale Beobachtung nützt dem Regime. <http://www.swp-berlin.org/de/nc/publikationen/kurz-gesagt/verfassungsreferendum-in-aegypten-internationale-beobachtung-nuetzt-dem-regime/print/1.html> [Letzter Zugriff: 04.02.2014]

- Candeias, Mario (2007): Gramscianische Konstellationen: Hegemonie und Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen. In: Merkens, Andreas; Diaz, Victor Rego [Hrsg.] (2007): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis, 15-32. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/AS305_Gramsci_S1-32.pdf [Letzter Zugriff: 22.01.2013]
- Dorsey, James (2013): Port Said Clashes: A Foretaste of Egyptian Soccer Violence to Come. http://www.huffingtonpost.com/james-dorsey/port-said-clashes-a-foret_b_2406710.html [Letzter Zugriff: 09.02.2014]
- El Dine, Chérine Chams (2013): The Military and Egypt's Transformation Process. Preservation of the Military's Reserve Domains. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2013C06_ced.pdf [Letzter Zugriff: 08.02.2014]
- Gehlen, Martin (2014): Weniger Religion, mehr Militär. 14.1.2014. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-01/aegypten-neue-verfassung> [Letzter Zugriff: 11.02.2014]
- Hanieh, Adam (2011): Die internationale Hilfe und die politische Ökonomie des ägyptischen Aufstands. http://www.emanzipation.org/articles/em_1-2/e_1-2_hanieh.pdf [Letzter Zugriff: 02.02.2014]
- Human Rights Watch (2013): World Report 2014: Egypt. <http://www.hrw.org/world-report/2014/country-chapters/egypt?page=1> [Letzter Zugriff: 17.02.2014]
- International Crisis Group (2012): Lost in Transition: The World According to Egypt's SCAF. Middle East/North Africa Report Nr. 121. <http://www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/egypt-syria-lebanon/egypt/121-lost-in-transition-the-world-according-to-egypts-scaf.aspx> [Letzter Zugriff: 11.02.2014]
- International Crisis Group (2013): Marching in Circles: Egypt's Dangerous Second Transition. Middle East/North Africa Briefing Nr. 35. <http://www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/egypt-syria-lebanon/egypt/b035-marching-in-circles-egypts-second-transition.aspx> [Letzter Zugriff: 10.02.2014]
- Jacobitz, Robert (1991): Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik. FEG Arbeitspapier Nr. 5. <http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2013/4336/pdf/a5.pdf> [Letzter Zugriff: 12.02.2014]

- Marshall, Shana; Stacher, Joshua (2012): Egypt's Generals and Transnational Capital. In: Middle East Reports. Vol. 42, Spring 2012, http://www.merip.org/mer/mer262/egypts-generals-transnational-capital#_13_ [Letzter Zugriff: 30.01.2014]
- Roll, Stephan (2013): Ägyptens Unternehmerelite nach Mubarak. Machtvoller Akteur zwischen Militär und Muslimbruderschaft. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2013_S14_rll.pdf [Letzter Zugriff: 05.02.2014]
- Sharp, Jeremy (2014): Egypt: Background and US-Relations. <http://www.fas.org/sgp/crs/mideast/RL33003.pdf> [Letzter Zugriff: 06.02.2014]
- Slezak, Gabriele (2011): Länderkurzinformation Ägypten. Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung. <http://www.oefse.at/Downloads/laender/kurzinfos/aegypten.pdf> [Letzter Zugriff: 04.02.2014]
- Sayigh, Yezid (2012): Above the State. The Officer's republic in Egypt. The Carnegie Papers. August 2012. http://carnegieendowment.org/files/officers_republic1.pdf [Letzter Zugriff: 01.02.2014]
- United Nations Development Programme (2010): Egypt Human Development Report 2010. Youth in Egypt: Building our Future. http://hdr.undp.org/sites/default/files/reports/243/egypt_2010_en.pdf [Letzter Zugriff: 16.02.2014]
- Wiener Zeitung (2013): Ägypten hängt am Geldtropf der arabischen Länder. Wiener Zeitung online, 19.08.2013. http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/international/569493_Aegypten-haengt-am-Geldtropf-der-arabischen-Welt.html [Letzter Zugriff: 17.02.2014]

Anhang

Zusammenfassung

Im Zentrum dieser Arbeit steht die Persistenz des Autoritarismus in Ägypten und die Rolle des Militärs für die Stabilisierung des Regimes seit dem Putsch von 1952. Durch das Einnehmen einer historischen Perspektive analysiert der Autor die Entwicklung der ägyptischen Streitkräfte und zeigt ihre Strategien auf, die dazu beigetragen haben, dass die Armee zur mächtigsten Institution im Staat geworden ist. Neben den Strategien der Armee werden auch interne und externe Faktoren behandelt, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Mit einem von Gramsci inspirierten Hegemoniebegriff wird die Hegemonie des Militärs im Staat diskutiert. Diese Herangehensweise machte es möglich, das Agieren der Armee gegenüber anderen sozialen Kräften im Staat darzulegen, die das autoritäre Regime und die Armee, als seine wichtigste Stütze immer wieder herausforderten.

Um ein möglichst umfangreiches Bild über die Rolle der Armee zu erhalten, wird insbesondere auch die internationale Ebene einbezogen. Seit Nassers Machtübernahme war eine der vorrangigsten Prioritäten des Regimes, dem Militär stets die notwendigen Ressourcen zukommen zu lassen, um eine Führungsrolle in der Region und den panarabischen Bestrebungen in ihrem Kampf gegen Israel einnehmen zu können. Dieses Ziel wurde durch eine international ausgerichtete Strategie, um militärische Unterstützung, zuerst von der UdSSR und später den USA zu erhalten, erreicht. Diese Politik hat zum einen zu einer starken externen Abhängigkeit geführt und zum anderen dazu, dass die Außenpolitik bis zum Ende der Ära Mubarak und auch noch nach dem Arabischen Frühling stark vom Militär beeinflusst wurde. Die seit der Ära Sadats vollzogene Annäherung zum Westen und insbesondere zur USA, ist besonders stark von der militärischen Komponente geprägt. Gleichzeitig kam es aber auch zu einem Rückzug der Armee aus der Politik und einem Ausbau des polizeilichen und paramilitärischen Sicherheitsapparates. Der Ausbau der repressiven Kapazitäten des Staates geschah zu einer Zeit, in der die Auswirkungen einer zunehmend neoliberalen Wirtschaftspolitik immer deutlicher wurden. Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass die Hegemonie des globalen neoliberalen Projekts in peripheren Ländern nur durch Zwang und Gewalt aufrecht erhalten werden können. Ein im Zuge des Arabischen Frühlings kurz für möglich gehaltenes freieres politisches System in Ägypten scheint demnach nur möglich, wenn es von Seiten internationaler Akteure zu einer Abkehr von einer „stabilitätsfördernden Politik“ kommt, in dessen Zentrum die Sicherung wirtschaftlicher und

geostrategischer Interessen steht und die sich in direkter und indirekter Förderung jener Institutionen ausdrückt, die vorrangig an der Aufrechterhaltung autoritärer Strukturen beteiligt sind.

Abstract

The objective of this thesis is to investigate the persistence of authoritarian rule in Egypt and the military's role in stabilizing the political regime since the military coup in 1952. From a historical perspective, the author analyzes the evolution of the Egyptian Armed Forces, and investigates its strategies used to become the state's most powerful institution. Furthermore, internal and external factors which contributed to maintain this position over time are identified. A discussion of the assumed military hegemony within the political and economic landscape in Egypt is done on the base of a neo-Gramscian concept of hegemony. This approach illustrates how the military, as the main pillar of the authoritarian regime, tried to secure its privileged position against other social forces which challenged its status.

In order to obtain a comprehensive explanation behind the military's dominant position, the international scale needs to be included. One of the main priorities of the Egyptian regime since General Nasser took power in 1952 was to provide the military with resources to gain regional power and take a leading role within the pan-Arab movement in the struggle against Israel. Achieving this goal was only possible by following an international strategy, and by obtaining military support, first from the USSR and later from the USA. On the one hand this policy led to a high external dependence and on the other hand to the fact, that foreign policy has become a military domain until today. Since President Sadat's approach to improve relations with the West and particularly with the USA, the military component determines this relation on a big scale. At the same time the military withdrew from direct participation in politics, while police and paramilitary forces were strengthened by the regime. The upgrading of the state's repressive capacities happened at a time when the effects of the followed neoliberal economic policy became increasingly apparent. These developments illustrate that the global hegemony of neoliberal policies in peripheral countries is maintained mainly by force. The short appearance of a more open political system in the wake of the Arab spring was not sustainable. This can only be achieved if international actors refrain from the current policy, whose aim is to ensure stability in order to protect economic and geostrategic interests by supporting those institutions, which are ostensibly engaged in preserving authoritarian structures.

Curricula Vitae

Persönliche Daten

Geburtsdatum: 19.09.1986
Geburtsort: Oberndorf bei Salzburg
Staatsbürgerschaft: Österreich

Schule und Studium

09/2006 – 04/2014 Studium der Internationalen Entwicklung, Universität Wien
01/2011 – 06/2011 Auslandssemester an der Université II Nancy/Frankreich
09/2009 – 06/2010 Studium an der BOKU (Umwelt- und Bioressourcenmanagement)
09/1997 – 07/2005 Besuch der AHS Braunau/Inn; Neusprachlicher Zweig
09/1993 – 07/1997 Besuch des integrativen Zweigs der Volksschule Mattighofen

Berufserfahrung und Ausbildungen

01/2013 – aktuell Angestellter bei HS Art Service im Bereich Ausstellungsbau
02/2013 Snowboardbegleitlehrer USI Wien
01/2007 – 12/2012 Angestellter bei Artex Art Services

Sprachkenntnisse

Deutsch Muttersprache
Englisch Niveau C1
Französisch Niveau B2
Spanisch Niveau A2

Sonstige Kenntnisse

Führerschein B/C
Microsoft Office
„Art Handling“; Ausstellungsmanagement

Interessen

Radreisen, Bergtouren, Snowboarden, Fußball, Fotografie
Internationale Politik, Ressourcen- und Energiepolitik, regionale Entwicklung